Nr. 119.

17. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1900 unter Nr. 7971. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 24. Mai 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Des heutigen Feiertags wegen erscheint die nächste Nummer unsres Blatts am Sonnabend.

Die Armee der Demokratie.

Der Verlauf des Boerenkriegs hat in hohem Grade die Anschauungen, die über die Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit eines bewaffneten Volks gegenüber einer starken Armee bestanden haben, umgewälzt und zwar bei Laien wie bei Militärs. Bleibt auch vorläufig das Endurteil über den Kampf der Boeren gegen die Engländer noch unausgesprochen, so mehren sich dennoch die Stimmen, die dem stehenden Heerwesen kritisch auf den Leib rücken und es als ein zu beseitigendes Uebel ansehen. Das neueste auf diesem Gebiet leistet ein französischer Artillerie-Offizier Gaston Moch, Kapitän a. D., der in einem Buche, das bei J. H. W. Dietz Nachfl. in Stuttgart erschienen ist, sich nicht blos mit einer gründlichen Kritik der stehenden Armee und speciell der französischen Armee begnügt, sondern einen vollständigen Reorganisationsplan entwickelt, wie die stehende Armee Frankreichs innerhalb weniger Jahre in eine allgemeine Volkswehr (Miliz) umgewandelt werden kann.*)

Der Verfasser, der aus einer französischen Militärfamilie stammt — sein Vater war Oberst — und das französische Militärwesen gründlich kennt, liefert in seinem Buch eine Arbeit, welche die größte Beachtung verdient. Hier spricht kein Laie, „dessen Kopf niemals ein Helm gedrückt". Um so schwerer wird es seinen Berufsgenossen werden seine Ausführungen zu widerlegen.

In der Vorrede erklärt Moch: der ausschließliche Zweck seiner Arbeit sei, das Mittel zu suchen, das seinem Vaterlande die Sicherheit des Friedens gewähre, und er kenne mehr als einen Offizier, der gerne die Schlußfolgerungen seiner Arbeit unterzeichnete. Unter der „Miliz", die er vorschlage, verstehe er eine sorgfältig unterrichtete und mit allen Rücksichten auf die nationale Verteidigung vorbereitete Armee. Er geht dann dazu über, die Aufgaben zu untersuchen, die nach den Lobrednern des stehenden Heerwesens die Armee erfüllen solle, als da sind: Verteidigung des vaterländischen Gebiets, Eroberung fremder Gebiete — was man allerdings heute allseitig leugne oder verschweige — und Sicherung gegen Unruhen im Innern, wozu neuerdings noch die Behauptung komme, die moralische und physische Erziehung des Volks zu betreiben. Also ganz wie bei uns. Zunächst wendet sich Moch gegen „das Paradoxon der Offensive", das er mit einer Reihe durchschlagender Gründe widerlegt. Unbestritten genüge eine reine Defensiv-Organisation, von der man draußen wüßte, daß sie für ihren Zweck wirklich geeignet sei. Wolle man ferner die Armee als Werkzeug für Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern, so beweise das, daß die Organisation der Armee nicht im Einklang stehe mit den Institutionen des Landes, wenn diese, wie er voraussetzt, demokratische seien; diese machten eine Armee zur Aufrechterhaltung der Ordnung überflüssig.

Auch gegen den Begriff der Disciplin, wie ihn die Militärs verstehen, zieht er scharf zu Felde. Er verstehe darunter die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Unterordnung der Kräfte zur gewissenhaften Ausführung einer Aufgabe nach den Angaben derjenigen, die die Eigenschaft zur Leitung dieser Aufgabe besäßen. Die moralische und physische Erziehung aber habe sich außerhalb der Armee zu vollziehen. Der Aufenthalt in der Kaserne sei dazu am allerungeeignetsten. Was die jungen Leute in der Kaserne brauchten, solle gelehrt werden, ehe sie in die Kaserne kämen. Der Kasernen-Geist demoralisiere. Er beruft sich hierbei auf Freycinets Wort: „Der Soldat, der als ein unwissender aber anständiger Mensch beim Regiment eintritt, tritt bei demselben nur zu oft ebenso unwissend aber verdorben heraus." Das erinnert an das Wort des verstorbenen Garnisonpredigers E. Frommel: „Es ist die allgemeine Klage, daß unser Heer, wiewohl es in vieler Hinsicht eine Schule der Zucht ist, doch für die meisten zu einer Hochschule der Unzucht wurde."

Im weiteren wendet sich Moch gegen den „militärischen Geist", der überhaupt nicht in der Masse der Soldaten stecke; ihr einziger Wunsch sei und bleibe, so rasch als möglich aus der Kaserne herauszukommen. Die schweizer Armee sei mindestens so discipliniert wie irgend eine andre, in verschiedener Hinsicht sei sie es in viel höherem Grade, aber militärischen Geist kenne man in ihr nicht.

Moch kritisiert dann ausführlich die Militär-Gesetzgebung Frankreichs, ihre Unzulänglichkeit und selbst Unausführbarkeit. Er verlangt gleiche Dienstdauer für alle in der gleichen Waffe Dienenden; höhere Intelligenz solle höhere Verpflichtungen auferlegen, sie berechtige zur Führung, die aber längere Dienstdauer erfordert. Die Organisation der Armee solle auf voller Gerechtigkeit beruhen, und solle jeder Bürger nach dem Maße seiner physischen und geistigen Kräfte an der Verteidigung des Vaterlandes teil nehmen.

Vom Standpunkt der gegenwärtigen Heeresorganisation erklärt sich Moch für die zweijährige Dienstzeit für alle Waffen. Aber sie werde, meint er, nicht lange bestehen; sie dränge einen Schritt weiter zum Milizsystem. Interessant ist hierbei, daß Moch die auch in der deutschen Socialdemokratie aufgeworfene Frage: ob die Reduzierung der Dienstzeit auf ein Jahr als Uebergang zum Milizsystem zu dienen habe, entschieden verneint und zwar aus militärischen Gründen. Die einjährige Dienstzeit führe zu einem Zwittersystem, das weder eine stehende Armee noch eine Miliz liefere. Er kenne keinen Offizier, der diese Forderung unterstütze. Solle einmal reorganisiert werden, so müsse man von der zweijährigen Dienstzeit — die heute in Frankreich noch nicht besteht, der größte Teil der Armee dient drei Jahre, ein kleinerer Teil nur ein Jahr und weniger — sofort den Uebergang zum Milizsystem herbeiführen. Moch bezieht sich für seine Ansicht unter andrem auf Oberst Patry, der äußerte: „Die zweijährige Dienstzeit mag dauern so lange sie kann, aber wir werden in Frankreich, wie bei allen europäischen Völkern, in einer mehr oder weniger kurzen Zeit notwendigerweise zur Organisation von Milizen gelangen, und zwar schneller, als man es im allgemeinen glaubt."

Moch bezieht sich ferner auf eine militärische Schrift: „Der Fußsoldat in fünfzig Stunden", die in kurzer Zeit vier Auflagen erlebte. Mehr als viertausend Mann seien nach den Vorschlägen der Schrift der militärischen Ausbildung unterworfen worden und jede Abteilung von 200—600 Mann sei nach einem Monat in allen Teilen der militärischen Ausbildung eingeweiht gewesen. In zwei Monaten erhalte man die komplette und endgültige Ausbildung einer ganzen Rekrutenklasse.

In allen stehenden Armeen giebt es eine ungemein große Zahl von Thätigkeiten und Einrichtungen, die mit der kriegsmäßigen Ausbildung des Soldaten nichts zu thun haben, wohl aber diese hemmen. So das Offiziersburschen-Unwesen, der Dämon der Putzerei, der Garnison- und Wachtdienst, der Paradedienst, die Kommandierungen zu allen möglichen Zwecken, das Studium viel hundertseitiger Reglements, die mehr oder weniger oft geändert werden. Gegen alle diese Einrichtungen wendet sich Moch mit guten Gründen; sie bedeuteten vergeudete Zeit, ihre Abschaffung würde der Kasernenzeit den Charakter einer unangenehmen und abschreckenden fast nehmen.

Ein längerer historischer Rückblick Mochs befaßt sich mit den improvisierten Armeen in den Revolutions- und Unabhängigkeitskämpfen der letzten Jahrhunderte, in denen wider alle militärische Auffassung die größten militärischen Thaten vollzogen wurden und die siegreichen Generale oft in einem Alter sich befanden, das dem eines Premierlieutenants oder Hauptmanns der heutigen Zeit entspricht. Dieser historische Ueberblick erstreckt sich auf die Zeit von der englichen Revolution unter Cromwell bis zu dem jüngsten Krieg auf Kuba, also auf Kämpfe, in denen öfter nicht einmal als Miliz ausgebildete Truppen militärische Großthaten ersten Ranges verrichteten. Sein Vorteil über die notwendigen Eigenschaften einer Armee faßt er dahin zusammen: eine Armee wie die der Schweiz sei in Bezug auf Organisation und Material aufs sorgfältigste ausgerüstet, ihre Cadres besäßen alle die notwendige Berufsausbildung. Das Material sei so gut als irgendwo und der Geist der Truppe ein solcher, der jeden Vergleich aushalte. Moch giebt dabei eine sorgfältig aufgestellte Berechnung der Ausgaben für die schweizer Armee, die Bund und Kantone zu machen haben, die Summe von rund 28 200 000 Fr. oder etwas über 9 Fr. per Kopf im Jahre 1898, was sehr erheblich weniger ist als in irgend einem Militärstaat Europas.

Die Schlußfolgerungen, die Moch aus seinem Studium der schweizer Armeeverhältnisse zieht, gehen dahin, daß in keiner Armee jeder kampffähige Mann so ausschließlich auf die ganz bestimmte Aufgabe hin, die er im Kriege zu erfüllen habe, ausgebildet werde und zwar unter der Oberaufsicht derselben Chefs, die ihn im Kriege befehligten. In keiner Armee geschehe die Bildung der Einheiten, die sich sogar auf die Kavalleriepferde erstrecke, so rasch. Nirgends seien die Cadres so mit nichts andrem beschäftigt als mit der Vorbereitung zum Kriege und nirgends hätten die Cadres vollständigere Kriegseinheiten zu befehligen, die genau aus denselben Leuten zusammengesetzt seien, die sie ins Feld zu führen haben.

Das Lob, das Moch der schweizer Armee im ganzen zollt, ist das größte, das je ein Militärschriftsteller über sie gefällt haben dürfte, ohne daß er ihre Mängel übersieht. Wenn er dennoch den Vorschlag mache, in Frankreich nach dem schweizer Muster eine Miliz zu bilden, so habe er eine Militärgewalt im Auge, die der gegenwärtigen schweizer Miliz noch überlegen ist. Demgemäß geht er zu einer gründlichen Kritik der gesamten militärischen Einrichtungen und Verhältnisse Frankreichs über, die sich auf Heer, Marine und Kolonialarmee erstreckt. Diese Kritik ist sehr lehrreich und ist auch für Deutsche viel daraus zu lernen, insbesondere was die jetzt bei uns auf der Tagesordnung stehenden Marinerüstungen betrifft. Eine mit dieser Kritik verbundene genaue Aufstellung der gesamten Militärkosten Frankreichs ergiebt für 1898 eine Ausgabe von 1101 Millionen Frank, einschließlich der Jahreszinsen für die Anleihen. Eine Reorganisation der gesamten militärischen Kräfte Frankreichs nach seinen Vorschlägen würde die Kosten einschließlich der Ausgaben für die militärische Jugenderziehung auf 864 Millionen herabsetzen, was eine jährliche Ersparnis von 287 Millionen ergäbe. Hierzu rechnet er den Arbeitsverdienst, der gegenwärtig den Mannschaften verloren geht, was für diese, den Jahresverdienst eines erwachsenen Mannes auf durchschnittlich 1000 Fr. per Jahr angenommen, noch einen Gewinn von 458 Millionen ergäbe. Dabei wäre die militärische Kraftausnutzung der Nation die höchste, die möglich ist.

Moch verlangt für seine Reorganisation die obligatorische physische Jugenderziehung vom 10. bis zum vollendeten 13. Jahre; hieran soll sich die vorbereitende Militärerziehung in zwei Abteilungen vom 13.—16. und vom 16. bis vollendetem 19. Lebensjahr anschließen. Dieser letztere Unterricht soll an Sonntagen stattfinden. Mit dem 20 Jahre beginnt die eigentliche militärische Ausbildung in der Rekrutenschule. Die Dauer der Uebungen soll für die Infanterie, Artillerie und die Genietruppen volle 60—70 Tage währen, für die Kavallerie 90 Tage, für die Verwaltungs- und Sanitätstruppen 42—49 Tage. Für diejenigen, die keine vorbereitende Ausbildung genossen haben, soll die Uebung 15 Tage länger dauern. Alsdann treten die ausgebildeten Mannschaften in das erste Aufgebot ein, das die Altersklassen von 21—32 Jahren umfaßt; das zweite Aufgebot umfaßt die Jahrgänge vom 33. bis zum 40. Lebensjahre; der Landsturm die Jahrgänge vom 40. bis 45. Lebensjahre. Die Einheiten des ersten Aufgebots, mit Ausnahme der Kavallerie, sollen alle zwei Jahre zu Uebungen herangezogen werden, die je nach der Waffe einschließlich der ausgeführten Manöver 13—20 Tage dauern. Die Kavallerie soll während drei Jahren zu je zehn Tagen, im vierten Jahre zu zwanzig Tagen Uebung herangezogen werden. Das zweite Aufgebot soll alle vier Jahre zu Uebungen für volle dreizehn Tage einberufen werden, der Landsturm alle zwei Jahre zu einer Kontrollversammlung. Im Kriegsfall würden als Reserve des ersten Aufgebots die jungen Leute vom 14. bis zum 20. Lebensjahr in den Rekrutenschulen ausgebildet.

Moch erörtert alsdann die zu treffenden Uebergangsmaßregeln, um die jetzige Armee Frankreichs in eine Miliz umzuwandeln. Würde mit dieser Umwandlung im Jahr 1900 begonnen, so würde sie im Jahr 1904 vollendet sein.

Wir haben also in dem Mochschen Buch zum erstenmal einen klar durchdachten, in alle Einzelheiten gehenden Plan, wie ohne ernste Störungen ein großes stehendes Heerwesen in eine Miliz umgewandelt werden kann. Daß es ein praktischer Militär ist, vertraut mit den gesamten militärischen Einrichtungen und Traditionen seines Heimatlandes, erhöht den Wert dieser Vorschläge und dürfte es insbesondere seinen gegnerisch gesinnten Kameraden schwer sein, ihn zu widerlegen. Aber auch für die Laien sind diese Ausführungen höchst wertvoll. Giebt es doch selbst in den Reihen der Socialdemokratie nicht wenige, die bei aller Anerkennung der Notwendigkeit einer demokratischen Organisation der militärischen Kräfte sich die Möglichkeit der Umwandlung der stehenden Armee in eine rein demokratische Heeresorganisation ohne erschütternde Katastrophe nicht vorstellen können. Moch zeigt, daß, wo der Wille, auch der Weg vorhanden ist, und er zeigt weiter am Schluß seines Buchs die großen Vorteile, die eine solche Umgestaltung des Heerwesens für die friedliche und demokratische Entwicklung der ganzen Gesellschaft hat.

Diejenige Nation, welche die Initiative zu dieser größten moralischen und materiellen Revolution ergreife, die die Geschichte kenne, werde sich mit unvergänglichem und unvergleichlichem Ruhm bedecken. Sie werde, meint Moch, die befreiende Nation, die geistige Leiterin der Welt sein. Er hoffe im Interesse seines Vaterlands, daß diese Nation die französische sein möge.

Es scheint nach Moch sicher zu sein, daß in der französischen Offizierswelt seine Vorschläge weit mehr Anklang finden werden, als dies in der deutschen Armee der Fall sein dürfte. Die Gründe für letzteres liegen auf der Hand. Dafür liefert aber die Mochsche Schrift eine Menge neuer Momente für die Bekämpfung des Militarismus, und diese für Deutschland auszunützen, ist Sache der deutschen Socialdemokratie.

A. B.

*) Die Armee der Demokratie. Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Alfred Herm. Fried. 468 S., brosch. 4 M.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Mai.

Der Reichstag

wurde in der Dienstags-Sitzung für den schweren Ernst und die harte Arbeit der vorhergehenden Sitzungen durch einige heitere Scenen entschädigt. Zunächst entwickelte Graf Posadowsky mit dem ernstesten Gesicht, das Polonius je zur Schau getragen hat, daß das Deutsche Reich ein Föderativstaat sei und daß die ganze und die alleinige Verantwortlichkeit für alle Regierungshandlungen auf den Schultern des — Reichskanzlers liege. Der Reichskanzler wisse alles, der Reichskanzler mache alles, es gebe keine Regierung außerhalb des Reichskanzlers. Polonius zuckte mit keiner Wimper und das Haus war wohlerzogen genug nicht zu lachen. Wenigstens nicht laut — nur innerlich. Gelungener aber haben Roms kundigste Auguren niemals Komödie gespielt.

Den zweiten Genuß bereitete dem Reichstag ein Mann, der schon wiederholt zur Belustigung des Hauses beigetragen hat — freilich ohne es zu wollen: der erste Vicepräsident v. Frege, einer derer, „die nie blaß werden" — und, wie boshafte Zungen behaupten, auch nie rot.

Die nachträgliche Kolonialdebatte oder richtiger Kolonialkatzbalgerei zwischen einigen Kolonial-Interessenten und dem Kolonialsekretär Buchka, welche die Posadowskysche Augurenvorstellung veranlaßt hatte, war glücklich beendigt und die letzten Reste der Gewerbe-Ordnungs-Novelle sollten in dritter Lesung unter Dach und Fach gebracht werden. Graf Ballestrem stieg vom Präsidentenstuhl herab und vertraute arglos dem Herrn v. Frege den Vorsitz an, um seine Kräfte für den nächsten Punkt der Tagesordnung: das Münzgesetz, gegen das seitens der Rechten Obstruktion angedroht war, aufzusparen. Kaum hatte er den Präsidentenstuhl geräumt, so ereignete sich etwas Aehnliches, wie weiland mit dem Sonnenwagen, als Phöbus seinem unehelichen Sohn Phaëton die Zügel anvertraut hatte. Phaëton-Frege verlor sofort die Zügel aus der Hand — rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht. — Zügellos stürmen die Rosse im Zickzack-Kurs, vorwärts, rückwärts, seitwärts, kreuz und quer —. Phaëton-Frege greift krampfhaft nach den Zügeln — wir meinen nach den Anträgen, über die abzustimmen ist — er findet sie nicht — es sind immer die falschen — rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht — falsche Aufforderungen zum Abstimmen, falsches Abstimmen — wirres, wüstes Durcheinander. Der Bureaudirektor erscheint als Deus ex machina und bietet dem verzweifelten Rosselenker, nein Reichstagslenker, eine helfende Hand und den richtigen Antrag. Doch die Hand wird von dem blind Dahinstürmenden nicht bemerkt, wieder wird ein falscher Antrag gepackt — bis endlich als Retter in der Not Graf Ballestrem hinter dem Präsidentenstuhl auftaucht, mit kräftiger Faust die Zügel ergreift (und der präsidentenlosen, schrecklichen Zeit ein Ende macht), während Phaëton-Frege aus dem Präsidentenhimmel herabstürzt, und zerschmettert neben den socialdemokratischen Bänken niederfällt. Zerschmettert zum Glück bloß figürlich.

Die Verwirrung, die diese Phaëtonfahrt im Reichstag angerichtet, war so toll, und so gründlich, daß der ganze Gegenstand für den Moment verlassen und hinter den nächsten Punkt der Tagesordnung gestellt werden mußte, nach dessen Erledigung auch alles in wenigen Minuten geregelt ward. Herr v. Frege aber, der ein großer Freund des Befähigungsnachweises ist, wird vielleicht darüber nachdenken, ob es nicht wohl ratsam wäre, die Wahl ins Präsidium des Reichs von einem Befähigungsnachweis abhängig zu machen. Und wenn nicht er, denken vielleicht andre darüber nach.

Die dritte heitere Szene brachte der nächste Punkt: das Münzgesetz. Das Münzgesetz beruht auf der einzig vernünftigen Grundlage der Goldwährung, und ist deshalb unsern Agrariern, die sich nach dem Beispiel ihrer Vorfahren auf die Falschmünzerei verlegt haben, und darum für die Doppelwährung schwärmen, d. h. für die Kunst, je 100 M. Schulden mit 50 M. Silber zu bezahlen, ein Dorn im Auge, den sie um jeden Preis ausreißen und zerbrechen wollen. „Die Obstruktion ist soeben der Linken so gut gelungen. Wir haben drob zwar weidlich geschimpft, doch was dem Plebs verboten ist, ist dem Junker erlaubt — versuchen wir es mit der Obstruktion!" So sagten sich die Junker.

Allein nicht jeder kann jedes. Auch zur Obstruktion gehört einige Hirnthätigkeit, und das ist nicht Sache der Agrarier. Die Geschäftsordnung studieren? Dummes Zeug!

Und es wurde dummes Zeug.

Die junkerlichen Obstruktionisten hatten uns abgelernt, wie man sich räuspert und spuckt. Sie bezweifelten die Beschlußfähigkeit des Hauses, als es gestopft voll war. Sie beantragten namentliche Abstimmung, als wir schon in der Abstimmung waren. Kurz, sie blamierten sich unsterblich, und bereiteten dem Haus ein paar heitere Minuten. Das Münzgesetz ging mit erdrückender Mehrheit durch.

Nächste Sitzung Freitagvormittag 11 Uhr. Nachtragsetat. Unfallversicherungs-Gesetz.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Mittwoch zunächst in dritter Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Warenhaussteuer im wesentlichen nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen. Obgleich vor Eintritt in die Beratung der Finanzminister Dr. von Miquel die Erklärung namens der Staatsregierung abgab, daß sie dem Gesetz nicht zustimmen würde, falls das Haus auf seinem Beschlusse beharre und die Steuer bereits bei einem Umsatz von 300 000 M. beginnen lassen wolle, konnten sich doch die Konservativen und das Centrum nicht dazu entschließen, dem Wunsch der Regierung nachzugeben und die Steuergrenze auf einen Umsatz von 500 000 M. heraufzusetzen. Ob das Gesetz an dieser Meinungsverschiedenheit in der That scheitern wird, läßt sich heute noch nicht sagen; es ist sehr wohl möglich, daß das Herrenhaus die Regierungsvorlage wiederherstellt und dann das Abgeordnetenhaus sich fügt.

Weniger erfolgreich war die konservative Opposition bei dem Gesetz über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger, das hierauf in dritter Lesung beraten wurde. Die Streitfrage drehte sich hier um den Kostenpunkt. Das Herrenhaus hat den Staatszuschuß auf zwei Drittel bemessen, während das Abgeordnetenhaus ihn in zweiter Lesung auf 3/4 erhöht hat. Diesen Beschluß erklärte die Regierung für unannehmbar. Infolgedessen stellte das Haus in dem Kostenpunkt den Beschluß des Herrenhauses wieder her; nur die die Konservativen stimmten dagegen. Es ist charakteristisch, daß dieselben Herren, die fort und fort über die Verrohung der Jugend jammern und Gesetze dagegen verlangen, ein Gesetz, das ihrer Meinung noch socialpolitisch heilsam ist, scheitern zu lassen bereit sind, bloß weil seine Durchführung ein paar hunderttausend Mark erfordert. Endlich genehmigte das Haus noch gegen den Widerspruch der Regierung in dritter Lesung den Antrag Weise betr. weitere Ausdehnung des Rentengutsgesetzes.

Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am Donnerstag nach Pfingsten, also am 7. Juni, statt.

Vor dem Ende.

Man schreibt uns aus Wien, 22. Mai: Das östreichische Parlament dürfte bald ausgelitten haben, denn so wie jetzt kann es nicht weitergehen. Am 6. Juni soll die nächste Sitzung sein, und da wird sich das Schicksal des Parlaments bald entscheiden müssen. Es ist höchste Zeit, denn der Anblick, den diese sogenannte Volksvertretung bietet, ist einfach nicht zu ertragen. Man spricht jetzt viel in Europa von Obstruktion und denkt vielleicht, in Oestreich geht dasselbe vor, was in Belgien den Sturz des Wahlentrechtungs-Ministeriums bewirkt hat, was in Italien zur Auflösung der Kammer führte, oder gar die östreichische Obstruktion sei mit dem Krieg gegen die lex Heinze im geringsten verwandt. Nichts wäre irrtümlicher als diese Meinung. Während sich sonst die Obstruktion, jetzt und in der Vergangenheit, gegen ein bestimmtes Gesetz richtet, das äußerste Mittel darstellt, ein nach der Meinung weiter Volkskreise schädliches Gesetz zu verhindern, ist in Oestreich die Obstruktion, und das ist nicht bloß die jetzige czechische, sondern war es ebenso die dreijährige deutsche, eine Kriegserklärung an den Staat; ihr Zweck ist nicht die Vereitelung einer einzelnen Vorlage, sondern in ihr lebt die Absicht, das Parlament zu ruinieren. Anderswo verschwindet die Obstruktion mit dem Anlaß, der sie hervorgerufen hat; in Oestreich muß sie dauernd sein, denn so lange diese Ordnung des Staats besteht, wird auch die Abneigung der Völker gegen ihn bestehen. Die östreichische Krise kann also nur enden mit dem Zerfall des Staats, denn im Grunde ist sie ja nichts andres als der Bestand dieses unnatürlich gefügten und unzweckmäßig geordneten Staatswesens.

Von der gräßlichen Verwilderung, der das östreichische Abgeordnetenhaus anheim gefallen ist, kann man sich keine Vorstellung machen, wenn man nicht einen der traurig öden Sitzungstage mitgemacht, die stenographischen Protokolle nicht selbst durchgeblättert hat. Die Obstruktion ist hier beileibe keine Bekundung von Witz und Geist, zu ihr braucht es nicht Ausdauer und Schlagfertigkeit, sie ist eine rein mechanische Thätigkeit geworden, die zu besorgen ein paar Schreihälse ausreichen. Die Partei, die obstruiert, muß nicht einmal zur Stelle sein; es sind auch nicht mehr fünfzig Abgeordnete notwendig, fünfzehn genügen. So viel sind ihrer nämlich nötig, um eine Interpellation zu stellen; aber wenn Interpellationen in der Sitzung, in der sie eingebracht werden, „zu verlesen sind", so besteht das Obstruktionsproblem darin, so viel Interpellationen zu verfertigen, daß ihre Verlesung die normale Sitzungszeit in Anspruch nimmt. Damit beschäftigen sich nun die Jungczechen, sie fabrizieren die Interpellationen schockweise und jede ist riesig lang. Das geht viel leichter, als der an civilisierte Parlamentssitten gewöhnte Europäer glauben würde. Eine der landläufigsten Interpellationen in Oestreich ist die wegen konfiscierter Zeitungsartikel; man klebt den Ausschnitt auf einen Bogen Papier und „frägt" den Justizminister, was denn er zu dieser Preßpraxis sage. Ein erfindungsreicher Kopf ist nun auf den Einfall gekommen, das umgekehrt zu machen: man nimmt einen beliebigen Zeitungsausschnitt, oder noch besser, eine ganze Broschüre, und „interpelliert", warum der Artikel, das Buch nicht konfisciert worden ist. So haben die Jungczechen jüngst eine ganze czechische Broschüre vorlesen lassen — zu den Eigenthümlichkeiten dieses Parlaments gehört es, daß man auch in einer andren als der deutschen Sprache reden kann und daß die fremdsprachigen Interpellationen nicht übersetzt werden, sondern im Urtext ins Protokoll kommen! — und damit der „Humor" nicht fehle, haben sie eine antisemitische Parodie auf Schillers „Glocke" — das „Lied vom Levi" — zum Objekt einer Interpellation gemacht, so daß die Druckschrift, die über die Thätigkeit der östreichischen Volksvertretung Nachricht giebt, auf sechs Seiten gesüdelte Knittelreime enthält! Ungezogene Rangen, die hinter dem Rücken des Lehrers die Zunge ausstrecken, können sich unmöglich so würdelos benehmen, wie diese sogenannten Abgeordneten. Das Schaurige an dieser Obstruktion ist der Mangel jeder Leidenschaft, das Fehlen jeden Temperaments; die Jungczechen thun heute nichts andres als den Leib der Volksvertretung besudeln. Diese Obstruktion mit den ernsten Kämpfen, die unter demselben Namen in andren Parlamenten geführt werden, vergleichen zu wollen, wäre eine Thorheit. Das ist kein parlamentarischer Kampf mehr, das ist einfach der Ekel am Staate...

Die Sache muß ein Ende nehmen: so oder so. Wenn das Parlament nicht leben kann, so soll es sterben, das schrecklichste Ende ist besser als dieser Schrecken ohne Ende. Es scheint auch gewiß zu sein, daß die Lebenstage dieses Parlaments gezählt sind, daß es diesmal nicht bloß heimgeschickt, sondern aufgelöst werden wird. Nicht, als jemand glaubte, aus Neuwahlen könnte ein besseres Parlament herauskommen, im Gegenteil, Neuwahlen werden alle Uebel nur noch verschärfen. Und doch sind sie unumgänglich, denn der Beweis von der Lebensunfähigkeit dieses Parlaments, der Unhaltbarkeit dieser Ordnung muß eben nach allen Richtungen hin geführt werden. —

Deutsches Reich.

Der Seniorenkonvent des Reichstags

hat sich gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten über den Beginn und Schluß der Pfingstferien schlüssig gemacht. Allgemein war der Wunsch, noch möglichst viel vor den Ferien zu erledigen, um nur kurze Zeit nach Pfingsten tagen zu brauchen. Zu diesem Zweck soll die dritte Beratung des Unfallversicherungs-Gesetzes noch vor Pfingsten begonnen und wenn möglich beendet werden. Die Socialdemokraten stellten eine längere Diskussion, verschiedene Anträge und einige namentliche Abstimmungen in Aussicht und gaben der Meinung Ausdruck, daß die Beratung dieses Gesetzes längere Zeit in Anspruch nehmen werde. Trotzdem hielten die Mehrheitsparteien an ihrer Ansicht fest. Es wurde beschlossen, jedenfalls zu versuchen, ob eine Verabschiedung des Unfallgesetzes vor den Ferien möglich sei. Die Sitzungen sollen bis zum 30. d. M. fortgesetzt und dann bis zum 6. Juni — also Mittwoch nach Pfingsten — unterbrochen werden. Die socialdemokratische Interpellation soll ebenfalls noch vor den Ferien erledigt werden.

Auf die Tagesordnung der Sitzung vom 6. Juni wird die zweite Beratung des Flottengesetzes gestellt, an welche sich die Beratung der Gesetze über die Kostendeckung anschließen wird.

Die Getrösteten und die Hoffenden.

Als der eigentliche Sieger im Heinze-Feldzug stellt sich nunmehr — das Centrum vor. Als das Kompromiß bekannt wurde, schrieb die katholische „Schles. Volksztg.", daß auf diesem Wege eine Verständigung nicht möglich sei, weil das eine „bedingungslose Kapitulation der Mehrheit vor der Minderheit" sein würde. Und die „Germania" erklärte feierlich, das Centrum lasse sich auf nichts ein und halte an der lex Heinze fest.

Nachdem die Kapitulation doch geschehen, rühmt sich dieselbe „Germania" ihres Sieges. Man sollte es nicht für möglich halten, aber es ist dennoch so. Die „Germ." beteuert, es habe außerordentlich Wertvolles erreicht und die eigentlichen Blamierten seien — obwohl der Streit doch nur um die jetzt beseitigten §§ 184a und b ging — die Socialdemokraten, Freisinnigen und Gothehändler, weil nämlich der — — § 184 angenommen sei.

Aehnlich tröstet sich die „Köln. Volksztg."

Es bereitet uns in der That eine außerordentliche Genugthuung, daß die Herren so zufrieden sind. Wir werden aufrichtig darnach streben, dem Centrum noch recht viele Siege dieser Art zu verschaffen. Die Herren können auf uns rechnen.

Dagegen erfreuen sich die Konservativen nicht einer so sonnigen Weltbetrachtung, die jedes Mißgeschick alsbald in einen unerhörten Glücksfall verwandelt — wie es der heilige Hans im Centrumsglück thut. Die „Kreuz-Zeitung" findet, daß das Heinze-Untier immer noch nicht tot genug sei, um nicht wieder aufleben zu können. Sie fordert die Regierung auf,

„in der nächsten Session die nunmehr preisgegebenen Paragraphen der lex Heinze dem Reichstag nochmals vorzulegen, vielleicht in einer Fassung, die unter voller Aufrechterhaltung ihres Grundgedankens den aus den Kreisen der Künstler erhobenen Bedenken soweit wie möglich Rechnung trägt. Zweitens wird zu erwägen sein, ob nicht durch eine Abänderung der Geschäftsordnung der Wiederholung der Obstruktion vorgebeugt werden kann. Denn eine Geschäftsordnung, die gegenüber einer Vergewaltigung durch eine rücksichtslose Minderheit versagt, trägt das Bedürfnis einer Abänderung in sich selbst, da sie die Erreichung ihres Hauptzwecks, nämlich der ordnungsmäßigen Kundgebung des Mehrheitswillens, nicht unter allen Umständen zu verbürgen vermag."

Das eine wird die Regierung, das andre der Reichstag hübsch bleiben lassen. Immerhin sind die verlegenen Ratschläge des Junkerblatts nützlich und geeignet, als dauernde Warnsignale zu dienen. —

Alter Unsinn. Die socialdemokratischen Mitglieder der Flottenkommission haben gegen alle neuen Steuern gestimmt, die in dieser Kommission beschlossen worden sind. Sie haben auch gegen die Erhöhung der Börsensteuern gestimmt. Unsre Gegner, in hilfloser Verlegenheit, wie sie die Socialdemokratie befehden sollen, benutzen diese Stellungnahme unsrer Abgeordneten zur Wiederholung uralter Lächerlichkeiten: So schütze die Socialdemokratie die schwachen Schultern! So sei die Socialdemokratie mit der Börse, mit dem Geldjunkertum im Bunde!

Die Socialdemokratie hält Steuergesetze, wie sie jetzt in der Flottenkommission fabriziert worden sind, für schlecht und unzureichend. Die Nutznießer aus dem Flottenbau sollten, so wurde versichert, die Kosten tragen. Aber jetzt werden die großen Panzerplatten-Lieferanten und andre Großindustrielle, die eifrig für die größte Flotte agitiert hatten, völlig verschont. Die Krupp und Stumm, die viele Millionen an der Flotte verdienen, werden in keiner Weise zu den Lasten herangezogen. Wir hatten eine progressive Einkommen- und Vermögensteuer gefordert, durch die alle Kreise gleichmäßig herangezogen worden wären. Aber die bürgerlichen Schützer des Kapitals wollten davon nichts wissen und zogen es vor, Verkehrssteuern auszuhecken und auf lange Zeit hinaus das social einzig gerechte und einzig einträgliche Steuersystem zu verhindern.

Trotz dieser principiellen Stellung würde die Socialdemokratie sicherlich Börsensteuern nicht ablehnen, wenn sie zur Beseitigung andrer volksbelastenden Steuern geschaffen würden. Davon ist aber jetzt natürlich keine Rede. Im Gegenteil, die Parteien, die uns Vorwürfe machen, haben sich verpflichtet, den Hungerzoll auf das tägliche Brot des armen Manns zu erhöhen. Die neue Börsensteuer aber sollte dazu dienen, eine höchst gefährliche, volksfeindliche Weltnachtspolitik vorzubereiten. Zu solcher Unkultur bewilligt die Socialdemokratie keinerlei Mittel.

Als die Handels- und Börsenleute wild nach der Flottenvermehrung schrieen, war es die Socialdemokratie, die ihren Wünschen entgegenkam? Vielmehr waren es Agrarier, Antisemiten, Centrum — dieselben Parteien, deren Blätter jetzt uns in der Steuerfrage schmähen, — die das heiße Verlangen der Börse, des Handels und der Industrielieferanten stillten. Das sind die Parteien, die den Bauer und Handwerker gegen das Großkapital zu schützen vorgeben, aber durch ihre Politik ihm Milliarden in den Schooß werfen. —

Wie man lügt. Irrtümer werden auch der zuverlässigsten Zeitung in der drängenden Hast der Arbeit unterlaufen. Auch das ist am Ende verzeihlich, daß die politische Tendenz der reinen Objektivität nicht immer förderlich ist. Dagegen sollte es für jeden Redacteur eine heilige Ehrensache sein, die Thatsachen nicht wider besseres Wissen zu fälschen. Personen aber, die sich mit vollem Bedacht der Lüge im Kampf bedienen, sind keine Journalisten mehr, sondern bloße Zuhälter des Kapitalismus.

An zwei Fällen möchten wir wieder einmal die bewußte Verlogenheit der bürgerlichen Presse feststellen. Natürlich ist es wieder die „Post" des Herrn v. Zedlitz, die in diesem Fache auf die Meisterschaft Anspruch erhebt. Dies edle Blatt, das von den adligsten und reichsten Leuten ausgehalten wird, schreibt nämlich zu unsren Mitteilungen über die Unterredung des Assessors v. Schulz mit dem Eisenbahnminister:

„Heute muß er (der „Vorwärts") schon durch eine Berichtigung des Assessors v. Schulz sich nachweisen lassen, daß er es, um seinen aufhetzerischen Zweck zu erreichen, mit der Wahrheit wieder einmal nicht genau genommen hat. Aus der Zuschrift des Assessors v. Schulz geht hervor, daß der **Eisenbahnminister den Angestellten lediglich die Mahnung zukommen ließ, ihre Arbeit wieder aufzunehmen.** Das zu thun, ist sein gutes Recht nicht nur, sondern auch seine Pflicht."

Die „Post" hat die Erklärung des Herrn v. Schulz gelesen und dennoch wagt sie ihren Lesern vorzuschwindeln, daß Herr v. Thielen lediglich zur Wiederaufnahme der Arbeit gemahnt habe. Gegen solche Mahnung wäre allerdings nichts einzuwenden, und die „Post"-Leser, die weiter nichts aus dem Inhalt des Gesprächs erfahren, müssen den „Vorwärts" für gestört halten, daß er an diese harmlose Mahnung eine so scharfe Kritik geknüpft habe. Daß Herr v. Thielen der „Mahnung" hinzugefügt hat, die Behörden würden sonst die strengsten Maßregeln ergreifen, unterschlägt das brave Blatt, obwohl ohne diese Drohung die Unterhaltung des Herrn v. Thielen überhaupt kein Interesse hätte. Die Scharfmacherei ist ihrer Journalisten Falschspieler wert.

Uebrigens bemerkt selbst ein so zahmes Blatt wie die „Tägliche Rundschau" zu der Abgeordnetenhaus-Rede Thielens:

„Wie kam der Minister der öffentlichen Arbeiten, v. Thielen dazu, trotz dieses ministeriellen Programms gleich darauf offen Partei für die Gesellschaft zu nehmen und sich zum Richter über die Lohnstreitigkeiten zwischen Gesellschaft und Angestellten aufzuwerfen! Eine solche einseitige Parteinahme kann doch nur Oel ins Feuer gießen und der Masse die Meinung beibringen, daß sie in der Regierung einen leidenschaftlichen und ungerechten Feind zu erblicken hat. **Unter den Excessen, die bisher bei dem Ausstand vorgekommen sind, scheint uns der Rede-Excess des Herrn Ministers v. Thielen der bedauerlichste,** weil in seinen Folgen weitreichendste und verderblichste, zu sein. Die Entgleisung des Herrn Ministers, die ihn, den Vertreter der Regierung, als Parteimann erscheinen ließ, ist die schlimmste von allen den vielen Entgleisungen, an denen die letzten Tage so reich waren."

Die zweite Lüge ist im Lager der Frommen, der geistlichen Scharfmacher, hergestellt worden. Herrn Rörens Busen- und Wangenfreund, der Kaplan Dasbach, sucht durch einen netten Schwindel den Parteiführer Gröber zu retten. Gröber hatte durch ein Rechtsgutachten, zu dem er durch keine amtliche Eigenschaft veranlaßt war, einen geistlichen Sittlichkeitsverbrecher dem Richter entzogen. Die „Märkische Volkszeitung" Dasbachs aber erzählt — Rören halt' an Dich und bedenke das geistliche Kleid! — Gröber habe als Landrichter in Heilbronn auf Grund der Auslieferungsverträge „entschieden", daß die Schweiz den betreffenden Geistlichen nicht ausliefern dürfte, und die „Frankf. Ztg." stelle die Sache so dar, als habe Gröber „ein falsches Urteil gefällt".

Wir wissen nicht so genau, ob die Lüge im katholischen Ritus zu den Todsünden gehört. Im sittlichen Sinne ist es die Todsünde. —

Bayrische Verstimmungen.

Prinz Ludwig von Bayern, der künftige König, hat kürzlich eine polische Rede gehalten, die sich von den gewöhnlichen Fürstenreden dadurch vorteilhaft unterscheidet, daß sie mehr als ein Trinkspruch sein will und sich um sachliche Argumentation bemüht.

Viel beachtet werden einige Sätze, die deutlich und spitz gegen die norddeutsche Vorherrschaft zielen:

„Man wundert sich vielfach, daß **in Bayern wenig Interesse** für die See und die überseeischen Bestrebungen, insbesondere **für die Flotte** ist. Sehr einfach: wir haben in Bayern keine Wasserstraßen-Verbindung mit der See. Das erstrebt der Verein: eine Wasserstraße, die ganz Bayern durchzieht und mit der Nordsee verbindet. Unsre Wasserstraße in Bayern,

die Donau, wird beherrscht von fremden Schiffahrts-Gesellschaften. Wir haben eine specifisch bayerische Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft; ja, die ist gut geleitet, sie hat gutes Material, sie hat aber einen schweren Stand. Während sämtliche andren Schiffahrts-Gesellschaften von ihren Staaten subventioniert sind . . . warum geschieht einzig und allein bei uns in dieser Beziehung nichts? Nun kann man ja wohl sagen: Es ist nicht ein specifisch bayrisches Interesse, ja, ich gehe weiter und sage, es ist ein deutsches Interesse! Warum soll die einzige Schiffahrts-Gesellschaft auf der Donau, die zum Deutschen Reiche gehört, keinerlei Subvention bekommen? Es werden große Subventionen gegeben für deutsche Schiffahrtsgesellschaften, für die Postdampferlinien; fortwährend werden neue Summen dafür genehmigt, nur für die Schiffahrts-Gesellschaft, die speciell bayrische Interessen vertritt, für die geschieht nichts! Ich sehe nicht ein, warum, wenn wir zum Deutschen Reich gehören, wir nicht **genau dieselben Rechte und dieselben Privilegien haben sollen wie in Norddeutschland.** (Beifall.) Und wie ich früher schon erwähnt habe, daß diese große Schiffahrtsstraße nicht nur im bayrischen, sondern auch im deutschen Interesse ist und daß, wenn sie zu stande kommen sollte, wir mit vollem Recht Subventionen aus dem Reich verlangen könnten, so können wir auch verlangen, daß die süddeutsche Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft auch Subventionen bekommt. Es wird uns in Bayern vielfach vorgeworfen, daß wir die Vorteile, die wir vom Deutschen Reich haben, nicht genug zu würdigen wissen. Meine Herren! Vor allem **verwahre ich** Bayern vor dem Vorwurf, daß **es eine Gnade sei, daß wir zum Reiche gehören;** denn das Deutsche Reich ist ebenso gut mit bayrischem Blute zusammengeschweißt worden wie mit dem Blute irgend eines andern deutschen Staats (Anhaltender Beifall), und infolgedessen wollen wir nicht als mindere Brüder, sondern als volle Brüder angesehen werden, und wie wir für das ganze Deutsche Reich einstehen und eingestanden sind, so verlangen wir auch, daß das Deutsche Reich unsre speciell bayrischen Interessen ebenso wahre, als wie die Interessen von denen an den großen Strömen, die in die Nord- und Ostsee sich ergießen, gewahrt werden."

Das Geständnis, daß in Bayern der Flottenkoller keine Verbreitung gewonnen hat, ist — in Anbetracht des Redners — recht wertvoll.

Ueber die sachliche Berechtigung der Ansprüche an das Reich mag man streiten, jedenfalls spricht aus diesen Sätzen ein starker Unmut gegen norddeutsche Monopolbestrebungen, gegen preußischen Absolutismus. Es ist dieselbe Stimmung, die den Prinzen Ludwig bei der Zaren-Krönung in Moskau zu seiner Vasallen-Rede reizte. Der Thronerbe Bayerns will ein gleichberechtigter Bundesfürst sein, wenn er zum Thron gelangt. —

Militärboykott und freisinniger Männerstolz.

Königsberg, 21. Mai. (Eig. Bericht.) Zu dem Militärboykott des Königsberger Sängervereins — irrtümlich war in der Notiz in der Sonntagsnummer „Männergesangverein" gesagt — hat nun die freisinnige „Hartungsche Zeitung" eine offenbar vom Vorstand des boykottierten Vereins veranlaßte Erklärung gebracht. Danach soll die Teilnahme der Militärmusiken an Veranstaltungen des Vereins nicht verboten sein. Ebenso soll der Boykott nicht verhängt sein. Das königliche Bezirkskommando habe nur für den Fall der Aufrechterhaltung der Wahl des Stadtrat Thiessen zum Leiter des Vereins einen Erlaß in Aussicht gestellt, wonach sämtlichen Offizieren der Reserve und der Landwehr sowie sämtlichen Aerzten des Beurlaubtenstandes und den mit dem Rechte des Uniformtragens verabschiedeten Offizieren der Austritt aus dem Verein anbefohlen werden würde.

In der Hauptsache ist die Angelegenheit richtig dargestellt gewesen. Geregelt ist die Sache dadurch, daß Stadtrat Thiessen nicht nur sein Amt nicht angetreten, sondern auch seinen Austritt aus dem Verein angezeigt hat. Mit keinem Wort deutet das freisinnige Blatt an, daß seitens der Mitglieder des Vereins der Fehdehandschuh, den die Militärbehörde ihnen zugeworfen hat, aufgenommen werden wird. In all' den in Frage kommenden Herren scheint der Reservelieutenantsgeist stärker zu sein, als das bürgerliche Standesbewußtsein. Wir haben freilich auch nichts andres erwartet. Bezeichnend ist auch, daß das Organ des männerstolzen Königsberger Bürgertums zu dem Fall nur folgendes zu sagen weiß: „Ueber seine Beurteilung, so weit er das bürgerliche Standesbewußtsein berührt, kann wohl keine Meinungsverschiedenheit obwalten". Das soll wohl heißen, daß das Bürgertum die Faust in der Tasche gar mächtig ballt, sonst aber nicht zu mucksen wagt.

Prächtig beleuchtet wird das „bürgerliche Rechtsbewußtsein" der stolzen Königsberger Bürger durch eine Mitteilung, die die freisinnige „Hartungsche Ztg." Montagabend macht. Danach haben kürzlich in der in der Sonntagsnummer erwähnten „Börsenhalle"-Angelegenheit Ausgleichsverhandlungen stattgefunden. Und zwar wollte die männerstolze Schar der Bürger jämmerlich zu Kreuze kriechen. Der kommandierende General Graf Fink von Finkenstein lehnte jede Beteiligung und Annäherung rundweg ab.

Dieser Fußtritt ist wohlverdient.

Zum Bau der Eulengebirgsbahn (Schlesien) sind, wie uns aus Schlesien berichtet wird, mehrere hundert Kroaten herangezogen worden, weil dieselben immer noch billiger zu stehen kommen als die schlesischen Arbeiter, deren Bedürfnislosigkeit sprichwörtlich geworden ist.

Daß die Kroaten aber auch endlich erwachen, zeigt die Thatsache, daß ein größerer Trupp Kroaten am Sonnabend die Arbeit niederlegte und von dannen ziehen wollte. Die Bauverwaltung verweigerte ihnen aber die Lohnzahlung, weshalb am Montag früh die Arbeiter vor dem Baubureau der Eisenbahngesellschaft in Reichenbach in Schlesien Aufstellung nahmen und durch ihre Abgesandten Auszahlung des Lohns forderten. Bald fand sich die gesamte Polizei Reichenbachs ein und im Bureau fanden Verhandlungen statt. Die Folge war, daß ein Dolmetscher den Arbeitern, die auf ihre Forderung bestehen blieben, die Nachricht überbrachte, daß sämtliche Arbeiter, welche die Arbeit nicht wieder aufnehmen, sofort ausgewiesen und über die Grenze gebracht werden würden. Diese Drohung geschah im Auftrage des Kreissekretärs. „Ja, das wollen wir," riefen die Arbeiter auf die Drohung mit der Ausweisung. Dann begaben sie sich polizeilicher Aufforderung gemäß auf das Polizeiamt. Eigentümlicherweise hatten dort geführte Verhandlungen das Resultat, daß die Arbeiter wieder beschlossen, die Arbeit aufzunehmen, um sie erst nach Ablauf der Kündigungsfrist aufzugeben. —

So werden Arbeitervertreter verleumdet!

Die „Berliner Neuesten Nachrichten" bringen unter der Spitzmarke: So wird mit Arbeitergroschen gewirtschaftet! folgende Sensationsnachricht:

„Größere Unterschlagungen und Unregelmäßigkeiten sind bei der Abrechnung des verflossenen Streiks der Privatpostangestellten vorkommen, es wurden hierüber in der gestern Abend in den „Arminhallen" stattgefundenen öffentlichen Generalversammlung der Handelshilfsarbeiter eingehende Mitteilungen gemacht. Wie der Vertrauensmann Alboldt mitteilte, habe der damalige Leiter dieses Streiks, der Vertrauensmann Schumann, die Abrechnung fortgesetzt in die Länge gezogen und sich auch dagegen gesträubt, daß Revisoren gewählt wurden. Als man ihm nun schließlich aufgetragen, den Ueberschuß und das gesammelte Material an die Gewerkschafts-Kommission abzuliefern, habe er das Material wohl abgegeben aber nicht den Ueberschuß von 158,60 M.! Dieses sei aber noch nicht alles, denn es fehlten auch verschiedene eingegangene Sammellisten, von 55 Listen fehlten sogar die Adressen der Empfänger! Es sei übrigens eine Mißwirtschaft, wie sie sonst noch nie vorgekommen sei. Insgesamt könne man die fehlende Summe auf 500 M. taxieren. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde dem Schumann wegen dieser Unregelmäßigkeiten das Recht abgesprochen, noch weiter Aemter in der Arbeiterbewegung zu bekleiden und er aufgefordert, sein Amt als Delegierter der Gewerkschaftskommission sofort niederzulegen! — Weitere Unregelmäßigkeiten wurden den Leitern der Central-Organisation, den Herren Kaßler, Dreher und Genossen vorgeworfen, die Gelder, welche der Lokalorganisation gehören, vereinnahmt und nicht abgeliefert haben. Kaßler soll 124,25 M. nicht abgeliefert haben! In einer angenommenen Resolution wurde gesagt, daß man dieses als Unterschlagung betrachten könne!"

Uns ist von einer solchen Versammlung bisher keinerlei Mitteilung geworden. Sie konnte uns natürlich nicht zugehen, weil die oben bezeichnete Versammlung jahrelang zurückliegt. Die Verleumdungen gegen Schuhmann sind ganz alten Datums, und werden jetzt von dem Unternehmerblatt ausgegraben, um Schumann in der öffentlichen Stimmung herabzusetzen. In der Sache selbst können wir auf das bestimmteste versichern, daß Schumann absolut keine Unehrlichkeiten in der Arbeiterbewegung begangen hat. Der Vorwurf, der hier erhoben wird, ist im Streit zwischen den beiden in Berlin bestehenden Organisationen der im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter seiner Zeit gefallen.

Der Vorwurf war entstanden, weil kein Revisor der Lokalorganisation bei der Abrechnung zugegen war, die Abrechnung nur von dem Centralverband geprüft wurde.

Später ist von der Berliner Gewerkschaftskommission, auch von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die Anklage untersucht und in allen Instanzen festgestellt worden, daß Schumann der Arbeiterbewegung nichts veruntreut hat.

Ausdrücklich wurde konstatiert, daß nichts dagegen einzuwenden ist, wenn Schumann ferner in der Arbeiterbewegung seinen Posten ausfüllt. Wer weiß, mit welcher Peinlichkeit solche Dinge in der Gewerkschaft untersucht werden, wird mit diesem Urteil die Sache für erledigt betrachten können. Das ist auch von mehreren Personen geschehen, die selbst diesen häßlichen Vorwurf erhoben hatten.

Ganz dieselben Vorkommnisse liegen auch der Anklage gegen Kaßler und Dreher zu Grunde. Beide verwalteten öffentliche Fonds. Auch hier glaubte die Lokalorganisation einen Anspruch auf die eingegangenen Gelder erheben zu können. Da das abgelehnt wurde, bezichtete man die betreffenden Arbeiter der Unterschlagung, während thatsächlich die Gelder in die Kasse der Centralorganisation geflossen sind. Kein anständiger Mensch wird deshalb gegen die genannten Arbeiter irgend einen ehrenrührigen Vorwurf erheben können. Zu den Anständigen gerechnet zu werden machen aber natürlich die „Berl. Neuesten Nachr." keinen Anspruch.

Beide Organisationen sind augenblicklich bemüht, eine Einigung herbeizuführen und die Mitglieder beider Organisationen werden übereinstimmend mißbilligen, daß solche längst erledigte, unbegründete Vorwürfe von neuem zur Herabwürdigung ehrlicher Männer und zwecks Schädigung der Organisation durch die „Berl. Neuesten Nachr." erhoben worden sind. —

Ausland.

Italien.

Die Wahlbewegung in Italien und die italienischen Socialisten.

(Eig. Ber.) In Rom hat dieser Tage eine Versammlung des Gesamtvorstandes der italienischen Socialistenpartei stattgefunden, in welcher nachstehende Tagesordnung zur Annahme gelangte: „Der Gesamtvorstand der italienischen Socialistenpartei nimmt die von der Versammlung der äußersten Linken beschlossene Tagesordnung an und erklärt, daß gegenüber dem augenblicklichen Stand des politischen Kampfes die bleibenden Grundsätze und Kriterien der socialistischen Partei, die stets die wirksamsten Kräfte zur Herbeiführung bürgerlicher und politischer Reformen sein werden, nicht vergessen werden dürfen; es werden daher für den bevorstehenden Wahlkampf folgende Normen in Vorschlag gebracht:

1. Wo der Sieg wahrscheinlich ist, soll gegenüber jeder andern Partei eine socialistische Kandidatur aufgestellt werden;

2. socialistische Kandidaturen sollen zum Zweck der Propaganda auch dort aufgestellt werden, wo nur ministerielle Kandidaten oder Oppositionskandidaten in Frage kommen, die nicht ausdrücklich erklären, daß sie die Pseudo-Geschäftsordnung des Parlaments für ungesetzlich halten und die Anwendung derselben verhindern wollen; dabei ist es ganz gleichgültig, wie groß in den betreffenden Wahlbezirken die numerische Stärke unserer Partei ist;

3. wo die socialistische Partei jetzt noch nicht überwiegt, oder wo eine Zersplitterung der Stimmen den Sieg der Reaktion herbeiführen könnte, sollen die Kandidaten der republikanischen oder der radikalen Partei unterstützt werden;

4. bei Stichwahlen soll für den Kandidaten gestimmt werden, welcher ausdrücklich erklärt, daß er die Pseudo-Geschäftsordnung des Parlaments für ungesetzlich hält, und daß er sich der Anwendung derselben sowie der Annahme aller die Freiheit des Volks einschränkenden Gesetze mit allen Mitteln widersetzen will;

5. in jedem Fall aber soll in planvoller eifriger Weise socialistische Propaganda gemacht werden, für welchen Kandidaten auch immer die Genossen zu stimmen haben mögen.

Von dem Wahlbündnis der zur äußersten Linken gehörenden Parteien (Socialisten, Radikale und Republikaner) verspricht man sich große Erfolge, und die Kandidaten der Regierung sind selbst in ihren Hochburgen arg bedroht. Die Socialisten sind noch vor dem Bekanntwerden des Dekrets, das die Auflösung der Kammer verfügt, mit Eifer und Energie in den Wahlkampf eingetreten. — In Mailand ist im ersten Wahlkreise von den Volksparteien der Republikaner De Andreis aufgestellt worden. Im zweiten Wahlkreise soll der socialistische Advokat Majno gegen den bisherigen Kammerpräsidenten Colombo kandidieren; Colombos Wiederwahl ist jedoch ziemlich sicher. Im dritten Wahlkreise unterstützen die Socialisten den radikalen Kandidaten De Cristoforis. Im fünften und sechsten Wahlkreise ist die Wahl der socialistischen Kandidaten Turati und Ciccotti durchaus gesichert. In Turin haben die Socialisten im ersten Wahlkreise Guglielmo Ferrero und im dritten Claudio Treves aufgestellt; im zweiten und im vierten Wahlkreise ist die Wiederwahl der bisherigen socialistischen Abgeordneten Morgari und Rofri sicher. Im Wahlkreise Alessandria haben die Socialisten den Genossen Ferboglio gegen den bisherigen Vertreter des Kreises, Frascara, aufgestellt. In Como ist als Kandidat der Socialisten Prof. Bonardi von Pavia aufgestellt. Im zweiten römischen Wahlkreise kandidiert Prof. Enrico Ferri gegen den Reaktionär Santini. In einem andern römischen Wahlkreise soll dem Konservativen Fürsten Leopoldo Torlonia der socialistische Fürst Scipione Borgheje gegenübergestellt werden, doch war hierüber noch nichts Bestimmtes zu erfahren. Gabriele D'Annunzio kandidiert nicht mehr in Ortona, sondern im zweiten florentinischen Wahlkreise als Kandidat der Volksparteien. Interessant ist die Zeitungsmeldung, daß der wegen Anstiftung zur Ermordung des Bankdirektors Notarbartolo in Untersuchungshaft sitzende Mafiahäuptling Raffaele Palizzolo in seinem alten Wahlkreise Palazzo Reale (Palermo) wieder kandidieren soll. Wenn er gewählt werden sollte, würde er — so hoffen wenigstens seine Freunde — aus dem Gefängnis entlassen werden und könnte energisch seine Rehabilitierung betreiben. —

Amerika.

Zu den Wirren in Columbien. Wie aus Kingston gemeldet wird, herrscht in Colon Festesjubel wegen der dort eingegangenen Nachricht von einem Siege der Regierung bei Leblija im Departement Santander. Die Aufständischen in den übrigen Departements sind bestrebt, die Regierung zu stürzen, und da viele Beamte in Cartagena und Baranquilla mit den Aufständischen sympathisieren, kann der Abfall dieser Departements nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die Lage in Panama wird als kritisch bezeichnet. —

Afrika.

Weitere Kriegsmetzeleien aus dem Kongostaat. Aus Brüssel wird am 23. Mai gemeldet: Einem der Regierung des Unabhängigen Kongostaates zugegangenen Telegramm zufolge wurden die bei dem letzten Aufruhr von Fort Shinkakassa entkommenen meuterischen Eingeborenen von den sie verfolgenden Truppen des Kongostaats in Bulu, im Gebiete der Wasserfälle, eingeholt, geschlagen und ihr Anführer getötet. —

Ueber das Kranken- und Unfall-Versicherungsgesetz in der Schweiz,

das am Sonntag durch Volksabstimmung leider abgelehnt wurde, bringen wir wegen der bereits in unsrer gestrigen Korrespondenz betonten großen socialpolitischen Bedeutung des Gesetzes und der Abstimmung noch folgende Darstellung unsres Züricher Korrespondenten:

Einig war man in der Beurteilung des Gesetzes als einer großen socialpolitischen Aktion, wie sie seit dem Jahre 1877, da das Fabrikgesetz zur Volksabstimmung gelangte, nicht mehr unternommen worden ist, auf allen Seiten; dagegen gingen die Ansichten über seine Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit sehr auseinander. Wie gewöhnlich allen großen Wirtschafts- und socialpolitischen Bundesgesetzen gegenüber versagte auch diesmal die Einigkeit der Klassen und der Parteien, wovon auch die Socialdemokraten keine Ausnahme machen; sie war auf der ganzen Linie in zwei Lager gespalten, wovon das eine mit aller Kraft für, das andre gegen das Versicherungsgesetz kämpft. Die bürgerlichen Parteien dagegen boten viel mehr noch das Bild tiefster Zerrissenheit. Die sonst der Socialdemokratie gegenüber immer einigen herrschenden Radikalen zerfallen in zwei Parteihälften, wovon die welsche das Gesetz aus kapitalistisch-föderalistisch-antisocialen Gründen bekämpft, während die deutsche dasselbe warm verteidigte. Bei den Ultramontanen waren die geistlichen wie die weltlichen Heerscharen hinter einander her und die Liberalkonservativen, die kleine Partei der großen Millionäre, war ebenfalls in Gegner und Anhänger geschieden.

Bei den wirtschaftlichen Interessengruppen zeigt sich dasselbe Durcheinander, wie bei den politischen Parteien, die einen sind für, die andern gegen das Versicherungsgesetz. Arbeiter, Bauern, Handwerksmeister, Fabrikanten, Kaufleute — jede Gruppe war in sich gespalten. Die Gesetzesgegner der vier letztern Gruppen wollten von der Versicherung aus den engherzigsten finanziellen Gründen nichts wissen, weil sie die ihnen von dem Gesetz zugedachten Versichrungsbeiträge lieber in der eignen Tasche behalten und für sich verwenden möchten. Bei zahlreichen Unternehmern, großen wie kleinen, kam noch die manchesterliche Abneigung gegen jede Staatsintervention zu Gunsten der Arbeiter hinzu, während sie bekanntlich in ihrem eignen Vorteil dieselbe Staatsintervention in hunderterlei Formen fordern und auch gewährt erhalten. Auch alle die alten Ladenhüter vom Ruin der Industrie, von der Vernichtung der Konkurrenzfähigkeit derselben durch die Belastung mit den Versicherungsbeiträgen, von der Verdrängung durch die nichtbelastete ausländische Industrie vom Weltmarkt usw., die schon 1815 gebraucht wurden, als im Kanton Zürich für 10jährige Fabrikkinder der 14stündige Normal-Arbeitstag eingeführt wurde, mit denen später der Zwölfstundentag, jedes kantonale Arbeiterschutz-Gesetz und das eidgenössische Fabrikgesetz bekämpft wurden, sie alle kehren wieder und wurden wieder mit einem heiligen Ernste auf den Markt der Politik gebracht, als ob sie erst gestern ein Seiden- oder Cigarrenfabrikant neu entdeckt hätte. Durch weitere ähnliche Schwindeleien werden auch die Arbeiter irrezuführen gesucht und ihnen plausibel gemacht, daß ihr wahres Interesse sie bestimmen müßte, das Gesetz zu verwerfen. Man sucht auch die Arbeiter zu trennen in solide und unsolide; letztere liefern die Simulanten, die die Versicherung so ausbeuten werden, daß sich die braven und ehrlichen Elemente arm werden zahlen müssen in Gestalt drückend hoher Versicherungsbeiträge. Dieser Demagogie ist auch ein ärztlicher Helfershelfer, ein Dr. Secretan in Lausanne mit einer Broschüre beigesprungen, in der er keck und dreist und „unbefangen", wie er selbst sagen muß, behauptet, daß 20% der Verletzten bezw. Verunglückten und Krankmeldenden Simulanten seien. Diese perfide Verleumdung der ganzen Arbeiterschaft der Schweiz wurde bald ins richtige Licht gerückt durch die Feststellung, daß der Herr der Vertrauensarzt der Unfallversicherungs-Aktiengesellschaft Zürich auf dem Platz Lausanne, also in der That ein „unbefangener" Kritiker ist.

Auch auf die Abneigung des Volks gegen die Bureaukratie wurde spekuliert und ein erschreckendes Zukunftsbild von der Zunahme und Stärkung derselben durch die Versicherung ausgemalt. Ein Teil der Gegner, zu denen auch „katholische Sociologen", wie z. B. der bekannte Freiburger Professor Dr. Beck, gehörten, bekämpften die Kranken- und Unfallversicherung, weil sie die Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung für notwendiger halten. Es handelt sich aber offenbar nur um die Maskierung völliger Negation, denn würde jetzt eine solche Vorlage zur Volksabstimmung stehen, so würde man sie mit der umgekehrten Motivierung bekämpfen, daß eine Kranken- und Unfallversicherung notwendiger sei.

Als selbstverständlich zu erwarten war die Vorführung des socialistischen Popanzes. Im Jahre 1877, bei der Volksabstimmung über das Fabrikgesetz, operierten die kapitalistischen Demagogen mit der „Internationale" und mit den „Roten", die dem Schweizervolk ein Kuckuksei in das Nest legen wollten. Der Schwindel zog aber nicht und das Gesetz wurde angenommen. Jetzt, wo es sich um das Versicherungsgesetz handelt, kommen dieselben kapitalistischen Demagogen von der goldenen Internationale und geben dasselbe als ein Werk des Socialismus aus, um es zu Falle zu bringen.

Soweit Arbeiter das Versicherungsgesetz bekämpfen, führten sie dafür im wesentlichen folgende Gründe an. In den Fabriks- bezw. Betriebskrankenkassen haben jetzt die Arbeiter fast die volle Selbstverwaltung; wird das Gesetz angenommen, so ist es damit vorbei, denn dann beteiligen sich daran auch die Unternehmer. Jetzt wird das erkrankte Mitglied von der Stunde seiner Erkrankung an unterstützt, dann erst vom dritten Tage der Erkrankung ab. Der vom Unfall Betroffene erhält jetzt nach dem Haftpflichtgesetz während der Dauer seiner Erwerbsunfähigkeit den vollen Tagelohn als Entschädigung, dann nur 60 Proz. Diese allerdings für 7 Wochentage. Jetzt erhält der Verletzte auch für einen kleineren bleibenden Nachteil eine Entschädigungssumme, später würde er dafür nichts bekommen. Bei den schwersten Unfällen wird jetzt das Maximum von 6000 Fr. als Entschädigung geleistet, mit denen der Betroffene sich eine neue Existenz schaffen konnte; später würde er nur eine Rente von 60 Proz. erhalten, von der der verunglückte Familienvater mit seiner Familie nicht leben kann.

Diese Einwände würden nicht erhoben worden sein, wenn die seinerzeit von den organisierten Arbeitern aufgestellten Postulate der vollen Selbstverwaltung der Versicherten und der vollen Entschädigung des Erkrankten oder Verunglückten mit 100 Proz. des Lohns angenommen worden wären.

Den von den Arbeitern hervorgehobenen Schattenseiten standen allerdings auch Lichtseiten gegenüber. Die Versicherung erhöht den Bundesbeitrag und kann beziehungsweise mußte die volle unentgeltliche ärztliche Behandlung, Heilmittel ꝛc. nebst dem 60 Prozent des Lohns betragenden Krankengeld gewähren. Die Arbeiter erhielten das Mitwirkungsrecht bei der Unfallversicherung, während sie jetzt, trotzdem sie auch an die Versicherung Prämie zahlen, dazu nichts zu sagen haben. Die Rente konnte auch nach dem Versicherungsgesetz, allerdings nur in bestimmten Ausnahmefällen, in eine Abfindungssumme umgewandelt werden. Die jetzige Entschädigungspraxis hat auch ihre Nachteile, indem schon manchmal durch Mitgeschick oder Leichtsinn die erhaltene Summe verloren ging, und der so verarmte Invalide auf Armenunterstützung sich angewiesen sah. Die Rente konnte bei langer Bezugsdauer einen

viel größeren Gesamtbetrag ausmachen, als die heute gezahlte Entschädigungssumme, und sodann sicherte bei Unfall mit tötlichem Ausgang die Rente der hinterlassenen Familie ein festes Einkommen bis zur Hälfte des vom verstorbenen Ernährer verdienten Lohns.

Nicht zu unterschätzen war die Subvention von 5 bis 8 Millionen Franken, welche der Bund alljährlich an die Versicherung leisten will. Man hat im Hinblick auf die der Industrie, dem Handel und der Landwirtschaft bezw. der Unternehmerwelt Jahr für Jahr unter allen möglichen Titeln zugewendeten großen Subventionssummen schon oft betont, daß die Arbeiter die Stiefkinder des Bundes seien und für sie so gut wie nichts geschehe. Da er nun aber auf einmal und Jahr für Jahr einen kräftigen Griff in seine Kasse thun wollte, hätte man das Angebot nicht abweisen sollen.

Partei-Nachrichten.

Totenliste der Partei. In Hamburg starb der Parteigenosse W. Jacobi, der schon seit 1864 in den Reihen des kämpfenden Proletariats stand und bis zu seinem Tode seine Pflicht stets erfüllte.

Ein freisinniger Biedermann. In der bekannten Klagesache, welche der Herausgeber der „Freien Presse für Elsaß-Lothringen", Genosse A. Bartl in Straßburg-Schiltigheim, gegen den Besitzer der freisinnigen „Straßburger Bürger-Zeitung", Oskar Riedel, wegen **unlauteren Wettbewerbs** anhängig gemacht hat, fand am Montag vor der Civilkammer des Landgerichts Straßburg, Abteilung für Handelssachen, der erste Termin statt. Der Rechtsanwalt des Beklagten — dieser selbst war nicht erschienen, bestritt mit keiner Silbe die seinem Klienten zur Last gelegte unsaubere Handlungsweise, vom Tage der Gründung der „Freien Presse" an den in derselben inserierenden Geschäftsleuten fortgesetzt anonyme Zuschriften übersandt zu haben (meist in Form von Randnotizen, auf den ihre Annonce enthaltenden Nummern der „Freien Presse"), worin unter allerlei wahrheitswidrigen Hinweisen auf den angeblich niedrigen Abonnentenstand, die schlechte Finanzlage und das baldige Eingehen ꝛc. unsres Partei-Organs vom weiteren Inserieren in demselben abgeraten wird. An Stelle einer bündigen Erklärung über die Thäterschaft Riedels verlegte sich sein Rechtsbeistand darauf, die Legitimation Bartls zur Klageerhebung zu bestreiten, da nicht dieser, sondern „eine hinter ihm stehende Person" Eigentümer der „Fr. Presse" sei. Bartl sei also nicht geschädigt und deshalb inkompetent zur Erhebung der Klage. Als Beweis hierfür berief sich der Vertreter des Beklagten auf das Zeugnis der derzeitigen fünf Mitglieder des Parteivorstands in Berlin und beantragte deren eidliche Vernehmung. Genossen Bartl war es ein leichtes, an der Hand des zwischen diesem und unsrer Straßburger Parteibuchhandlung bei Gründung der „Fr. Presse" abgeschlossenen Vertrags diesen Einwand zu entkräften, umsomehr, als Bartl bereits auch einmal in einem Preßprozeß als Verleger zur Verantwortung gezogen wurde. Der Antrag des Klägers geht dahin, den Beklagten, dessen Thäterschaft nunmehr außer allem Zweifel steht, zur Einstellung der erwähnten geschäftsschädigenden Zuschriften zu verurteilen bei einer Entschädigungssumme von 100 M. für jeden weiteren Fall, ferner ihm eine einmalige Entschädigung aufzuerlegen, deren Höhe in das Ermessen des Gerichts gestellt wird, und endlich auf Veröffentlichung des Urteils in einer Reihe reichsländischer Blätter auf Kosten des Verurteilten zu erkennen. Die weitere Verhandlung findet am 28. Mai statt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Wegen Polizisten-Beleidigung** wurde der Redacteur des „Kasseler Volksblatts", Genosse Thiel, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Thiel hatte einen Artikel veröffentlicht, in dem die Behandlung gerügt worden war, die ein Schutzmann einem betrunkenen Wagenführer, den er arretierte, angedeihen ließ. Bei dem Renkonter hatte auch der Säbel eine Rolle gespielt. Der Vorfall sollte aufgebauscht und übertrieben worden sein.

— **Wegen Beleidigung durch die Presse** wurde am Dienstagvormittag der Redacteur der „Breslauer Volkswacht", Genosse Klühs, zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

— **Nachklänge zur Maifeier.** In Erfurt sollen sechs Radfahrer je 10 M. Geldstrafe bezahlen, weil sie am 1. Mai einen — Umzug ohne behördliche Erlaubnis veranstaltet haben sollen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Angestellten der Siemens u. Halskeschen Straßenbahn beabsichtigen jetzt, nachdem ihre Kollegen von der „Großen Berliner" eine Gehaltserhöhung durchgesetzt haben, ebenfalls wegen Aufbesserung ihrer Gehälter und Verkürzung der Dienstzeit vorstellig zu werden. Die Führer und Schaffner der Straßenbahn von Siemens u. Halske beziehen zur Zeit ein Anfangsgehalt von 87 M., welches nicht höher als auf 90 M. pro Monat steigt. Wer sich gut führt, das heißt, wer im Laufe des Monats keine Rüge oder Strafe erhalten hat, der bekommt, wenn er sonst bei den Vorgesetzten angesehen ist, eine sogenannte Prämie von 3—5 M. monatlich. Einen Anspruch auf diese „Prämie" hat jedoch niemand. Die Arbeitszeit beträgt 14—15 Stunden, des Sonntags sogar 17—18 Stunden. — Die Angestellten hoffen, daß eine Vorstellung bei der Direktion genügen wird, um eine Aufbesserung ihrer Lohnverhältnisse herbeizuführen, denn wie verlautet, hat Direktor Bödiker schon bei einer früheren Rücksprache geäußert, was die „Große Berliner" bewillige, daß würden die Angestellten der Siemens u. Halskeschen Linien ebenfalls erhalten. Hoffentlich hält der Direktor Wort.

Die Maßregelung organisierter Arbeiter betreibt der Fuhrherr Globig, Charlottenburg, in einer recht noblen Weise. Am Dienstag früh entließ er 7 Kutscher, die sich in den Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter als Mitglieder aufnehmen ließen. Dabei zeigt der Sohn dieser werten Firma ein Benehmen, wie es selbst in diesem Beruf, wo Prinzipale von recht niederem Bildungsgrade anzutreffen sind, äußerst selten in die Erscheinung tritt. Die Entlassung erfolgte mit einer wenig feinen Bemerkung. Sogar thätlich wurde der Herr gegen die einzeln sich Entfernenden. Der Vorgang beweist, welche traurigen Arbeitsverhältnisse heute im Fuhrwerksbetriebe herrschen.

Der Streik der Glasschleifer in Berlin ist zur Zufriedenheit beider Teile beendet. Der Bund der Arbeitgeber hat den Verband der Glasschleifer anerkannt und die Aussperrung der am 2. und 5. Mai in Streik getretenen Arbeiter vollständig aufgegeben. Mithin ist der Streik mit einem Siege der Arbeiter beendet.

Der Verband der Glasarbeiter.

Die Spandauer Maurer beschlossen in einer gut besuchten Versammlung am Dienstag, dem Bau-Arbeitgeberbunde in Spandau eine Anzahl Forderungen schriftlich zu unterbreiten, von welchen die Forderung eines Stundenlohnes von 60 Pf. (bisher 50 Pf.) und der Verkürzung der Arbeitszeit auf täglich 9 Stunden (bisher zehn Stunden) besonders hervorzuheben ist. Eine am Montag im Beheschen Lokale stattfindende weitere Versammlung soll alsdann zu der bis dahin etwa eingelaufenen Antwort des Arbeitgeber-Bundes Stellung nehmen.

Deutsches Reich.

Der Leipziger Bäckerstreik. Die Bäckergesellen haben, nachdem eine Einigung mit den Meistern nicht möglich war, zum Ausstand gegriffen. Gegenwärtig sind ihre Forderungen schon in 33 Bäckereien anerkannt, während 256 Gehilfen im Streik sich befinden. 40 Gehilfen sind abgereist. Die Meister hatten den Trick begangen, den Gehilfen den rückständigen Lohn einzubehalten. Das Gewerbegericht hat aber bereits entschieden, daß das unzulässig ist. Mit Zustimmung der Kläger ist jedoch den Meistern ein Viertel des letzten Wochenlohnes als Schadenersatz zugesprochen worden. Auch die sogenannten Germaniabücher behielten die Meister zurück, geben sie aber schließlich heraus, um sie mit einem Zeichen zu versehen. Es ist anzunehmen, daß damit den Arbeitern die Gelegenheit genommen werden soll, anderwärts Arbeit zu bekommen. Die Meister setzen den Forderungen ihrer Arbeiter großen Widerstand entgegen. So hat man in Dresden ein Bureau eingerichtet, das Streikbrecher anwerben soll. Der Erfolg ist aber vollständig ausgeblieben. Wahrscheinlich dürfte es vor dem Gewerbegericht zu einer Verhandlung kommen.

Die Forderungen der Gehilfen sind folgende: 1. Wohnung und Beköstigung wird den Gesellen nicht mehr vom Meister gestellt. 2. Als Entschädigung hierfür wird ein Lohnsatz von wöchentlich 18, 21 und 24 M. gezahlt. Unter 18 M. darf nicht gezahlt werden. Für Aushilfe-Arbeit wird 3, 3,50 und 4 M. gefordert. 3. Beginn und Ende der Arbeitszeit bleibt unter Einhaltung der zwölfstündigen Arbeitszeit inkl. einer Stunde Eßpause bestehen. Die nach dem Gesetz vom 4. März 1896 erlaubten Ueberstunden werden mit 50 Pf. pro Mann und Stunde bezahlt. 4. An den drei Festen Ostern, Pfingsten und Weihnachten wird vom ersten Feiertag früh 8 Uhr bis zum zweiten Feiertag abends 10 Uhr nicht gearbeitet. 5. Strenge Einhaltung der Sonntagsruhe. 6. Anerkennung des Verbands-Arbeitsnachweises, Aushändigung des Germaniabuches beim Austritt des Gesellen aus der Arbeit. 7. Im Versicherungswesen steht es jeder Person frei, sich in einer Hilfskasse oder in einer Innungskasse zu versichern.

Die Maurer in Frankfurt a. O. befinden sich, um einen Stundenlohn von 45 Pf. durchzusetzen, im Ausstand. Eine Verkürzung der Arbeitszeit hat man nicht verlangt, sondern es bei der bisherigen gelassen.

Die Tischler in Elmshorn haben die Forderung einer 9½ständigen Arbeitszeit und eines Stundenlohnes von 38 Pf. gestellt. Die Meister haben mit einigen Ausnahmen die Forderungen abgelehnt und ist es deshalb zum Ausstand gekommen.

Arbeitersekretariat in Köln. Die socialdemokratische Partei und die Gewerkschaften in Köln haben beschlossen, das jetzt bestehende Auskunftsbureau der „Rheinischen Zeitung" zu einem Arbeitersekretariat auszubauen. Die Eröffnung soll am 1. Januar 1901 erfolgen. Eine unter den Gewerkschaftsmitgliedern vorgenommene Urabstimmung ergab das fast einstimmige Einverständnis mit der Umwandlung. Die Partei leistet einen festen Zuschuß. Von den Gewerkschaftsmitgliedern wird eine Sondersteuer von 12 Pfennigen den Monat durch ein Markensystem erhoben. Die Auskunftserteilung wird für jedermann unentgeltlich sein. Zu dem jetzigen Auskunftserteiler soll noch eine zweite Kraft hinzugewonnen werden.

Fiasko der Krefelder Polizei. Die Krefelder Polizei hatte fünf streikende Färber wegen Streikpostenstehens mit einem Strafmandat von je 10 M. bedacht. Sie berief sich auf eine Bezirkspolizei-Verordnung vom 26. März 1900. Dieselbe besagt, daß die zur Erhaltung der Sicherheit auf den Straßen und Wegen ergehenden Anordnungen der Polizei befolgt werden müssen. Die Streikenden gaben zu, daß sie einer Aufforderung eines Polizeibeamten, sich zu entfernen, keine Folge gegeben hatten. Das Gericht kam zu einer Freisprechung, weil die Verordnung nicht auf Streikpostenstehen anwendbar sei.

Unternehmer-Terrorismus. Die Unternehmer in der Textilindustrie am Niederrhein haben es darauf abgesehen, die Organisationen der Arbeiter, einerlei ob christliche oder paritätische, zu vernichten. Während besonders im Aachener Bezirk die christlichen Führer gemaßregelt werden und man von den Arbeitern verlangt, daß sie aus der Organisation austreten, treffen die Verfolgungen im Gladbacher und Kempener Bezirk die freien Gewerkschaften. Der Färbereibesitzer Beines in Rheydt hat seine sämtlichen Arbeiter aufgefordert, aus dem Deutschen Textilarbeiter-Verbande auszutreten. Da die Arbeiter sich selbstverständlich weigerten, wird es wohl zu einer Kraftprobe kommen.

Dagegen hat die Direktion der Aktien-Spinnerei in Düllen ein andres Mittel erdacht, um ihren Arbeitern die Begehrlichkeit auszutreiben. Sie hat zur Werbung von Arbeitern Agenten nach Böhmen gesandt. Am 17. Mai, abends, sind ca. 100 Arbeiter und Arbeiterinnen eingetroffen. Den Leuten ist ein Lohn bis zu 2,50 M. bei elfstündiger Arbeit versprochen worden. Weitere Trupps sollen folgen. Ein Beitrag zu dem Thema Kapitalisten-Patriotismus.

Der Ausstand der Straßenbahn-Angestellten in Karlsruhe ist beendet. Es ist zwischen der Direktion und den Angestellten unter Vermittlung des Gewerbegerichts-Vorsitzenden Dr. Boeth zu einer Verständigung gekommen. Die Angestellten mußten die Arbeit im allgemeinen unter den von der Direktion bereits zugestandenen Aenderungen wieder aufnehmen, nur in Bezug auf das Strafsystem versprach die Direktion noch Erleichterungen zu schaffen. Der ungünstige Abschluß wurde wesentlich dadurch beeinflußt, daß bereits sehr viel Streikbrecher angeworben waren.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

2. Wahlkreis. Sonntag früh 7½ Uhr: Flugblatt-Verbreitung. Die Genossen wollen sich recht zahlreich in folgenden Lokalen einfinden: Schonheim, Gräfestr. 8; Ewald, Schönleinstr. 6; Groß, Ecke Baruther- und Zossenerstraße; Siebert, Großbeerenstr. 54; Pinzer, Schützenstr. 18—19; Saß, Markgrafenstraße 102; Lindemann, Moritzstr. 9; Quandt, Ecke Bergmann- und Belleallancestraße; Werner, Bülowstr. 59. Der Vertrauensmann.

Achtung, 6. Wahlkreis! Am Sonntag früh ½8 Uhr findet eine Flugblatt-Verbreitung statt. Genossen und Genossinnen, welche sich hieran beteiligen wollen, werden gebeten, sich pünktlich in unten benannten Lokalen zu melden: Pfarr, Putlitzstr. 10; Krause, Müllerstr. 7a; Schulz, Schwarzkopfstraße 15; Bachgänger, Swinemünderstr. 34; Rosin, Ruppinerstr. 42; Hoppe, Ackerstr. 21; Abendroth, Badstr. 42; Herrmann, Putbuserstr. 45; Schönfeld, Fehrbellinerstr. 9, Ecke Christianenstraße. Wir ersuchen die Genossen und Genossinnen, sich recht zahlreich an der Verbreitung zu beteiligen.

Die Vertrauensleute.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Wahlkreis. Sonntagnachmittag 4 Uhr ist Vorstellung in der „Urania". Billets sind noch bei Tauschel, Wiesenstr. 29, zu haben.

Charlottenburg. Sonntag findet eine Flugblatt-Verteilung in unsrem Ort statt. Die Flugblätter werden früh 7 Uhr in folgenden Lokalen ausgegeben: 1. Bezirk: Paasche, Potsdamerstraße 44; 2. Bezirk: Leder, Bismarckstr. 74; 3. Bezirk: Dörre, Wallstr. 90; 3. Bezirk: Gimpel, Osnabrückerstr. 4; 4. Bezirk: Kant, Pestalozzistr. 65; 5. Bezirk: Wilke, Bismarckstr. 35; 6. Bezirk: Böttger, Leibnizstr. 3; 7. Bezirk: Bredlow, Ansbacherstr. 31. Um zahlreiche Beteiligung der Genossen ersucht

Der Vertrauensmann.

Pankow-Niederschönhausen. Die Genossen werden ersucht, zu der am Sonntag stattfindenden Flugblatt-Verteilung früh 7 Uhr im Lokale des Herrn Devantier, Mühlen- und Florastraßen-Ecke in Pankow, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Vertrauensmann.

In Britz findet die am 25. Mai fällige Versammlung des Volksbildungs-Vereins nicht statt.

Soziale Rechtspflege.

Etwas vom Accordvertrag und vom Vertragsbruch. Wegen Kontraktbruchs hatte der Tischlermeister Kümmel 10 Tischler beim Gewerbegericht verklagt, weil sie gelegentlich des Tischlerstreiks die Arbeit vor Beendigung der Accorde niedergelegt hatten. Die Arbeitsordnung des Klägers schreibt den Accordarbeitern vor, daß ihr Arbeitsverhältnis nach Beendigung jeden Accords gelöst werden kann. Herr Kümmel beanspruchte von jedem Beklagten eine Buße von 16,20 Mark, ermäßigte aber im Laufe des Prozesses seine Ansprüche auf je 10 Mark. Die Beklagten wurden vor dem Gewerbegericht durch den Tischler R. Ahrens vertreten, der für sie geltend machte, daß das Verhalten des Klägers vor und bei der Arbeitsniederlegung als ein Einverständnis anzusehen sei. Herr Kümmel bestritt dies, konnte aber nicht angeben, in welcher Weise er damals protestiert habe. Es wurde deshalb Beweiserhebung beschlossen. Im neuen Termin bekundete der Buchhalter des Klägers, daß von einem Einverständnis nicht die Rede sein könne. Namens zweier Beklagten, der Tischler M. und P., bestritt Ahrens überhaupt das Vorliegen eines Accordverhältnisses. Für M. erhob er Widerklage mit dem Antrag, Kümmel zu verurteilen, an ihn den Lohn für vier Tage mit 20 M. zu zahlen. Es wurde noch folgendes festgestellt. M. hatte eine Arbeit erhalten, die seit Jahren in der Fabrik zu festgesetzten Accordpreisen angefertigt wird. Dem Beklagten und Widerkläger war aber diesmal der Preis nicht genannt worden und man hatte ihm auch nicht gesagt, daß es sich um einen Accord handle. Aehnlich lag die Sache bei P. Dieser hatte bis wenige Tage vor dem Streik gegen Wochenlohn auf Montage gearbeitet. Er gab zu, den Accordpreis für die nach seiner Rückkunft aus Stettin in Arbeit erhaltenen Tische gekannt zu haben. Zugleich machte er jedoch geltend, daß er die Arbeit für jenen Preis nicht übernommen hätte, wenn ihm gesagt worden wäre, es sei Accordarbeit. — Die Kammer IV unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Gerth wies die Klage des Herrn Kümmel gegen die Beklagten M. und P. ab und verurteilte den Kläger auf die Widerklage, an M. 20 Mark Lohn zu zahlen. Die übrigen acht Beklagten wurden wegen Kontraktbruchs zu je 10 Mark verurteilt. Bezüglich der Beklagten M. und P. nahm das Gericht an, daß sie sich thatsächlich zur kritischen Zeit nicht in einem Accordverhältnis befunden hätten. Ein solches komme nach Ansicht des Gerichtshofs noch nicht dadurch zu stande, daß jemanden eine Arbeit übertragen werde, die schon seit Jahren im selben Betrieb zu festgesetzten und allgemein bekannten Preisen in Accord ausgeführt worden sei. Auf jeden Fall sei dazu erforderlich, den Arbeiter jedesmal über den Preis zu unterrichten, wenn nicht ganz besondere Vereinbarungen vorlägen.

Der Krieg.

Ueber die

Gefechte bei Mafeking

sind heute von Lord Roberts herrührende nähere Depeschen eingegangen. Dieselben sind aus Honingsspruit vom 22. Mai datiert und lauten: Ich erhielt die Meldung Baden-Powells, daß Mafeking am 17. dieses Monats entsetzt wurde, nachdem er den Feind angegriffen und nach heftigem Gefecht mit Verlust völlig geschlagen hatte. Die Verluste auf englischer Seite betrugen 3 Tote und 22 Verwundete. Die aus Mafeking ausgerückten Verteidigungstruppen griffen, vereint mit den Entsatztruppen, das feindliche Hauptlager an, beschossen dasselbe, trieben den Feind heraus und hätten beinahe den Boerenführer Snyman gefangen genommen. Die Engländer erbeuteten eine Kanone, eine Fahne und eine große Menge Schießvorrat sowie sonstige Vorräte. Es wurden 5 tote und 15 verwundete Boeren aufgefunden. Der Feind scheint sich überall zurückzuziehen; mit Ausnahme eines Kommandos, welches sich ruhig verhält, möglicherweise, um den Rückzug der übrigen zu decken.

Lord Roberts meldet weiter: Jan Hamilton traf heute früh in Heilbron ein nach einer Reihe von Gefechten mit der Boerenstreitmacht unter Christoph de Wet, welcher sich vor ihm zurückzog. General Broadwood erbeutete 15 Boerenwagen. Die Verluste Hamiltons betragen, nach den bisherigen Feststellungen, 75 Mann. Wir marschierten heute früh hierher.

Aus Honingsspruit läßt sich ferner vom gleichen Tage das „Reutersche Bureau" berichten:

General French hat den Rhenosterfluß nordwestlich von Honingsspruit überschritten. Diese Bewegung, vereint mit den Operationen Jan Halmiltons, macht die Stellung der Boeren 20 Meilen vor der britischen Front fast unhaltbar. Die letzten Berichte besagen jedoch, der Feind habe Vorbereitungen zu starkem Widerstand getroffen und sei im Besitz von 15 Geschützen.

Es fragt sich nur, ob die Engländer nicht wieder bei ihrer großen Uebermacht Flankenbewegungen ausführen können, die auch diese Position der Boeren unhaltbar machen. Das einzige Heil der Boeren wird nur noch im Kleinkrieg bestehen können, in kühnen Streifzügen, Beunruhigungen der Truppenkörper, den Ueberfall der Nachhut und kleinerer Observationscorps und dergleichen. Daß darin die Boeren noch immer Meister sind, beweist ihr Ueberfall einer englischen Schwadron, den wir bereits gestern gemeldet haben. Auch beweist eine Armeebefehl Bullers an seine Truppen, in dem das

Vordringen eines Boerenkommandos in den Freistaat

und die erfolgte Besetzung Leingsneks bekannt gegeben wird, daß der Kampfesmut der Transvaalboeren noch immer nicht gebrochen ist.

Letzte Meldungen.

Kimberley, 22. Mai. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Ein Einwohner von Mafeking traf hier ein, welcher meldete, daß der Weg vollkommen frei sei. 800 Aufständische aus Vryburg hätten sich einem obrigkeitlichen Beamten ergeben, welcher die fliegende Kolonne begleitete. Hierdurch werde thatsächlich dem Kriege in jenem Gebiet ein Ende gemacht. Einige Intransigente seien nach Transvaal geflohen. In Vryburg herrschte ziemlich viel Fieber, das aus den Boerenlagern eingeschleppt sei. Mehrere Personen von der fliegenden Kolonne litten an Fieber und befänden sich in Vryburg im Hospital.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 23. Mai. (V. H.) Die vom Verein „Deutscher Zeitungsverleger" gewählte Kommission zur Beratung der Papierfrage hielt heute im Hotel Kaiserhof hier eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, eine dauernde Geschäftsstelle für den **Einkauf von Zeitungspapier** für sämtliche deutschen Zeitungen mit dem Sitz in Berlin zu gründen und einen Syndikus zur Leitung dieser Geschäftsstelle anzustellen. Eine Einladung zur Benutzung dieser Geschäftsstelle soll an alle dieser Bewegung noch fernstehenden Zeitungen ergehen. Ueber die Zahl und die Orte der zu errichtenden Papierfabriken wird nach Uebersicht des Gesamtbedarfs Entscheidung getroffen werden. Beschlossen wurde ferner, eine Petition an den Reichstag um Gleichstellung des Zolles auf weißes Zeitungsdruckpapier mit dem für Packpapiere und eine weitere Petition an die Eisenbahnminister die Bundesstaaten um Gleichstellung der Frachtsätze für Druckpapiere mit dem für Packpapiere abzusenden.

Frauen als Municipalräte.

London, 23. Mai. (W. T. B.) Unterhaus. In der heutigen Sitzung wurde in zweiter Lesung mit **248** gegen 129 Stimmen das Gesetz angenommen, durch welches Frauen für die neuen **Municipalräte** der verschiedenen Stadtteile Londons wählbar sein sollen, welche durch das im letzten Jahr erlassene Gesetz über die Londoner Lokalverwaltung geschaffen worden sind.

Bremen, 23. Mai. (W. T. B.) Der Raubmörder Grube, der einen Mord und mehrere Raubmord-Versuche, u. a. auch einen auf den Direktor Bremermann vom Norddeutschen Lloyd verübt hat, wurde heut vom Schwurgericht **zum Tode,** zu fünfzehn Jahren Zuchthaus, zehnjährigem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Stellung unter Polizei-Aufsicht **verurteilt.**

Osnabrück, 23. Mai. (W. T. B.) Bei Lingen brennt das Elberger Moor; etwa 3500 Morgen sind vom **Feuer** ergriffen. Auch die benachbarten Forsten sind bedroht.

Paris, 23. Mai. (W. T. B.) Präsident Loubet empfing heute nachmittag im Elysee in besondrer Audienz die Vorsitzenden des **Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller,** Geh. Kommerzienrat Goldberger und Kommerzienrat Jacob, welche durch den Reichskommissar Geh. Ober-Regierungsrat Richter vorgestellt wurden.

Verantwortlicher Redacteur: **Paul John** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Hierzu 3 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

201. Sitzung. Mittwoch, den 23. Mai 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Poddielski.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste eventuell zweite Beratung eines **Nachtragsetats**, durch den 2 Millionen zur Herstellung einer neuen (der fünften) Telegraphenverbindung zwischen Deutschland und England gefordert werden.

Der Nachtragsetat wird in erster und zweiter Lesung debattelos angenommen.

Abg. **v. Levetzow** (k.):

Da sich kein Widerspruch gegen diese Forderung erhoben hat, bitte ich, nach der Analogie des gestrigen Tages, auch die dritte Lesung des Nachtragsetats gleich jetzt vorzunehmen.

Präsident Graf **Ballestrem**:

Dieser Antrag ist nur zulässig, wenn kein Mitglied des Hauses widerspricht.

Abg. **Richter** (frs. Vp.):

Ich widerspreche dem Antrag. (Allgemeines Erstaunen.) — Mein Widerspruch beruht wohl auf einem Mißverständnis, ich nahm an, es handle sich um en bloc-Annahme und wollte mir die Möglichkeit einer Anfrage sichern.

Abg. **Bachem** (C.):

Ich glaube, da der Widerspruch nur auf einem Mißverständnis beruht, könnte der Antrag wiederholt werden und würde dann wohl keinem Widerspruch begegnen. (Widerspruch links.)

Präsident Graf **Ballestrem**:

Ich glaube, es ist das beste, wenn wir die dritte Lesung nach dem erfolgten Widerspruch erst an einem späteren Tage vornehmen. (Zustimmung.)

Es folgt hierauf die dritte Lesung des **Nachtragsetats zum Kolonialetat.**

In der Generaldiskussion fragt

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.)

an, ob dem Herrn Kolonialdirektor etwas über die alarmierenden Gerüchte von einem Zusammenstoß zwischen den deutschen Streitkräften und denen des Kongostaats bekannt sei.

Kolonialdirektor Dr. **v. Buchka**:

Von dem Gouverneur sind mir keinerlei Nachrichten zugegangen, welche diese Gerüchte irgendwie bestätigten. (Heiterkeit links.)

Abg. Graf **Arnim** (Rp.)

fragt an, ob es der Fall sei, daß an Herrn **Sholton Douglas in Togo** eine große Landkonzessionen erteilt worden ist. Dieser Herr habe bereits bei der Südkamerungesellschaft sich ein großes Arbeitsfeld gesichert und reichliche Gewinne gemacht. Redner beklagt weiter, daß das Projekt der Centralbahn nicht genügend gefördert sei.

Kolonialdirektor Dr. **v. Buchka**:

Es ist wirklich nicht alles wahr, was in den Zeitungen steht, ich denke gar nicht daran, Herr Sholton Douglas in Togo eine Konzession zu erteilen. — Was die Centralbahn anlangt, so habe ich meinerseits alles gethan, um das Projekt zu fördern, das Projekt ist vorläufig gescheitert, weil der Reichstag in seiner großen Majorität nicht zwei Projekte auf einmal in Angriff nehmen wollte.

Unterstaatssekretär im Reichs-Schatzamt **v. Aschenborn**:

Das Reichs-Schatzamt und die Kolonialverwaltung sind in der Frage der Centralbahn durchaus einheitlich vorgegangen. Etwaige Meinungsverschiedenheiten zwischen den verschiedenen Ressorts der Reichsverwaltung werden übrigend stets durch den Herrn Reichskanzler ausgeglichen.

Abg. Dr. **Hahn** (wildk.):

Gegenüber der letzten Bemerkung des Herrn Schatzsekretärs bemerke ich doch, daß mir die Politik des Grafen Posadowsky einen wesentlich günstigeren Eindruck macht, als die des Herrn Reichsschatz-Sekretärs v. Thielmann. Es wäre doch sehr wünschenswert, wenn der Herr Reichskanzler auch die hier thatsächlich bestehenden Differenzen in der nationalen Wirtschaftspolitik ausgliche und zwar im Sinne des Herrn Grafen Posadowsky.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**:

Ich muß entschieden bestreiten, daß innerhalb der Verwaltung des Reichs zwischen den Beamten, die ihre Vollmacht alle vom Reichskanzler beziehen, Meinungsdifferenzen der Art bestehen können, daß die einzelnen Ressorts, wie Herr Hahn dies ausführte eine verschiedene Politik treiben. Der Herr Reichskanzler ist verfassungsmäßig allein verantwortlich und es ist dringend wünschenswert, daß sich dieser verfassungsmäßige Zustand, wonach die gesamte Verantwortung für die Reichspolitik an einer Stelle liegt, sich mit dem thatsächlichen Zustand deckt. Es darf nicht der Aberglaube Platz greifen, daß die formelle Verantwortung an der einen und die sachliche Verantwortlichkeit an einer andern Stelle liegt. Sobald irgend welche Meinungsverschiedenheiten bestehen, sind die betreffenden Beamten nach einer Verordnung des Fürsten Bismarck verpflichtet, dem Reichskanzler gemeinschaftlich Vortrag zu halten, und dieser entscheidet, was zu geschehen hat. Hieraus erfolgt, daß die Form, in der einzelne Vorlagen vertreten werden können, verschieden sein kann, das Ziel muß aber immer dasselbe bleiben.

Dem Herrn Vorredner bin ich für das Vertrauen, das er mir ausgesprochen hat, außerordentlich dankbar, und ich hoffe, daß er diesem Vertrauen durch die That Ausdruck geben wird bei den Vorlagen, die ich hier zu vertreten die Ehre habe. (Große Heiterkeit. Sehr gut! links.)

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (frs. Vp.)

wendet sich nochmals gegen die Vermehrung der Schutztruppen in Kamerun. Wenn wir uns gegen die Vermehrung der Schutztruppen richten, so bekämpfen wir das neue System der Kolonialverwaltung, das System der Exploiteure. Wenn man sich nicht mehr darauf beschränkt in den Kolonien, sich gegen Angriffe zu wehren, sondern das umliegende Land erobern will, dann muß man sich doch fragen, was aus den Schwarzen werden soll, die doch schließlich auch Menschen sind. Welches Schicksal steht ihnen bevor, wenn sie aus ihrer Heimat weggerissen und zum Dienst auf den Plantagen an den Küsten gezwungen werden. Ich habe bereits in der zweiten Lesung darauf hingewiesen, daß nach meiner Ansicht der Untergang der schwarzen Rasse nicht ausbleiben kann, wenn man sie für eine Kultur gewinnen will, für die sie nicht reif ist. Aus diesem Grunde werden wir die Vermehrung der Schutztruppen ablehnen.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen, eine Specialdiskussion erfolgt nicht.

Der Kolonialnachtragsetat wird unverändert in dritter Lesung und in der Gesamtabstimmung genehmigt.

Hiernach wird zunächst die angesetzte **Gesamtabstimmung** über das **Fleischbeschaugesetz** vorgenommen. Dieselbe ist namentlich und ergiebt die Annahme des Gesetzes mit **163** gegen **123** Stimmen, bei einer Stimmenthaltung.

Es folgt die dritte Beratung der zurückgestellten Artikel der **Gewerbenovelle.**

Zu Artikel 6 III beantragen die Abg. **Albrecht und Genossen** (Soc.) hinter § 137 einzuschalten folgenden **§ 137a**:

Für bestimmte Gewerbe kann durch Beschluß des Bundesrats angeordnet werden, daß den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern, sofern ihre tägliche Beschäftigung in der Fabrik sechs Stunden übersteigt, Arbeit nicht mit nach Haus gegeben werden darf.

Die von dem Bundesrat getroffenen Anordnungen sind durch das Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen und dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Die Abgg. Frhr. **Heyl zu Herrnsheim** (natl.), Dr. **Hitze** (C.) **Bassermann** (natl.), **Wattendorf** (C.) beantragen folgenden **§ 137a**.

Für bestimmte Gewerbe, in denen Arbeiterinnen oder jugendliche Arbeiter neben ihrer Beschäftigung in der Fabrik vom Arbeitgeber zu Hause beschäftigt werden, kann die Beschäftigung außerhalb der Fabrik durch Beschluß des Bundesrats in folgender Weise beschränkt werden.

1. Den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern kann für die Tage, an welcher sie in der Fabrik die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hindurch beschäftigt waren, Arbeit zur Verrichtung außerhalb der Fabrik vom Arbeitgeber überhaupt nicht übertragen oder für Rechnung Dritter überwiesen werden.

2. Für Tage, an welchen die Arbeiterinnen oder jugendlichen Arbeiter in der Fabrik kürzere Zeit beschäftigt waren, kann diese Uebertragung oder Ueberweisung annähernd nur in dem Umfang zugelassen werden, in welchem Durchschnittsarbeiter ihrer Art voraussichtlich in der Fabrik während des Restes der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit würden herstellen können, und für die Sonn- und Festtage nur insoweit, als die Beschäftigung dieser Personen in Fabriken gestattet ist.

Eine Debatte über diese Anträge erfolgt nicht. Der **Antrag Albrecht** wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten **abgelehnt.**

Ebenso wird der Antrag Heyl zu Herrnsheim und die Regierungsvorlage abgelehnt. Die Verkündung dieses Resultats der Abstimmung erregt lebhaften Widerspruch im Hause. Vicepräsident **v. Frege** konstatiert jedoch, daß das Bureau einig war.

Es liegen nunmehr eine Reihe von Anträgen **v. Frege** vor, die in Konsequenz der gefaßten Beschlüsse die Beschlüsse zweiter Lesung verändern wollen.

Vicepräsident **v. Frege**-Weltzien:

Ich bitte diejenigen Herren, welche entsprechend dem Antrage v. Frege den Artikel 6 IV. streichen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

Abg. Dr. **Hitze** (C.):

Herr Präsident, die Fragestellung lautet gewöhnlich dahin, ob die Vorlage entgegen dem Antrag aufrechterhalten werden soll.

Vicepräsident **v. Frege**:

Ganz richtig, ich bitte also diejenigen Herren, welche entsprechend dem Antrag v. Frege entgegen die Vorlage aufrecht erhalten wollen, sich zu erheben. (Große Heiterkeit, die andauert, da **Vicepräsident v. Frege noch verschiedene Male vergebliche Versuche macht, Abstimmungen über die Anträge Frege herbeizuführen.** Die Fragestellung begegnet stets dem Widerspruch des Hauses. Endlich erscheint

Präsident Graf **Ballestrem**

auf dem Präsidentensitz. Er wird von lebhaftem Bravo! der Linken empfangen.

Präsident Graf **Ballestrem**:

Ich bitte um Ruhe. (Heiterkeit.)

Abg. Frhr. **Heyl zu Herrnsheim** (natl.):

Ich konstatiere, daß auf vielen Seiten des Hauses die Meinung herrscht, daß bei der Abstimmung über den § 137a ein Mißverständnis vorgelegen hat, welches zur Folge hatte, daß die thatsächliche Mehrheit als Minderheit angesehen wurde. Ich beantrage daher, die Abstimmung nochmals vorzunehmen.

Präs. Graf **Ballestrem**:

Dieser Antrag ist geschäftsordnungsmäßig unzulässig. Wenn das Bureau einig war, ist die Abstimmung endgültig vollzogen.

Abg. **v. Frege** (k.):

Ich konstatiere, daß die Abstimmung rite vor sich gegangen ist, als ich die Ehre hatte, den Herrn Präsidenten zu vertreten. Ich habe erklärt, wir stimmen zunächst ab über den Antrag Albrecht, dann über den Antrag Heyl und schließlich über die Vorlage. Wenn einzelne Herren sich bei der Abstimmung über den Antrag Heyl außerhalb des Saales befanden, ist das nicht meine Schuld.

Präsident Graf **Ballestrem**:

Es herrscht jedenfalls kein Zweifel darüber, daß die Abstimmung nicht noch einmal vorgenommen werden kann.

Der **Präsident** will nunmehr einige weitere Abstimmungen vornehmen lassen, es herrscht aber vollkommene Unklarheit darüber, welche Beschlüsse bisher gefaßt sind.

Abg. **Singer** (Soc.)

beantragt aus diesem Grunde, die weiteren Verhandlungen über diesen Gegenstand hinter den nächsten Punkt der Tagesordnung zurückzustellen.

Abg. Dr. **Hitze** (C.):

Nach meiner Meinung sind alle Anträge v. Frege erledigt. Sollte sich später herausstellen, daß noch einzelne Teile rückständig sind, dann würden sich diese ja später erledigen lassen. Die Gesamtabstimmung können wir jedenfalls jetzt vornehmen.

Abg. **v. Frege** (k.)

schließt sich dem Antrag Singer an und glaubt, daß durch die Prüfung des Protokolls erwiesen werden wird, daß eine irreguläre Abstimmung nicht vorgekommen sei. Jedenfalls ist im unklaren, was das Haus beschlossen hat.

Abg. **Singer** (Soc.):

Es ist durchaus notwendig, Klarheit über die Sache zu schaffen. Wir können jetzt nicht die Gesamtabstimmung vornehmen, ehe wir wissen, was in dem Gesetz eigentlich steht.

Präsident Graf **Ballestrem**:

Ich halte den Antrag Singer für durchaus geeignet und wenn sich kein Widerspruch erhebt, werde ich den nächsten Punkt der Tagesordnung zunächst zur Verhandlung bringen.

Es folgt die dritte Beratung der **Novelle zum Münzgesetz.**

Die Abgg. **Herold** (C.), **v. Kardorff** (Rp.), **v. Levetzow** (k.) beantragen, der Reichstag wolle beschließen zu erklären:

Durch Annahme des Gesetzentwurfs betreffend Aenderungen im Münzwesen beabsichtigt der Reichstag keinerlei Hindernis oder Erschwerung für eine vertragsmäßige internationale Regelung der Währung herbeizuführen.

In der Generaldiskussion bemerkt

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.):

Ich kann mir von dem vorliegenden Gesetz eine günstige Wirkung auf unsre Währungsverhältnisse nicht versprechen. Die Reichsbank wird bald nicht mehr in der Lage sein, für eine ausreichende Deckung bei ihrem Notenumlauf zu sorgen. Bei der Abstimmung werden wir den entscheidenden Wert auf die Resolution Herold legen und werden unsre Bedenken gegen die Vorlage soweit zurückstellen, daß wir für den Fall der Annahme der Resolution uns entschließen werden, für den ganzen Gesetzentwurf zu stimmen. Der Gesetzentwurf hat jedenfalls das Verständnis der Währungsfrage in weiten Kreisen des Volks erheblich gefördert. Haben doch eine große Anzahl von Institutionen, auch aus Handel und Gewerbe, gegen die Hauptbestimmungen des Gesetzes Widerspruch erhoben. **Ich halte es für eine patriotische Pflicht, solche Gefahren, wie sie mit diesem Gesetze hier unsern Vaterlande drohen, aufzudecken, und** ich muß es mir auf das entschiedenste verbitten, wenn in einer Auslassung der „Nordd. Allgem. Ztg." mein Patriotismus in Frage gezogen wird, zumal diese Auslassung zweifellos von der Leitung der Reichsbank herrührt. Man hat die Flottenvorlage eingebracht, weil man den heutigen Bestand an Schiffen nicht für ausreichend hält. Mit dem gleichen Recht kann ich empfehlen, das heutige Währungssystem aufzugeben, weil ich die Mittel der Reichsbank nicht für ausreichend erachte. Weite Kreise unsres Volks werden jedenfalls meine Kritik der Goldwährung für patriotischer halten, als die Sammlung für Hungerleidende in Indien, die unter der Leitung des Reichskanzlers stattgefunden hat. — Nach den stürmischen Scenen, die wir in den letzten Tagen hier erlebt haben, war es ein wahrer Genuß, heute vor einem so ruhigen Hause sprechen zu können. (Große Heiterkeit.) Die Linke hat zwar den Saal verlassen. Für die Herren spreche ich aber auch nicht; die sind ja unbelehrbar. Ich will jetzt zunächst schließen, werde aber zu einzelnen Paragraphen das Wort noch ergreifen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. **Oertel**-Sachsen (k.):

Es ist bedauerlich, daß eine Vorlage von solcher Wichtigkeit so wenig Interesse im Hause findet. Dieser Vorwurf gilt natürlich auch für die Rechte, deren Bänke vorhin viel stärker besetzt waren. Ich will kurz die Stellung präcisieren, die die Mehrheit meiner politischen Freunde einnehmen müssen. Durch die Kommissionsberatung sind dem Münzdrachen zwar die meisten Giftzähne ausgebrochen, aber es sind noch immer genug vorhanden. Ein nationalliberales Blatt hat die Frage aufgeworfen, was denn bei den Vorzügen unsrer Goldwährung, bei den Vorzügen unsrer Reichsbank dazu gezwungen habe, ein derartiges Gesetz vor den Reichstag zu bringen. Auf eine Antwort habe ich vergebens gewartet. Man sagt, der Thaler sei eine unbeliebte Münze, er müsse beseitigt werden. Bei mir ist der Thaler nie unbeliebt gewesen. (Heiterkeit.) Mit den Phrasen von der Unbeliebtheit der Thaler soll man zu Hause bleiben. Die Vorlage soll nach dem eignen Geständnis der Begründung dem Phantom der reinen Goldwährung ein neues, ganz unberechtigtes Opfer bringen. Für mich ist deshalb die Vorlage, wie sie heute ist, trotz der ausgebrochenen Giftzähne, unannehmbar, und auch die Mehrzahl meiner politischen Freunde werden sich auf diesen Standpunkt stellen. Das größte Bedenken für uns ist die Beseitigung der Thaler, die wir weder für notwendig, noch für gedeihlich halten können. Auch die Beseitigung der 20 Pfennig-Stücke darf als bedenklich bezeichnet werden. Die Zwanziger waren thatsächlich eine unbeliebte Münze. Aber nach Wegfall der Zwanziger haben wir zwischen dem 50 Pf.- und dem 10 Pf.-Stück keine Zwischenmünze. Und dazu sind das 50 Pf.-Stück und das 10 Pf.-Stück einander so ähnlich, daß sie selbst der Nicht-Kurzsichtige zuweilen verwechselt. Unser Vorschlag, ein 25 Pf.-Stück einzuführen, fand deshalb in der Oeffentlichkeit lebhafte Zustimmung. Es giebt nichts so Ledernes wie das deutsche Münzsystem. Nur durch die Denkmünzen, die der Artikel 6 vorschlägt, wird das System etwas belebt. Dieser einzige Lichtblick in das Dunkel des Münzsystems genügt aber nicht, um unsre Stellungnahme zu beeinflussen. (Bravo! rechts.)

Abg. **Lucke**-Patershausen (B. d. L.):

Das vorliegende Gesetz zeigt, wie die Interessen der Großkapitalisten durch die Reichsbank einseitig gefördert werden. Auch ich halte die Beseitigung der Thaler für einen großen Mangel und werde gleich dem Herrn Vorredner gegen das ganze Gesetz stimmen.

Abg. Dr. **Hahn** (wildk.):

Ich weiß nicht, warum sich die Linke nicht an der Debatte beteiligt, ob es ihr an Gegengründen gegen die vortrefflichen Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Arendt fehlt (Lachen links), oder ob taktische Gründe maßgebend sind. Ich will jedenfalls noch einmal die Hauptpunkte hervorheben. Die Taktik unsrer Reichsbank hat zur Folge, daß durch die hohen Diskontsätze die großen Massen der Arbeiterbevölkerung zu leiden haben. Nur der haute finance zu Liebe, die den internationalen großen Zwischenhandel treibt, wird unsre jetzige Währungspolitik aufrecht erhalten. Diese haute finance hat ihre praktische Heimat in England und ihre ideelle Heimat in Jerusalem. Ich bitte alle diejenigen, die hier die produktiven Interessen vertreten, die Vorlage abzulehnen.

Hiermit schließt die Generaldiskussion.

Abg. **Raab** (Antis.) beantragt, jetzt zu den Verhandlungen über die Gewerbe-Ordnung zurückzukehren.

Der Antrag wird abgelehnt.

Es folgt die Specialdiskussion der Münzgesetz-Novelle.

Art. I sieht die Einziehung der goldenen 5 Markstücke auf Anordnung des Bundesrats mit einer Einlösungsfrist von einem Jahr vor.

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.) beantragt auch die Zehnmarkstücke einzuziehen.

Abg. **Raab** (Antis.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präsident Graf **Ballestrem**: Das Bureau ist einig, daß das Haus beschlußfähig ist.

Der Antrag Arendt wird hierauf gegen die Stimmen einiger Konservativer abgelehnt; Art. I unverändert genehmigt und ebenso debattelos die Art. II und III.

Art. IV lautet: Der Gesamtbetrag der Reichs-Silbermünzen soll bis auf weiteres 15 Mark für den Kopf der Bevölkerung des Reichs nicht übersteigen.

Zur Neuprägung dieser Münzen sind Landessilbermünzen insoweit einzuziehen als solche für die Neuprägungen und deren Kosten erforderlich sind.

Abg. Dr. **Arndt** (Rp.) beantragt folgenden Zusatz:

Niemand ist verpflichtet, Fünfmarkstücke im Betrage von mehr als 100 M. und die übrigen Reichssilbermünzen im Betrag von mehr als 20 M. in Zahlung zu nehmen.

Der Antrag Arendt wird abgelehnt.

Artikel IV wird unverändert angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Auch die Resolution Herold wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen angenommen.

Die Vorlage wird nunmehr auch in der Gesamtabstimmung gegen einzelne der Stimmen der Konservativen und Reichspartei angenommen.

Hierauf wird die Beratung der Gewerbenovelle fortgesetzt.

Präsident Graf **Ballestrem**

teilt mit, daß die Prüfung des Protokolls ergeben habe, daß sämtliche Abstimmungen erledigt seien mit Ausnahme der Abstimmung über einen Konsequenzantrag des Abg. v. Frege-Weltzien.

Abg. **v. Frege**-Weltzien (k.)

konstatiert, daß seine Geschäftsführung entlastet sei, da festgestellt sei, daß alle Abstimmungen rite vor sich gegangen seien.

Der Konsequenzantrag Frege wird angenommen.

Auf Antrag des Abg. Frhrn. Heyl zu Herrnsheim (natl.) wird die Gesamtabstimmung über die Gewerbeordnungs-Novelle sofort vorgenommen. Die Novelle wird mit großer Mehrheit **genehmigt.**

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr: Dritte Beratung des Nachtrags-Etats für 1900. Dritte Beratung der Novellen zum **Unfallversicherungs-Gesetz.**

Schluß 3½ Uhr.

Lokales.

Herr Dr. Langerhans

begeht am 25. Mai seinen achtzigsten Geburtstag. Was die Berliner Bürgerschaft an Ehren und — Mühen zu vergeben hatte, ist dem Mann, der sich mit Stolz zu den alten Achtundvierzigern zählt, zu teil geworden. Langerhans wurde 1877 Landtags-Abgeordneter, und seit 1893 vertritt er im Reichstage den 1. Berliner Wahlkreis, nachdem er vorher seit 1881 für Altena-Iserlohn Abgeordneter gewesen war. Ebenfalls übernahm Langerhans 1893 die Würde des Stadtverordneten-Vorstehers, und nunmehr wird ihm morgen in seiner Wohnung, Neue Jakobstr. 6, der Ehrenbürgerbrief der Stadt Berlin überreicht werden.

Langerhans ist keiner von denen, die nach äußeren Auszeichnungen geizen, und wenn sich von einem Mann sagen läßt, daß er ungesucht die Stellung im öffentlichen Leben einnimmt, die er bekleidet, so vom ihm. Seinen schlichten, geraden Sinn, seine Festigkeit in Handlungen und Gesinnung, überhaupt die Lauterkeit seines Charakters anzuerkennen, geziemt sich in erster Reihe für uns, die wir politisch seine Gegner sind. Gern schließen wir uns daher den Glückwünschen an, die ihm morgen wohl aus allen Schichten der Bevölkerung dargebracht werden. Möge Dr. Langerhans noch eine stattliche Reihe von Jahren bleiben, was er bisher war: seiner Partei ein rückgratfester Führer, dem Gemeinwesen ein musterhafter Bürger!

Zum Fall Ziethen.

Für den durch schwurgerichtliches Urtheil vom 2. Februar 1884 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Barbier und Schankwirt Albert Ziethen hatte dessen jetziger Verteidiger Rechtsanw. Victor Fränkl-Berlin unter dem 9. März bei der II. Strafkammer des Elberfelder Landgerichts abermals ein eingehend begründetes Wiederaufnahme-Gesuch eingereicht. Als neue Thatsachen waren darin unter andrem unter Berufung auf Zeugen zwei Selbstbezichtigungen des Barbierlehrlings Wilhelm herangezogen worden. So soll im Jahre 1883, als Wilhelm mit Ziethen zusammen in Untersuchungshaft saß, ein damaliger Untersuchungsgefangener Meyer, den Wilhelm dazu benutzen wollte, um Ziethen noch mehr der That zu verdächtigen, dem Wilhelm die That auf den Kopf zugesagt haben. Wilhelm soll dann dem Meyer zugestanden haben, Frau Ziethen ermordet zu haben, und er soll Meyer um Stillschweigen gebeten haben. Meyer soll später, als er Gewissensbisse darüber empfand, nicht sofort Anzeige gemacht zu haben, mehreren Personen die Thatsache erzählt und sich auch im Prozeß Landauer als Zeuge angeboten haben. Der Wiederaufnahme-Antrag hatte ferner als neue Thatsache behauptet, daß 1887 Wilhelm nach seiner damaligen Entlassung aus der Untersuchungshaft in Gegenwart einer Tante und einer andren namhaft gemachten Frau gleichfalls zugegeben habe, die Ehefrau Ziethen erschlagen zu haben. Er habe dabei hinzugesetzt: „Der Untersuchungsrichter habe es ihm nicht glauben wollen." Rechtsanwalt Fränkl hat dann weiter eingehend die Frage behandelt, ob man den unzusammenhängenden und vielfach wechselnden Angaben, welche die tödlich verletzte Frau Ziethen nach ihrem Auffinden gemacht hat, irgend welche Bedeutung beimessen könne und hatte sich bei der Verneinung dieser Frage u. a. auch auf eine Broschüre des Sanitätsrats Dr. Koch in Gera gestützt. — Die Elberfelder Strafkammer hat nun durch Beschluß vom 4. Mai er. den Wiederaufnahme-Antrag als unzulässig zurückgewiesen. Das Gericht teilt im allgemeinen den früher schon vom Ober-Landesgericht zu Köln eingenommenen Standpunkt, daß Wilhelm nach seinem ganzen Verhalten in dieser Angelegenheit und nach den vielfachen widersprechenden Aussagen, die er gemacht, unglaubwürdig sei und seine angeblichen Geständnisse, die auch keineswegs genügend präcisiert seien und nicht erkennen lassen, ob er sich der Thäterschaft oder nur der Mitthäterschaft habe bezichtigen wollen, unerheblich erscheinen müssen! Nach Lage der Akten müsse sich unwillkürlich der Gedanke aufdrängen, daß Wilhelm in irgend einer Weise, sei es als Mitthäter, sei es als Gehilfe an der That beteiligt sei. Es wird dabei in dem ablehnenden Bescheide des Gerichts mit der Möglichkeit gerechnet, daß Wilhelm nach der Verurteilung Ziethens, von Gewissensbissen gepeinigt, von dritter Seite bearbeitet und aus Furcht, daß Ziethen seine Mitthäterschaft verraten könnte, dazu übergegangen sei, sich selbst der That zu beschuldigen, wobei wohl der Gedanke maßgebend gewesen sein könne, daß er als jugendlicher Verbrecher nur einige Jahre Gefängnis zu erwarten hatte. — Die neue Thatsache, daß Wilhelm sich dem Mayer gegenüber im Jahre 1883 als Thäter bekannt haben soll, hat das Gericht als unerheblich erachtet. Wenn eine Mitthäterschaft Wilhelms dabei in Frage stehe, so werde Ziethen dadurch nicht entlastet, sollte sich aber Wilhelm allein als Thäter habe bekennen wollen, so sei auch dies unerheblich, weil Wilhelm völlig unglaubwürdig erscheine und ein solches Bekenntnis die übrigen schlüssigen Beweise für Ziethens Schuld nicht erschüttern können. Auch das den beiden Frauen im Jahre 1887 angeblich von Wilhelm gemachte Geständnis hält das Gericht aus denselben Gründen für unerheblich, um so mehr, als Wilhelm am 18. Januar 1888 sein Geständnis widerrufen habe. Das Gericht ist auch der Ansicht, daß Frauen, die dies Geheimnis 17 Jahre lang bewahrt haben sollten, so gewissenlos erscheinen, daß sie schon aus diesem Grunde keinen Glauben verdienten. Die bezüglich des Unwertes der Aussagen der sterbenden Frau Ziethen vorgebrachten neuen Thatsachen hat das Gericht nicht für solche erachtet, die die Freisprechung des Ziethen zur Folge haben könnten, da auch nach Wegfall der Aussage der Frau noch genügend viel Schuldbeweise bestehen bleiben. Aus allen diesen Gründen hat das Gericht entschieden, daß der Wiederaufnahme-Antrag den Voraussetzungen des § 399 der Straf-Prozeß-Ordnung nicht entspreche und deshalb als unzulässig zu verwerfen sei. Rechtsanwalt Victor Fränkl wird sofort hiergegen Beschwerde beim Oberlandesgericht Köln einlegen.

Jedenfalls wird die Argumentation der Elberfelder Strafkammer Kopfschütteln bewirken. Daß jemand, der jahrelang nach gerichtlicher Erledigung eines Prozesses irgend eine ihm bekannte Thatsache, die, wenn vor Erledigung gerichtskundig, die Entscheidung anders hätte gestalten können, nicht den Behörden mitgeteilt hat, darum gewissenlos und folglich unglaubwürdig sein soll, wird kein Mensch von Lebenserfahrung, und namentlich niemand, der die Scheu so ziemlich aller Staatsbürger, mit Polizei und Staatsanwälten zu verkehren, kennt, als richtig annehmen.

Indes greifen wir nicht vor. —

Nachklänge zum Straßenbahner-Streik.

Unter den Beamten der „Großen Berliner" kursiert ein merkwürdiges Gerücht, das wir unter aller Reserve und lediglich im Interesse der Aufklärung wiedergeben. Danach soll die übermäßige Ausnutzung der Angestellten nicht eigentlich von der Direktion veranlaßt worden sein, ja, die Direktoren sollen sogar in hohem Grade ihr Erstaunen kundgegeben haben, als verschiedene der ausständigen Straßenbahner ihnen diese Woche in einer Unterredung mitteilten, daß sie oft 17 Stunden täglich Dienst hatten und monatelang ohne einen freien Tag waren. Die Direktoren holten die Geschäftsbücher hervor und brachten daraus den nach ihrer Ansicht unumstößlichen Beweis, daß bei der Zahl der eingestellten Mannschaften eine Ausnutzung in dem Umfange, wie sie von den Beschwerdeführern behauptet worden, einfach unmöglich sei. Als nunmehr die Angestellten baten, ihnen einige Stichproben aus den Büchern vorzulegen, wollte augenscheinlich keine mit den thatsächlichen Verhältnissen übereinstimmen; und das Resultat dieser merkwürdigen Revision war, daß in den Büchern etwa 400 Personen mehr als Angestellte aufgeführt standen, als nach Ansicht der Unterbeamten thatsächlich im Dienst waren. Diese besonders für die Direktion sehr peinliche Differenz ist jetzt noch nicht völlig aufgeklärt, jedoch soll einer der Direktoren gesagt haben, daß in dem Fall, wo die von Schaffnern und Führern über den Umfang ihrer Ausnutzung gemachten Angaben sich als zutreffend erwiesen, eine gerichtliche Aufklärung der Angelegenheit selbstverständlich sei.

Sehr peinlich sollen die Direktoren auch von einer andren bei dieser Gelegenheit vorgebrachten Sache berührt gewesen sein. Die Angestellten brachten nämlich tadelnd zur Sprache, daß von den vielfachen schriftlichen Beschwerden, die sie an die Direktion gerichtet hätten, keine einzige einer Antwort gewürdigt worden sei. Die Direktoren erwiderten, daß sie überhaupt nichts von schriftlichen Beschwerden wüßten; sie fragten dann, wessen Händen denn diese Schriftstücke überantwortet worden seien, und wie es zuginge, daß keiner der Unterbeamten sich direkt an die Direktion gewandt hätten.

Hierauf bezeichneten die Befragten einen einflußreichen Oberbeamten als den Empfänger der Schriftstücke. Dieser Herr, der ihnen eindringlich eingeschärft hätte, daß Beschwerdeführer, welche sich direkt an die Direktion wendeten, mit Strafe belegt würden, müsse dann aus eigner Machtvollkommenheit die Absendung der Beschwerden unterlassen haben. Auch dieser Fall ist noch nicht klar gestellt, doch bezeichneten die Direktoren die Meinung der Angestellten, daß eine an sie gerichtete Beschwerde unzulässig oder sogar strafbar sei, als eine durchaus irrtümliche. Eine Anordnung, wie die von den Angestellten angeführte, bestehe gar nicht; ja die Direktion wünsche sogar, daß die Angestellten in dem Fall, daß sie Beschwerden vorzubringen hätten, sich keiner Mittelsperson bedienten.

Die Regelung der Dienststunden der Schaffner und Fahrer der Großen Straßenbahn-Gesellschaft nach dem Uebereinkommen bei Beendigung des Ausstandes wird bereits zum 1. Juni, also am Freitag nächster Woche, erfolgen.

Die „Gratifikation", welche die Straßenbahn-Gesellschaft den „Arbeitswilligen" gespendet hat, beträgt nach der „Volks-Zeitung" pro Person — vier Mark.

Im Uebereifer hat bei der vorgestrigen Wiederaufnahme des Straßenbahn-Betriebs ein Betriebsinspektor elektrische Wagen mit Anhängewagen durch die Leipzigerstraße laufen lassen, was für die Wochentage bekanntlich polizeilich verboten ist. Die verbotenen Anhängsel wurden von den diensthabenden Polizei-Organen aber nicht beanstandet, weil sie, ebenso wie das Publikum, der Meinung waren, daß diese Neuerung von maßgebender Stelle der Gesellschaft zugestanden worden sei. Das ist jedoch, wie gesagt, nicht der Fall, es handelt sich eben nur um ein Versehen, das nunmehr wieder richtig gestellt worden ist.

Daß zu dem Ausstand der Straßenbahner auch der Berliner Witz sein Scherflein beigetragen hat, versteht sich von selbst. So liegt uns ein kleines Heftchen vor, das auf gelbem Titelblatt mit roten Buchstaben als „Fahrplan der Straßenbahnen — Streikausgabe Mai 1900" bezeichnet wird. Dieses Heftchen enthält . . . sechzehn völlig leere weiße Blätter und trägt auf der äußeren Rückseite des Umschlages den Vermerk „Nachdruck verboten."

Ueber den Umfang der Verhaftungen aus Anlaß der Unruhen weichen die Mitteilungen immer noch sehr von einander ab. Die „Staatsb.-Ztg." bringt folgende Meldung: „467 Verhaftungen sind am 19. und 20. Mai in Berlin vorgenommen worden, am Sonnabend 186, am Sonntag 281. Daraus kann man einen Schluß auf den Umfang der Unruhen ziehen. Fast 300 Personen sind nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen worden. Ein Teil der in Haft gebliebenen Personen wurde in das Untersuchungsgefängnis übergeführt, während ein anderer Teil der Kriminalpolizei vorgeführt wurde. Es wird angenommen, daß sich darunter manch lange gesuchte Persönlichkeit aus der Zuhälterschaft des Rosenthaler Vierteils befindet. Die Folgen werden für viele der Verhafteten sehr schwer sein, da die Anklage auf Landfriedensbruch lautet."

Ganz das Gegenteil besagt die Mitteilung eines hiesigen Lokalblatts: „Von den zahlreichen Personen, die wegen Anteilnahme an den Tumulten bei Gelegenheit des Streiks festgenommen wurden, haben nach den bisherigen Ermittlungen nur vier eine Strafe zu erwarten, einer von ihnen wegen groben Unfugs, die drei andern wegen andrer Vergehen. Von denen, die geschossen haben, konnte trotz gegenteiliger Meldungen keiner ermittelt werden. Auf den Polizeirevieren liegen außerdem noch einige Strafanzeigen, die wegen der Fülle des Materials noch nicht erledigt werden konnten. Die größte Zahl der Verhafteten wurde sehr bald wieder auf freien Fuß gesetzt, weil ihnen keine strafbare Handlung nachgewiesen werden konnte, einzelne haben Strafmandate erhalten. Der Paragraph über Landfriedensbruch wird in keinem Fall Anwendung finden.

Wenn diese Mitteilung sich bestätigen sollte, so würde das Zuchthausgeschrei der Scharfmacherpresse sich als der schlimmste Unfug darstellen, der überhaupt aus Anlaß des Ausstands verübt worden ist.

In der Frage der Müllbeseitigung soll alles beim Alten bleiben. Gestern beriet nämlich die Straßenreinigungs-Deputation die Frage der Müllbeseitigung. In erster Linie wurden die Resultate der Versuche der „Müllschmelze" an der Hand des darüber erstatteten amtlichen Berichts, sowie ein neuerliches Angebot dieser Gesellschaft einer Besprechung unterzogen. Darauf wurde die Frage erörtert, ob es jetzt an der Zeit sei, mit einem bestimmten Vorschlage zur Lösung der Müllbeseitigungsfrage hervorzutreten. Dabei wurden die Müllverbrennung nach englischem Muster, das Budapester Verfahren und die Müllschmelze einer Kritik unterzogen und die technischen, hygienischen und ökonomischen Verhältnisse dieser Methoden besprochen. Die Beratungen gipfelten in dem Beschluß, bis auf weiteres die bisherigen Einrichtungen (Verfrachtung des Mülls zu Wasser, im Winter mit der Eisenbahn) beizubehalten. Es liegen, wie verlautet, zur Zeit mehrere neuere Angebote in dieser Sache vor, bezw. stehen solche zu erwarten, so daß der jetzige Zeitpunkt noch nicht geeignet erscheint, eines der genannten Systeme den städtischen Behörden zur Annahme zu empfehlen. Es wird daher bis auf weiteres bei dem bisherigen Verfahren verbleiben. Zunächst soll jedenfalls die Wirkung der für den 1. Oktober d. J. beschlossenen Erhöhung der Abladegebühr von 2 auf 3 M. abgewartet werden. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß dann die Zufuhr zu

---

Liebesbriefe.

Mein Geist wird leben und siegen lange
nachdem die kleinen Könige und Minister von
heute werden vergessen sein. Sehet da, Christen,
meine Unsterblichkeit. Multatuli.

In der zweiten Beilage des „Vorwärts" vom 17. Dezember vorigen Jahres suchte ich die Leser für den holländischen Wahrheitssucher und Wahrheitensager E. D. Dekker zu interessieren. Inzwischen ist ein zweites Werk von ihm in deutscher Uebersetzung erschienen.

Die „Minnebrieven" sind zum großen Teil wieder der Sache der armen getretenen Eingebornen der holländischen Kolonien gewidmet. Seiner Frau schrieb Dekker, als er dieses Werk unter der Feder hatte: „Ich werde schreiben wie ein Gott und wie ein Teufel! — Umwälzen ist mein Beruf!"

Und wieder sausen wuchtige Keulenschläge auf die holländische Regierung und die übrigen Ausbeuter und Mißhändler der Javaner hernieder! Eine Menge andrer konventioneller Lügen, Mängel und Verbrechen der Gesellschaft finden daneben ihre wohlverdiente, nachdrücklichste Züchtigung.

Diesmal bellten etliche gepriegelte Hunde. In der Zeitung „'s Gravenhaagsche Nieuwsbode" schrieb ein Recensent:

„. . . . Wir haben jetzt einen modernen Herostratus. Es ist die „Ichheit" von Multatuli. Er vergreift sich an allem, was dem Menschen teuer ist. Er verkündigt die verderblichsten Morallehren. Er rennt an und tritt nieder alles, was die Nation lieben und verehren gelernt hat. Er leugnet Gott, Bibel und Evangelium. Er leugnet das Bestehen der Seele, der Unsterblichkeit, der Seligkeit, und erkennt nichts als sein eigenes Ich, seine Persönlichkeit als die alleinige Gottheit an, und er beweihräuchert sie . . . Und wenn Multatuli in seinem Hochmut und in seiner Vermessenheit auch zuruft: „Publikum, ich verachte Dich mit großer Innigkeit!" was denkt ihr wohl, wird die Antwort des Volks an ihn, Multatuli, sein? — Es wird ihn aus seinem Gedächtnis streichen!"

Man begreift diese Wut, wenn man die niederschmetternden Anklagen gegen das holländische „Raub-, Mord-, Diebstahl- und Unterdrückungssystem" in den Kolonien Hollands liest, welche Multatuli in den „Liebesbriefen" erhebt. Allerdings greift er scharf das an, „was dem Menschen (d. h. dem Kapitalmenschen) teuer ist —" den heiligen Mehrwert. Das ist das größte aller Verbrechen!

Multatuli selbst wunderte sich durchaus nicht über den Zorn seiner Kritiker. An einer Stelle der „Liebesbriefe" schreibt er:

„Mein Stil trägt das Matrosenhemd von Garibaldi . . . ich höre, daß man Anschläge auf sein Leben macht. . . . Das ist natürlich. Menschen, die schwarze Röcke tragen, können kein rotes Hemd sehen, ohne kollerig zu werden wie ein Truthahn."

Wie im Havelaar zeichnet auch hier Dekker nach der Natur. Die briefwechselnden Personen sind: Der Dichter selbst, Tine, sein wackeres Weib, Fancy (englisch = Phantasie); die Muse des Dichters, die ihn begeisternde Idee der Humanität und Gerechtigkeit. Daneben kommen noch Gegner und Feinde, Philister und Hallunken aller Art zum Wort, wie sie aus dem Wespennest ausflogen, in das Dekker gestochen hatte. Von dem reichen Inhalt des Buchs Rechenschaft zu geben, langt der hier gebotene Raum nicht. Alle erschlichene und erzwungene Autorität, Mißbrauch der Religion, sowie einer heuchlerischen Moral, all das Unrecht, welches dem ganzen weiblichen Geschlecht, vornehmlich aber das, was die holländischen „Kulturträger" (lies: Unterdrücker und Ausbeuter) den Eingeborenen der holländischen Kolonien anthun — wird blutig gegeißelt.

Um mich nicht zu wiederholen, verweise ich auf die Skizze „Ein Kolonialroman" im „Vorwärts" von früher (17. Dezember vor. Jahres). Nur daß gerade diese Angriffe in den „Liebesbriefen" aus Grimm über die Nutzlosigkeit der Bemühungen des Dichters, das verbrecherische Kolonialsystem zu beseitigen, hier noch weit heftiger und wuchtiger geführt werden.

„Der Javane wird mißhandelt", ist der monotone, aber in seiner Monotonie erschütternde und peinigende Refrain. Niemand hatte auf die Anklagen Dekkers im Max Havelaar geantwortet, der Appell an den König, an Christentum und Menschlichkeit war ungehört verhallt. Diesbezüglich heißt es in den „Minnebriefen": „Könige haben zu thun mit der Schnalle von den Bauchgurten ihrer Offiziere. Könige haben keine Zeit, Dich zu hören. — Staatsmänner treiben Handel in Stimmen von Kammermitgliedern und halten sich auf mit Abhandlungen, in denen sie „sich die Freiheit erlauben, sich diese oder jene Freiheit zu erlauben." Staatsmänner haben keine Zeit, dich zu hören, — Christen streiten sich über den Glauben. Christen haben keine Zeit, dich zu hören. — Und die Menschlichkeit? Ei nun, schreibe nur 'n Brief an diese Menschlichkeit und sieh', ob er zurecht kommt . . ."

In der Kammer erklärte ein mit Namensnennung von Dekker auf das schärfste angegriffener Generalgouverneur a. D., er werde Multatuli nicht widerlegen; „ich meine, daß aus dem, was der Schreiber dieses Buches („Max Havelaar") zu sagen beliebt, für mich keine Verpflichtung zur Beantwortung erwachsen kann. Ich meine, daß das, was ich über dieses Buch würde sagen können, dem Schein der Parteilichkeit nicht würde entgehen können."

Eine herrliche Antwort! Ganz die Taktik der Wanzen, die sich tot stellen, wenn sie nicht mehr entwischen können!

Der Zorn über diese Taktik, über die Widerspruchslosigkeit all seiner schweren Angriffe und dringenden Forderungen auf Aenderung des Systems drang dem Dichter die „Liebesbriefe" ab — und sie fielen danach aus!

Alle Versuche, die zuständigen Stellen zum Antworten und Handeln zu bringen —, bis zum König! — blieben erfolglos. Er hoffte noch auf das holländische Volk!

„Jetzt, nach vier Jahren", sagt Multatuli in einer Note zu den „Liebesbriefen" vom Jahre 1865, hat der Ring der Schuldigen sich erweitert. Die ganze niederländische Nation — früher unwissend, nun seit langem eingeweiht — ist mitschuldig an all der Barbarei, die ich im Havelaar ans Licht brachte!

In den „Liebesbriefen" findet sich unter andern ein „Brief an die Wähler von Niederland", denen Dekker den Nutzen der Kolonien und der Arbeit der Javanen vorrechnet und ihnen nahelegt, diese Besitzungen sich zu erhalten durch eine zweckentsprechende menschliche Art und Weise, die Bevölkerung zu regieren.

Multatuli teilt die Arbeit der Javanen ein in solche, die sie leisten:

1. als Herrendienst für private Ländereienbesitzer;
2. als Herrendienst für inländische Häuptlinge und holländische Beamte;
3. zu Nutzen von „Kontraktanten", d. i. Personen, „die von der edelmütigen Regierung mit dem Recht beschenkt sind, zu verfügen über soundsoviel Fläche Grundes mit der Arbeitskraft von soundsoviel umliegenden Dörfern";
4. zu Nutzen von Privaten auf Grund von Uebereinkommen mit den Eingeborenen die sogenannte „freie Arbeit" im Gegensatz zu der von der Regierung befohlenen, die vorschreibt, was der Eingeborene kultivieren muß und zu welchem Preis er es der Regierung „verkaufen", richtiger hergeben muß, wobei Waren für den europäischen Markt so sehr bevorzugt werden, daß der Javane seinen Reis nicht bauen kann, woraus häufig Hungersnot entsteht. Letztere ist die Arbeit
5. zu Nutzen des Gouvernements, was man „Kultursystem" nennt;
6. zum eignen Nutzen (der Javanen): „Hierzu mangelt meistens die Zeit, und dann entsteht Hungersnot".

Dazu kommt noch die Konfiskation von Arbeitsmitteln als Strafe für Vergehen oder Nachlässigkeiten in den Dienstleistungen gegen die „Regenten"; namentlich das Wegnehmen der zur Landbestellung nötigen Büffel (meist des einzigen, den die Aermsten haben).

Multatuli macht folgende Rechnung auf: In einem Distrikt von Lebak wurden im Monat Februar 1856 armen Javanen 36 Büffel abgenommen. Lebak hat fünf Distrikte: 5 × 36 = 180 Büffel; das Jahr hat 12 Monat: 180 × 12 = reichlich 2000 Büffel; die ganze Regentschaft Bantam hat 5 Distrikte wie Lebak 2000 × 5 = 10 000 Büffel. Bantam beherbergt etwa den 24. Teil der ganzen javanischen Bevölkerung 10 000 × 24 = 240 000 Büffel.

Java ist im Hinblick auf den geringeren Reichtum und die geringere Ergiebigkeit der übrigen Kolonien von Holländisch-Ostindien etwa die Hälfte des ganzen Kolonialreichs, also werden 240 000 × 2 = 480 000 Büffel jährlich der sogenannten niederländisch-indischen Bevölkerung abgenommen. Ein Generalgouverneur bleibt in der Regel 5 Jahre drüben, folglich werden während seiner Amtswaltung der Bevölkerung abgenommen: 480 000×5, d. i. beinahe 2½ Millionen Büffel. Den Büffel zum Preise von 15—30 Gulden, durchschnittlich zu 20 Gulden berechnet, giebt das 20 × 2½ Millionen = 50 Millionen Gulden an Geldeswert, die der indischen Bevölkerung abgenommen werden unter der Regierung eines einzigen Gouverneurs, der seine Pflicht nicht thut.

Zu diesem Raub an Büffeln kommt noch das zwanzigfache, was aus den Javanen sonst noch herausgeschunden wird durch Herrendienst, unbezahlte Arbeit, unbezahlte Lieferung von allerlei Dingen:

„20 × 50 Millionen, das sind 1000 Millionen Gulden an Geldeswert, die der indischen Bevölkerung abgenommen werden unter der Regierung eines Generalgouverneurs, der seine Pflicht nicht thut."

Multatuli schließt sein Rechenexempel mit dem Ausruf:

„Ist euch dies nun endlich genug, Wähler von Niederland?" —

Nach Erscheinen des Havelaar hatte die Zeitung „Tielsche Courant" einen flammenden Artikel von Stapel gelassen, in welchem die Frage aufgeworfen wurde: „Ist Niederland ein Raubstaat?" Da der Autor des Havelaar kein Lästerredner sei, nicht überrede, sondern überzeuge, Thatsachen mitteile, die er beweisen wolle, auf die Schuldigen mit dem Finger weise, dürfe das Volk von Niederland nicht schweigen; das hieße zustimmen zu all' den denunzierten Verbrechen!

den städtischen Plätzen erheblich herabsinkt, und die Unternehmer sich durch Schiffs- und Eisenbahntransport selber helfen.

Erkrankungen und Sterbefälle in den Berliner Krankenhäusern. In den größeren Krankenhäusern Berlins wurden im Jahre 1899 66043 Erkrankte aufgenommen und es starben 9117 Aufgenommene. Daran waren beteiligt: Die Charité mit 17140 Erkrankten und 1861 Gestorbenen, das städtische Krankenhaus im Friedrichshain mit 10011 und 1636, das in Moabit mit 10673 und 1526, das am Urban mit 8320 und 1237, das in der Gitschiner Straße mit 2189 und 235, das Hedwigs-Krankenhaus mit 5009 und 428, das Krankenhaus Bethanien mit 2755 und 463, das Lazarus-Krankenhaus mit 2090 und 316, das Elisabeth-Krankenhaus mit 1935 und 245, das Augusta-Hospital mit 1643 und 249, das jüdische Krankenhaus mit 1651 und 206, das Kaiser und Kaiserin Friedrich-Krankenhaus mit 2627 und 715.

Die standesamtlichen Meldungen der Geburten und Sterbefälle gehen, trotz den Meldevorschriften, vielfach verspätet ein. Namentlich bei den Geburtenmeldungen beläuft sich die Verspätung in zahlreichen Fällen nicht auf Tage und Wochen, sondern auf Monate. Manche Geburten gelangen sogar erst nach Jahren zur Kenntnis der Standesämter, wobei es sich dann in der Regel um zufällige Feststellungen handelt. Daß eine Geburtenmeldung erst nach Jahrzehnten einläuft, kommt zwar ebenfalls vor, aber es gehört doch zu den bemerkenswerten Seltenheiten. Kürzlich ist noch aus den Jahren 1874 und 1875 je eine Geburt nachträglich in die Standesamtsregister eingetragen worden.

Feuersgefahr durch Metallfäden. Ueber eine neuerdings in Berlin beobachtete Brandgefahr, die durch Stoffe mit Metallfäden verursacht ist, berichtet im „Centralbl. d. Bauverw." Ingenieur Eickhoff, dem die technischen Anlagen des Abgeordnetenhauses unterstellt sind. Bei einem am hellen Mittag plötzlich aufgetretenen Brand war die nächste Umgebung des vermutlichen Ausgangspunkts der Entzündung völlig zerstört und nur einem Zufall wurden einige Reste der schnell heruntergerissenen Vorhänge verdankt, die in dem Schutt sich noch ermitteln ließen. Es stellte sich dabei heraus, daß die schmale Borte des Vorhangs mit metallumsponnenen Fäden durchwirkt war, die beim Entstehen von Zugluft durch eine benachbarte Thür bewegt und dadurch mit den Kontaktflächen der Steckdose am Fenster in Berührung gebracht wurden. Die schwachen Metallfäden sind infolge der großen elektrischen Stromstärke sofort durchglüht und verbrannt, indem sich innerhalb des Vorhangs ein Kurzschluß gebildet hatte. Der genannte Fachmann nimmt aus diesem unscheinbaren Vorkommnis, das aber in der Nacht leicht ein sehr großes Unglück angerichtet hätte, Veranlassung, vor der Anwendung metalldurchwirkter Stoffe in der unmittelbaren Nähe elektrischer Leitungen ausdrücklich zu warnen. Es erfordert das aber eine genaue sorgfältige Prüfung der Stoffe vor der Verwendung, da die Fabrikationsart nicht sofort zu erkennen ist, und in dem vorliegenden Fall die Anwendung von Metallfäden auf Befragen abgestritten wurde. Nur der Untersuchung eines Fachmanns war es zu danken, daß der Brand auf die richtige Ursache zurückgeführt wurde, während man ihn sonst der Heizung zugeschrieben haben würde. Die Metallfäden bilden eine unsichtbare Gefahr für elektrische Anlagen.

Diebe als Höhlenbewohner. Drei jugendliche Räuber im Alter von 14—17 Jahren, die Arbeitsburschen Wilhelm O., Hugo B. und Walther L. aus Berlin, welche sich zur Begehung von Diebstählen zusammengethan hatten, wurden vorgestern von dem Gendarmen Klawe aus Friedrichsfelde festgenommen und dem dortigen Amtsvorstand gefesselt eingeliefert. Sie hatten sich in der Forst des Landrats von Treskow bei Karlshorst eine Höhle eingerichtet und die mit allen möglichen zusammengestohlenen Gegenständen sowie Kochgeschirr und einer Lampe wohnlich ausstaffiert. In der letzten Nacht hatten sie eine Zuckerwaren- und Wurstbude im Restaurant „Waldschänke" in Karlshorst mittels Brecheisen erbrochen und ausgeraubt. Nach dem Geständnis der Festgenommenen hatten sie sich dann nach Berlin begeben, um die Gelegenheit zu neuen Diebstählen auszuforschen. Einer der Diebe wußte sich außerdem noch dadurch Geld zu verschaffen, daß er eine Rentenquittung mit dem Namen seiner im Krankenhause befindlichen Mutter fälschte und die Rente in Höhe von 54 M. von dem Postamt in Berlin abhob. Gestern morgen sind die Burschen dem Untersuchungsrichter in Moabit vorgeführt worden.

In Stücke gefahren wurde Dienstagabend um 10 Uhr auf dem Bahnhof Beusselstraße ein Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden konnte. Der Mann hatte den Bahnsteig verlassen, um auszutreten, und wollte unter der Ueberführung der Beusselstraße über den Bahnkörper noch auf einen Nordringzug aufspringen, als dieser sich schon in Bewegung gesetzt hatte. Wahrscheinlich sprang er fehl, wurde vom Trittbrett heruntergeschleudert und geriet in dem Durchgang unter die Räder des weiterrollenden Zugs. Der Unglückliche wurde auf der Stelle getötet und buchstäblich in Stücke gefahren. Die zerstückelte und zermalmte Leiche wurde noch im Laufe der Nacht von dem Polizeiwagen nach dem Schauhause abgeholt. Nach Papieren, die man bei ihm fand, scheint der Getötete ein aus Magdeburg gebürtiger, 27 Jahre alter Friedrich Franz Paul Robert Brinkmann zu sein.

Vermißt wird seit Sonntagabend der 30 Jahre alte Controleur Hugo Lippe aus der Matternstr. 18. Lippe, der seit dreiviertel Jahren verheiratet ist, war seit zwei Wochen bei der Automaten-Gesellschaft in der Elisabethstr. 24 angestellt. Am Sonntagnachmittag war er damit beschäftigt, in verschiedenen Gastwirtschaften die Automaten zu kontrollieren und zu leeren. Gegen 8 Uhr abends war er im „Ostbahnpark" an der Rüdersdorferstraße. Hier führte er gegen 70 M. bei sich. Um 8½ Uhr sagte er einem Bekannten, von dem er sich auf dem Küstrinerplatz trennte, daß er noch eine Wirtschaft aufsuchen wolle. Seitdem hat man ihn nicht mehr gesehen. Seine junge Frau, mit der er in glücklicher Ehe lebt, kann sich sein Verschwinden nicht erklären. Sie glaubt, daß er in dem Tumult am Sonntagabend verunglückt sei.

Der Selbstmord eines 9jährigen Knaben verursachte am vorgestrigen Abend in der Eislebenerstraße großes Aufsehen. Dortselbst wohnen in dem Hause Nr. 10 die Breuerschen Eheleute, deren Knabe die Charlottenburger Gemeindeschule besucht. Der Knabe war seit vorigen Sonnabend hinter die Schule gegangen und der Rektor hatte am gestrigen Tage den Eltern davon Anzeige gemacht. Der Knabe erhielt nun von der Mutter ernste Vorwürfe und hatte von dem Vater, der noch nicht nach Hause gekommen war, eine körperliche Strafe zu erwarten. Als nun die Mutter abends gegen 9 Uhr das Zimmer auf einige Augenblicke verlassen hatte, sprang Karl B. aus dem Fenster der in der vierten Etage belegenen Wohnung und blieb besinnungslos auf dem Hofe liegen. Der kleine Lebensmüde hatte einen Bruch beider Beine und des Rückgrats erlitten und wurde in hoffnungslosem Zustande nach dem Charlottenburger Krankenhause gebracht.

Feuerbericht. Mittwochnachmittag gingen Simeonstraße 4 Gardienen in Flammen auf. Kurz vorher war Lausitzerstr. 45 in einer Kistenfabrik ein kleines Schadenfeuer abzulöschen. Kleine Zimmerbrände verursachten Alarm nach Neue Promenade 4, Chausseestraße 114, Zionskirchstr. 50 und Alvenslebenstr. 26a. In der Fennstraße 49 hatte übergekochtes Fett Feuer gefangen, doch konnte größere Gefahr schnell beseitigt werden. Längere Zeit hatte die Wehr zu thun, um Boxhagenerstr. 34 einen Brand zu löschen, der das Pappdach eines Maschinenhauses einäscherte. Der verursachte Schaden ist nicht erheblich.

Aus den Nachbarorten.

Lichtenberg. Ein von parteigenössischen Gemeindevertretern gestellter Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Sitzung der Gemeindevertretung, um Maßnahmen gegen die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft zu beschließen, wurde nach stattgehabter Beratung des Gemeindevorstands zurückgewiesen, weil leider nach den bestehenden Verträgen die Gemeinde nicht in der Lage ist, auf die Gesellschaft einen Druck auszuüben.

Das Gewerbegericht der Stadt Rixdorf hat in den 4 Monaten seines Bestehens 184 Klagen erledigt. Im Vergleichstermin wurden durch Vergleiche und Versäumnisurteile 86 Prozesse beendet, das sind etwa 46 Proz. 98 Klagen kamen zur kontradiktorischen Verhandlung vor den vollbesetzten Gerichtshof. Davon erledigte das Gericht 58 durch Urteil, 14 durch Vergleich, 5 durch Versäumnisurteil. In 9 Fällen wurde nach der Verhandlung die Klage zurückgenommen. — Auf Beschluß der Gewerbedeputation soll die Zeitschrift „Das Gewerbegericht" in einer ausreichenden Anzahl Exemplaren bezogen und an die 48 Beisitzer kostenlos abgegeben werden. Die Gewerbedeputation billigte auch den Beschluß der Beisitzerversammlung, das Gericht dem Verband deutscher Gewerbegerichte anzuschließen.

Vermischtes.

Zum Konitzer Morde schreibt die „Danz. Ztg.", es sei nicht mehr daran zu zweifeln, daß Ernst Winter Verkehr mit Frauen oder Mädchen zweifelhaften Rufes gehabt hat. „Die Untersuchung hat bisher so viel Verirrungen des unglücklichen jungen Menschen festgestellt, daß es nicht länger angeht, darüber zu schweigen. Die Entdeckung des Verbrechers kann nur dadurch gefördert werden, daß endlich Licht nach dieser Richtung verbreitet wird. Wer eine so krankhafte Sentimentalität besitzt, daß er darin eine Kränkung des Unglücklichen sieht, der sich nicht verteidigen könne, der thut Unrecht. Die untersuchende Behörde hat daher, wie es auch nicht anders zu erwarten war, durch Feststellungen nach der angedeuteten Seite hin alles, was in ihren Kräften stand, gethan. Unsre Hoffnung auf die Entdeckung des Verbrechers und auf die nötige Sühne nach allen Richtungen hin steht fester denn je.

Ueber den gemeldeten Krawall in Stolp berichtet die „Ostf.-Ztg.": In dem Comptoir einer Kohlenhandlung in der Langenstraße hatte sich ein Arbeiter des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht und es hatte ein Polizist zur Hilfe geholt werden müssen, der die Verhaftung des Excedenten vornehmen wollte; der Arbeiter aber widersetzte sich und stach schließlich mit einem Messer auf den Polizeibeamten ein, der seinerseits von der blanken Waffe Gebrauch machte. Es wurde weitere polizeiliche Hilfe herangezogen und der Arbeiter in das Polizeigewahrsam gebracht. Dieser Vorfall spielte sich um 6 Uhr abends ab. Er hatte eine Menge von Leuten angezogen, die zum Teil für den Arbeiter Partei nahmen. Ihre Schar wuchs im Laufe des Abends immer mehr an; sie demonstrierten vor der Polizei, durchzogen die Straßen, stießen antisemitische Hetzrufe aus und zertrümmerten in einigen Läden jüdischer Kaufleute die Fensterscheiben. Die Polizei war dem Treiben gegenüber machtlos, und man wandte sich daher schließlich an den Kommandanten des Husaren-Regiments, der eine Schwadron zu Pferde mit blankgezogenem Säbel gegen den Haufen aussandte, indem er die Gewalt über die Stadt in die Hand nahm. Gegen 10 Uhr waren die Straßen gesäubert und der Tumult zu Ende.

Eine Skandalgeschichte, die in den sogenannten besten Kreisen spielt, beschäftigt gegenwärtig die Pariser Gerichte und wird in der französischen Presse lebhaft besprochen. Die Heldinnen der Tragikomödie sind zwei ungarische Frauen, die seit längerer Zeit in Paris leben. Vor fünf Jahren machte die Baronin F . . ., die damals 20 Jahre alt war, in Bekanntschaft einer jungen, hübschen Landsmännin gleichen Alters, welche auf den Namen Stern hörte. Die Baronin machte Frl. Stern zur Vertrauten und Freundin ihres Herzens und unternahm mit ihr große Reisen nach Südfrankreich und Norditalien. Die beiden Frauen trennten sich nicht mehr von einander, und die mit Diamanten und Juwelen geschmückte, verhätschelte, von zahlreichen Kavalieren angeschmachtete Baronin lehnte aus Liebe zu ihrer Freundin jeden Verkehr mit dritten Personen ab. So pilgerte man glückselig wie ein Ehepaar auf der Hochzeitsreise von Monte-Carlo nach Nizza, von Nizza nach Genua, von Genua nach Venedig und Mailand, bis die sehr reiche Baronin in Paris auf dem Boulevard Haußmann ein prächtiges Hotel mietete. In den ersten Tagen dieses Maienmonats reiste die Baronin nach ihrer ungrischen Heimat, wo sie 14 Tage verweilte. Vor ihrer Abreise gab sie der vielgeliebten Stern 2000 Fr., damit sie eine neue Wohnung miete. Auch ihre Juwelen vertraute sie der Freundin an und gestattete ihr außerdem, im Hause nach Belieben zu schalten und zu walten. Als die Baronin dieser Tage wiederkam, fand sie zu ihrer Ueberraschung in der Wohnung die traute Herzensfreundin nicht vor. In ihrer Erregung klingelte sie sofort das ganze Dienstpersonal zusammen, und erfuhr sie, was vorgefallen war. Fräulein Stern hatte bei ihren täglichen Spazierfahrten im Bois die Bekanntschaft eines jungen Mannes gemacht und diesen zu ihrem Geliebten erwählt. Um die neue Liebe würdig feiern zu können, verkaufte sie bald nach der Abreise der Baronin zwei Ringe im Werte von 10000 Fr. und mietete eine prächtige Wohnung in der Avenue Kléber. Dann wanderten auch die Juwelen, das ganze Silberzeug und die wertvollsten Kleidungsstücke der Baronin zum Trödler. Als die Baronin solches vernahm, fuhr sie direkt vom Boulevard Haußmann in die Avenue Kléber, aber Fräulein Stern war „nicht zu sprechen". Nun nahm die in ihren heiligsten Gefühlen und auch sonst noch betrogene Baronin die Hilfe der Polizei in Anspruch, — schweren Herzens, aber gefaßt. Einem Polizeiinspektor gelang es durch List und Ueberredung, Fräulein Stern aus ihrem Bau zu locken und zur Wache zu bringen, wo sie für verhaftet erklärt wurde. Die Verhaftete erhob gegen die Baronin die schwersten Anschuldigungen, die sich auch nicht einmal andeutungsweise wiedergeben lassen. Fräulein Stern ist übrigens, wie sich jetzt herausstellt, eine sehr gesuchte Persönlichkeit, sie hat in Oestreich, besonders in Wien, zahlreiche Betrügereien verübt und wird von den östreichischen Polizeibehörden dringend verlangt. —

Die Pest. Der Sanitätsrat in Konstantinopel hat beschlossen, die bisher auf 48 Stunden bemessene Beobachtungsfrist für Herkünfte aus Smyrna, wo bekanntlich die Pest herrscht, auf vierundzwanzig Stunden herabzusetzen, die ärztlichen Visitationen jedoch aufrecht zu erhalten.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 23. Mai 1900. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 395 Rinder, 3048 Kälber, 973 Schafe, 9656 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (beziehungsweise für 1 Pfund in Pf.): Für Rinder: Ochsen: a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 00—00, b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 00—00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00—00; d) gering genährte jeden Alters 00—00. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 00—00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00—00; c) gering genährte 00—00. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerts 00—00; b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 00—00; c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 00—00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 00—00; e) gering genährte Kühe und Färsen 00—00. — Kälber: a) feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 72—75, b) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 64—68, c) geringe Saugkälber 50—56, d) ältere, gering genährte (Fresser) 40—48. — Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 58—61, b) ältere Masthammel 51—56, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 45—49, d) Holsteiner Niederungsschafe (Lebendgewicht) 00—00. — Schweine: a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 44—45, b) Käser 00—00, c) fleischige 42—43, d) gering entwickelte 40—41, e) Sauen 38—39.

Verlauf und Tendenz. Vom Rinderauftrieb blieb ungefähr die Hälfte unverkauft; maßgebende Preise ließen sich nicht feststellen. Der Kälberhandel gestaltete sich rege. Bei den Schafen wurden ungefähr 600 Stück verkauft. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wird voraussichtlich geräumt. Gute Ware war knapp.

Liberale wie Konservative näherten sich Dekker und wollten ihn für ihre Partei gewinnen, seinen Anklageroman „als Kriegsmaschine" für sich benutzen: Dekker ließ sie beide abfallen, denn ihm war's um die Sache, nicht um den Kampf dieser Interessencliquen zu thun, als welche ihm die genannten Parteien erscheinen mußten. In einer Note von 1865 sagt Dekker, daß Liberale wie Konservative den Max Havelaar „als machine de guerre in ihrem Parteigezänk benutzen wollten. Als ich beide Cliquen barsch abgewiesen hatte und allein Hilfe verlangte von denen, die es wohlmeinten mit Menschlichkeit und Recht, da zeigte es sich, daß niemand den Mut hatte, sich auf meine Seite zu stellen. Wenn ich das Kananäisch der Liberalen hätte sprechen wollen, wäre ich seit langem Minister der Kolonien. Und auch die Besonders (Erhaltenden = Konservativen) hätten mein Talent gebrauchen können, wenn dies Talent nun einmal „zu gebrauchen" wäre! Lieber Gott, ich selbst bin desselben nicht Herr, und ich glaube nicht daran. Denn ich bin kein „Schriftsteller von Beruf"."

„Nach dem Erscheinen der „Minnebrieven", die ein Jahr nach dem Havelaar, also 1861 herauskamen, schrieb Professor Veth im „Gids" vom August 1863: „Seitdem hat Havelaar (d. i. Dekker) mit den Seinen Mangel gelitten, er ist Gegenstand der Schmähungen der Droogstoppels (Name des herzlosen Kaffeemaklers im Roman Havelaar) — denn die Droogstoppels in Niederland machen stets gemeinsame Sache mit den Slymeringen in Indien (Slymering heißt eine andre Person des Romans, die den Typus des Javanerschinders in Indien selbst repräsentiert) — er ist Multatuli geworden, nicht allein dem angenommenen Namen nach, sondern thatsächlich (multa tuli, lateinisch = viel hab ich erduldet).

„Und was beweist nun die Thatsache, daß nach seiner Verabschiedung wirklich eine Untersuchung stattfand bezüglich der Räubereien und Erpressungen in der Regentschaft Lebak, daß der Regent eine scharfe Vermahnung erhielt und einige Häuptlinge geringeren Rangs abgesetzt wurden?

„Primo: Die Wahrheit des Sprichworts, daß man die kleinen Diebe hängt und die großen laufen läßt;*)

„Secundo: daß die Sache zu sehr ruchbar geworden war, um nun noch unterdrückt werden zu können;

„Tertio: daß die Räuberei in Lebak schon sehr arg gewesen sein muß, wenn selbst ein Resident, der so gern „deichselte" und so ungern ein inländisches Haupt verfolgte, konstatieren mußte, daß wirklich Grund zu Klagen bestände; und also

„Quarto: **daß Havelaar vollkommen recht hatte.**"

* *
*

Bedeutsam erscheint mir eine Bemerkung in der Vorrede des Uebersetzers der Liebesbriefe, in welcher dieser erklärt, er habe kein Tüpfelchen unter den Tisch fallen lassen, selbst da, wo Dekker sich direkter an die Niederländer wendet: „Auch da zwingt uns Multatuli, daß wir uns stetig an die Nase fassen".

Schon in seinem Vorort zur Uebersetzung des „Havelaar" sagte W. Spohr am Schluß: „Doch vorher eins noch. Ich habe mich dran gewöhnt in seiner (Dekkers) Kunst mehr als ein Genußmittel zu sehen. So möge man verstehen, wenn ich mahnend betone, daß der Empörungsschrei dieser Seele **uns**, uns **alle** angehe!

Aber jetzt wird uns Deutschen von einem Kenner der Verhältnisse und Zustände in jenen kolonialen Gebieten das holländische System auf das wärmste empfohlen!!

Ein Herr H. A. R., der schon früher über die Tabakproduktion auf Sumatra in der wissenschaftlichen Beilage der „Münchener Allgemeinen Zeitung" interessante Mitteilungen gemacht, äußerte sich kürzlich ebenda über die Art, wie wir Deutschen kolonisieren sollen.*) Er empfiehlt das holländische System und schildert das wie folgt: „Verständnisvolles Behandeln der Eingeborenen auf patriarchalischer Grundlage (!!), strenge Gerechtigkeit, sorgfältige Vorbereitung jedes neuen Schrittes." Herr H. A. R. schwärmt für das in Holländisch-Indien herrschende patriarchalische Verhältnis, bei dem „der Inländer in glücklicher geistiger Beschränktheit zu dem geistig hochstehenden Europäer aufblickt"; so sei es „am ersprießlichsten und wünschenswertesten" — auch für die Javaner???

Man vergleiche Havelaar Dekker, der 17 Jahre Kolonialbeamter gewesen war!

„Wenn zwei dasselbe thun, ist's nicht dasselbe!" Dieser Leibspruch des Ministers der preußischen Gerechtigkeit, ist unserm Gewährsmann H. A. R. ein Satz, „der bestehen wird in alle Ewigkeit, und zwar ohne alle Nietzscheſche Uebermenschentheorie. Wenn der menschlich denkende und gerechte europäische Pflanzer einen Kuli zu züchtigen genötigt ist, so vollzieht er eine wohlverdiente Strafe nach menschlicher und göttlicher (!) Ordnung, wenn aber der renitente, arbeitsscheue und seinem Herrn das Arbeitskapital stehlende Kuli die Hand gegen denselben aufhebt, so begeht er Meuterei! — Folglich haben Peters, Flaschenschröder, Wehlan, Prinz Arenberg und tutti quanti vollkommen recht! Amen!

Die Rechtsminderheit der Eingeborenen nach holländischem System entspricht dieser Lehre von dem doppelten Rechtsmaß des altrömischen Advokatensatzes.

Einige kleine Bedenken — wohl durch die Thaten einiger unsrer großen Kulturträger in Afrika geweckt — kommen aber unsrem Kolonialfreund doch. Er schreibt:

„Der deutsche Charakter und besonders der norddeutsche, dürfte beim Kolonisieren leicht in die Fehler der Engländer verfallen und sich die Zugänglichkeit der Eingeborenen durch Ueberhebung sowie Verachtung ihrer Sprache und Eigenart verschließen, denn das Selbstbewußtsein der Deutschen ist in gleichem Schritt mit der machtvollen Entwicklung des Reichs gewachsen und läßt in der That auch im Ausland nichts mehr zu wünschen übrig. (Leist, Wehlan, Schröder, Prinz Arenberg usw.) Dazu herrscht eine allzu große Vorliebe für alles „Schneidige" auch im Frieden, was einfachen Eingeborenen gegenüber ganz besonders nicht am Platz ist."

*

Hatte ich recht, als ich bei Besprechung des „Max Havelaar" bemerkte, daß die Uebersetzung der Schriften Multatulis eben jetzt, da die „starke Flotte" eine erdumspannende Weltmachtpolitik vorbereiten soll, gerade recht und zu geeigneter Stunde erscheint?

Tell.

*) Bei Luther lautet dieses alte deutsche Sprichwort noch schärfer zugespitzt: „Die großen Diebe suchen die kleinen!"

*) Wissenschaftliche Beilage der großmacht- und weltwasserpolitik-tollen „Münchener Allgemeinen Zeitung" Nr. 7 und 8 dieses Jahrgangs.

Tischler-Verein.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied

Herr Heinrich Schäfer

am Dienstag, den 22. d. M., nachm. 5½ Uhr, nach langem Leiden im Alter von 40 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. Mai, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jacobi-Kirchhofs in der Hermannstraße aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

198/13 **Der Vorstand.**

Fachverein der Bäcker.

Montag, den 21. ds. Mts., verstarb nach viermonatigem Krankenlager unser treues Mitglied

Wilhelm Girach

im Alter von 60 Jahren.

Die Beerdigung findet am Donnerstagnachm. 4 Uhr von der Leichenhalle des Georgen-Friedhofs, Landsberger Allee, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung der Mitglieder ersucht

1195b] **Der Vorstand.**

Treffpunkt bis nachm. 3 Uhr im Vereinslokal Gipsstr. 18.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.

Am 23. d. M. verstarb nach langem Krankenlager unser Kamerad, der Zimmerer [1192b

Robert Seibt.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 27. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der St. Thomas-Gemeinde in Britz aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!

Rabitzspanner und Träger.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege

Ernst Wäsch

am Montag, den 20. Mai am Gehirnschlag verstorben ist. Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 24. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Rixdorfer Kirchhofs aus statt. Um rege Beteiligung der Kollegen ersucht [261/1

Der Vorstand.

Tanzsaal.

Großer Saal im Vorort ist für die Sonntage an eine Musikkapelle zu vergeben. Adressen unter „B. S." in der Exp. d. „Vorw." niederzulegen.

Die Preise sind streng fest, sehr billig und in Zahlen an den Waaren gezeichnet.

BAER SOHN

Die 15te Preisliste 1900 (Auflage 1 Million) über gesamte Bekleidung wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Chausseestrasse 24a u. 25 zwischen Invalidenstrasse u. Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.

11 Brückenstrasse 11 zwischen Jannowitzbrücke u. Köpnickerstrasse (Ecke Rungestrasse).

20 Gr. Frankfurterstr. 20 Ecke Koppenstrasse, am Bürger-Hospital.

Fabrikation und Maass-Anfertigung guter Herren- und Knaben-Bekleidung.

En gros. En detail. Lieferanten an Garderoben-Geschäfte, Vereine, Institute und ausländische Gesellschaften. **Export. Import.**

Radfahrer-Anzüge,

vielseitigste Auswahl in Stoffen und Façons, Preise für Herren-Grössen 30,–, 25,–, 21,–, 18,–, 15,–, 12,–, 9,– **6 Mk.**

Frühjahrs-Kleidung

Frühjahrs-Paletots	für Herren 18,–, 15,–, 12,–	10 Mk.
Frühjahrs-Paletots	für Herren 40,–, 33,–, 27,–	21 Mk.
Frühjahrs-Anzüge	für Herren 21,–, 18,–, 15,–	10 Mk.
Frühjahrs-Anzüge	für Herren 45,–, 36,–, 30,–	25 Mk.
Schwarze Jackett-Anzüge	für Herren 50, 40, 30, 18,	10 Mk.
Schwarze Rock-Anzüge	für Herren 65,– 55, 45, 36,	28 Mk.
Schwarze Gehrock-Anzüge	f. Herren 60,– 50, 42, 36,	30 Mk.
Frühjahrs-Hosen	für Herren 7, 6, 5, 4,	3 Mk.
Frühjahrs-Hosen	für Herren 15,–, 12,–, 10–, 9,–,	8 Mk.

In unsren Häusern **Chausseestr. 24a** und **Brückenstr. 11** neu aufgenommen:

Wäsche, Hüte, Krawatten, Stöcke usw.

in nur besten Fabrikaten **zu ausserordentlich billigen Preisen.**

Herren-Gummi-Mäntel,

garantiert englisches Macintosh-Fabrikat, nur echt mit der Schutzmarke des **roten Hahnes.** Covertcoat mit kariertem Futter. Zweireihiges langes Façon mit und ohne Sammetkragen. **Allein-Verkauf.** **18 Mk.**

Frühjahrs-Kleidung

Herren-Havelocks	27,–, 18,–, 15,–, 12,– 9,–	6 Mk. 75
Radfahrer-Joppen	für Herren, 12,–, 9,–, 6,–, 4,–	2 Mk. 25
Radfahrer-Hosen	für Herren, 12,–, 9,–, 6,–, 5,–	3 Mk.
Radfahrer-Gummi-Pelerinen	19,–, 11,–, 9,–, 6.50,	5 Mk.
Radfahrer-Mützen,	schöne Façons, 1,–, 0,75, 0,50,	40 Pf.
Sweater, Strümpfe, Gürtel,	enorm billig.	
Ball-Westen	für Herren, 8,–, 6,–, 5,–, 4,–, 3,–	2 Mk. 25
Knaben-Anzüge,	reiche Auswahl, 7,–, 6,–, 5,–, 4,–, 3,–,	2 Mk.
Jünglings-Anzüge.	Sehr reichh. Ausw. i. Stoff. und Façons von 30 bis	6 Mk.

Strohhüte elegante Façons in chicer Ausführung 3,50, 2–, 1–, **50 Pf.**

Gesetzlich geschützt.

Arbeits-Bekleidung

für Mechaniker, Bildhauer, Maler, Schlosser, Schlächter, Konditoren, Friseure. En gros — Detail. 4070L*

D. Wurzel & Co.,

Wrangel-Strasse 17, Ecke Manteuffel-Strasse.

Deutsche Schuh-Fabrik

vorm. **G. Markus & Co.,** Ges. m. beschr. H.

Erfurt–Ilversgehofen

Renommiertes **Fabrikat.** Beste **Zuthaten.**

EINIGKEIT MACHT STARK · DEUTSCHE SCHUHFABRIK ERFURT · GESETZL. GESCH.

Wir empfehlen:

Herren-Zugstiefel, gewalkt, Specialität . . . **7** M.
" " " **ohne Naht, Spiegel 8,50** M.
" " **Besatz u. Knopfverzierung 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50** bis **15** M.
" **Agraffenstiefel, Besatz, 6,50, 7,50, 8,50** bis **18** M.
" **Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe** in den verschiedensten Dessins und Preislagen.
Arbeitsschuhe, reell, solid, kräftig, 4,50 bis **6,50** M.
Schulstiefel, Reitstiefel.
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis **14** M.
" **Knopf- u. Schnürstiefel,** elegant, mit Besatz u. Kappe, von **5,50** M. an.
" **Schnürschuhe** . . . . . von **3,50** M. an.
" **Hausschuhe** . . . . . von **3,00** M. an.
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, äußerst solid gearbeitet,

zu anerkannt sehr billigen Preisen.

Ballschuhe in den geschmackvollsten Mustern von **2,50 M.** an.
Größte Auswahl in **Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen,** sowie **Pantoffeln** in allen Preislagen.

Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervorteilung ausgeschlossen. [4097L*

Verkaufsstellen:

Berlin SW., Beste-Alliancestraße 102.
" W., Schillstraße 12.
Stettin, Reifschlägerstraße 14.
Hannover, Klagesmarkt 7a.
Hamburg, Steinstraße 16.
" Margaretenstr. 5.
Bremen, Faulenstraße 75.
Düsseldorf, Schadowstraße 57.
Köln a. Rh., Gilgenstein 66.
Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 26.
" Zeil 67.
München, Sendlingerstraße 10.
" Dachauerstraße 83.
" Landsbergerstraße 7.
" Humboldtstr. 22.
" Amalienstr. 28.

Wein-Grosshandlung

Fabrik feinster Liqueure

Hugo Beling.

Frischer Maitrank

1/1 Flasche 50 und 60 Pf. inkl. Flasche.

Eigene Verkaufsstellen:

Bad-Strasse 12 (neben der Markthalle).
Bad-Strasse 56—Pank-Strasse 25.
Blücher-Strasse 14.
Brunnen-Strasse 96.
Bülow-Strasse 5 (am Nollendorfplatz).
Dresdener Strasse 125.
Grüner Weg 91 (Andreasplatz).
Invaliden-Strasse 143.
Invaliden-Strasse 163 (neben der Markthalle).
Königsberger Strasse 28.
Kottbuser Damm 7.
Kottbuser Damm 14.
Landsberger Strasse 40.
Linden-Strasse 103 (neben der Markthalle).
Oranien-Strasse 14a (Heinrichsplatz).
Oranien-Strasse 58a (Moritzplatz).
Reinickendorfer Strasse 21 (Weddingplatz).
Rosenthaler Strasse 11—12.
Schönhauser Allee 187 (am Schönhauser Thor).
Weidenweg 64 (am Baltenplatz).
Wilsnacker Strasse 57 (Eingang Dreyse-Strasse).
Wrangel-Strasse 20.
Weissensee: König-Chaussee 47b. 24037

Oscar Arnold, Hut-Engroslager

nur Dresdenerstr. 116.

Herrenhüte, weich	1,50	2,–	2,50	3,–	3,50 4,– Mk.
do. steif		2,–	2,50	3,–	3,50 4,– "
dd. F. Hasenfell				3,–	3,50 4,– 7,– "
Cylinderhüte		4,–	6,–	8,–	10,– 12,– "
Chapeaux claques				8,–	10,– 12,– "
Kinderhüte	1,–	1,25	1,50	1,75	2,– 2,50 "
Herren Mützen	0,40	0,50	0,60	0,75	bis 3 "
Kinder Mützen	0,30	0,40	0,50	0,75	bis 3 "

Lodenhüte, Jagdhüte, Turnerhüte etc.

Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!

● Bitte genau auf die Adresse zu achten, da ich keine Filialen habe. ●

Zenith-Cigaretten

werden jetzt von **jedem wirklichen Kenner** bevorzugt. [1053b

---

Geschäftliche Mitteilung.

R. Grüns 4097L*

langjährig bestehendes **Schuhwaren-Geschäft,** früher **Andreas-Strasse,** hat seine Verkaufsräume nach **Frankfurter-Strasse 134,** neben dem **Carl Weiss-Theater,** verlegt und bedeutend erweitert. Gleichzeitig giebt die Firma bekannt, daß sie zukünftiger Lieferant der Rabatt-Sparvereine Ostsadt und Nordost werden wird.

Chronische Leiden

jeder Art ohne Berufsstörung. Institut **Jost,** Chausseestr. 117, I. r. 9—3, 5—9, Sonntags 9—7. **Arbeitern 20 Proz. Ermäßigung.**

Teilzahlung monatlich 10 M. liefert elegante Garderobe nach Maß, auch bar Kasse mit höchstem Rabatt **J. Tomporowski,** Schneidermeister, **Neanderstr. 16 II**

Verantwortlicher Redacteur: **Paul Jetzn** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Gedächtnisfeier für die lex Heinze.

Nach achtjähriger aufreibender Thätigkeit hat sich die lex Heinze vom öffentlichen Leben zurückgezogen, um fortan incognito als lex Hompesch ein stilles und sehr reduziertes Dasein zu führen. In der letzten Phase ihres Wirkens hatte sie sich mit Recht einer gewaltigen Popularität erfreut: war es ihr doch gelungen, unsere Intellektuellen zu erwecken und zu so etwas wie einem gemeinsamen Vorgehen zu treiben. Natürlich war die lex Heinze nur der äußere Anlaß gewesen. Viel schlimmere Bestimmungen, als die der vielcitierten §§ 184a und 184b, sind uns ja längst auf dem Verwaltungswege und von Polizei wegen aufoktroyiert worden. Und die Maßregelung eines Docenten, der es gewagt hatte, im Privatleben seiner Ueberzeugung gemäß zu leben, hatte die akademische Welt wohl eher aufrütteln sollen. Aber man erträgt bei uns sehr viel. Erst die täppische Art der Gröber und Konsorten brachte das Maß zum Ueberlaufen. Der Goethe-Bund wurde gegründet — er soll die Konzentration aller freigesinnten Elemente unsres geistigen Lebens darstellen. Bis jetzt hatte er freilich noch keine Gelegenheit gehabt, in Aktion zu treten. Das Schicksal der lex Heinze war ungewiß; allgemein hielt man sie für begraben. Da brachte der erneute Versuch des Centrums, das seine parlamentarische Herrschaft dokumentieren wollte, auch den Goethe-Bund auf die Beine. Für Dienstag berief er eine große Protest-Versammlung in den Circus Renz. Aber die Obstruktion im Reichstage, die, wie Genosse Stadthagen hervorhob, alles, was in ihren Kräften stand, that, um den Gang der Verhandlungen zu beschleunigen, hatte mittlerweile rasche Arbeit gemacht. Als die Protestierenden am Dienstag zusammen kamen, waren die viel umstrittenen Bestimmungen bereits tot und begraben. So wurde aus der Protest-Kundgebung eine Gedächtnisfeier.

Die fröhlichen Leidtragenden waren in sehr großer Zahl erschienen. Etwa 6000 Personen füllten Kopf an Kopf bis in die höchsten Bänke hinauf die weiten Räume des Cirkus. Nur die Manege in der Mitte blieb leer. Dorthin richteten sich anfangs erwartungsvoll die Blicke der Menge. Man glaubte wohl, es würden da die wilden Stöcker und Rören in Freiheit dressiert vorgeführt werden. Aber leider geschah nichts dergleichen.

Um 9 Uhr betrat Herr Sudermann das hoch gelegene Podium und eröffnete die, wie er mit Stolz hervorhob, „ordnungsgemäß angemeldete" Versammlung. Und als er der erregten Versammlung im Cirkus Renz verkünden durfte, daß die Kunst-Paragraphen der lex Heinze nicht mehr existieren, da umbrauste ihn ein Beifallsgetöse von Tausenden. Aber mitten in seiner Eröffnungsrede erhob sich plötzlich ein ungeheurer Jubel. Hinter dem Sprecher wurde soeben das weiße Haupt des alten Mommsen sichtbar. Als die Menge ihn erblickte, brach sie in einen Beifall aus, der sich nicht legen wollte. Das feine Gesicht des Gelehrten zeigte deutlich Verlegenheit über die stürmischen Ovationen. Aber die Menge wollte sich nicht beruhigen.

Der erste Redner des Abends war der bekannte Strafrechtslehrer Professor Franz von Liszt, einer der Vierzehn, deren vor einigen Tagen erlassene Erklärung gegen die lex Heinze überall bis in die Reihen des Centrums hinein so großen Eindruck gemacht hatte. Hier sprach er aber nicht als „Jurist" — das Wort hatte begreiflicherweise keinen guten Klang in der Versammlung — sondern als „Mitbürger". Er hielt sich auch bei der lex selbst, diesem „Zeugnis einer legislativen Impotenz", nicht lange auf, aber er ermahnte die Intelligenz, das Pulver trocken zu halten, da der Geist pharisäischer Heuchelei, der jenen Gesetzesversuch geboren, nicht mit ihm verscharrt sei.

Auch der Abgeordnete Schrader von der freisinnigen Vereinigung sagte über diesen Toten „nicht mehr Böses aus, als durchaus notwendig". Auch er betonte, daß die Machtstellung der kulturfeindlichen Majorität nur gebrochen werden könne, wenn die gesamte gebildete Welt Deutschlands sich gegen sie wende. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß Herr Schrader ausdrücklich die Socialdemokraten als Vorkämpfer in diesem Geisteskampf anerkannte. Nach einer kurzen Ansprache des Redacteurs Dernburg, — der an den Geburtstag Richard Wagners erinnerte und auf die bedenkliche Kollision hinwies, in die manche Werke Wagners (Walküre, Tristan) mit der lex Heinze hätten kommen können, — trat der Abgeordnete Müller-Meiningen auf, von frenetischem Beifall begrüßt. Herr Müller-Meiningen hat durch die improvisierte kleine Rede, die er damals in der Sophienstraße gehalten und die ihm den unversöhnlichen Haß seines Kollegen Rören eingetragen, die Sympathien des Publikums definitiv erworben. Seine Rede, die er am Dienstag hielt, gipfelte in einer Aufforderung an die akademische Jugend, sich nicht blos in öden Kadauphrasen zu ergehen, sondern in diesem Geisteskampf an erster Stelle zu fechten. Ein starkes Trampeln — die traditionelle Beifallsäußerung der Studenten — bewies, daß die akademische Jugend einen großen Teil der Zuhörerschaft bildete.

Nach einer kurzen Pause ergriff Reichstagsabgeordneter Heine das Wort. Er verglich den Kampf der Obstruktionisten mit der Schlacht bei Marathon. Auch hier der Kampf einer kleinen, aber bildungsfreudigen Minderzahl gegen eine ungeheure Ueberzahl der Barbaren (Großer Beifall.) Schon war es ja nicht (Heiterkeit), es war ein Kampf durch Herausgehen und Hineinkommen, ein stummes Ringen um den endlichen Sieg. Mit Gründen konnte man nicht kämpfen gegen einen tauben Gegner! Heine betonte, daß die Socialdemokraten nur mit schwerem Herzen zum Mittel der Obstruktion gegriffen hätten. Ist doch die Obstruktion in der That das bedenklichste Mittel für eine demokratische Partei! Aber es gab eben keinen andern Weg. Nun aber, wo der vorläufige Sieg errungen, gilt es vor allem, die Fortsetzung des Kampfes gegen den Heinze-Geist! Wir leben nicht in einer Zeit des beschaulichen Genießens, sondern in einer Zeit, in der gekämpft werden muß um das Heiligste, was das deutsche Volk besitzt, um das Recht auf freie persönliche Ueberzeugung! (Stürmische Zustimmung. Zuruf: Aronsh!) Der Kampf ist auf der ganzen Linie entbrannt; er muß weiter gekämpft werden für jede Wahrheit auf jedem Gebiet!

Als der Redner mit den Worten des kühnsten Kämpfers deutschen Geisteslebens geschlossen, mit den Worten Ulrich von Huttens: „Ich hab's gewagt! Und meine Fehde, sie währe fort!" — da brach ein stürmischer, minutenlanger Beifall aus. Die lex Heinze hat Wunder gewirkt: in einer Menge, die fast ausschließlich aus bürgerlichen Elementen, zu einem Teil aus Studenten und Akademikern sich zusammensetzt, spendet man einem Socialdemokraten enthusiastischen Beifall!

Zum Schluß sprach dann noch der bekannte Schriftsteller Ernst Freiherr v. Wolzogen. Seine Rede erinnerte leider mehr an die Langweiligkeit seines Armuß Rau im „Dritten Geschlecht", als an sein amüsantes „Lumpengesindel". Auch waren die Zuhörer bereits etwas nervös geworden und wollten ein Ende machen. Trotzdem fand der Schlachtruf, mit dem Wolzogen schloß, „Wider die Pfaffen!", obgleich etwas antiquiert, begeisterte Zustimmung.

In seinem kurzen Schlußworte hob Herr Sudermann noch hervor, daß mit der Beseitigung der lex Heinze der Goethe-Bund seine Aufgabe noch nicht als abgeschlossen betrachte.

Die Versammlung nahm hierauf einstimmig folgende Resolution an:

„Die Versammlung nimmt mit lebhafter Befriedigung Kenntnis von der glücklichen Wendung, welche der Kampf gegen die kunstfeindlichen Tendenzen der lex Heinze durch das kraftvolle Eingreifen der linksstehenden Reichstags-Parteien erfahren hat und spricht ihnen hierfür ihren wärmsten Dank aus. Sie ist überzeugt, daß dieser Versuch, deutsches Geistesleben dunkelmännischem Wesen auszuliefern, nicht der letzte sein wird, und giebt der Erwartung Ausdruck, daß die aus den verschiedensten Heereslagern stammenden Bundesgenossen im Volk und Parlament, welche dieser jüngste Vorstoß einer freiheitsfeindlichen Geistesrichtung zusammengeführt hat, auch künftig zueinander stehen werden."

Unter allgemeiner Begeisterung wurde noch ein Hoch ausgebracht auf alle „Bundesgenossen im Parlament und in der Presse". Der Enthusiasmus wollte selbst auf der Straße kein Ende finden, die Hochrufe wiederholten sich hier noch einige Zeit.

Versammlungen.

Der Wahlverein des IV. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Süd-Ost) hielt am 22. d. M. eine sehr stark besuchte Versammlung bei Brüder, Waldemarstraße, ab. Reichstags-Abgeordneter Rosenow referierte über: „Die bürgerliche Kunst und Litteratur, die arbeitenden Klassen und das Kunst- und Litteraturgesetz." In ca. 1½stündigen interessanten Ausführungen besprach Redner die freie Kunst und die Litteraturgeschichte und kritisierte die Kneblungsversuche. Mit einem prächtigen Gedicht von Mackay auf das freie Wort, schloß der Vortragende seinen populär gehaltenen Vortrag. Reicher Beifall folgte den Ausführungen. Eine Diskussion fand nicht statt. Zu Vereinsangelegenheiten teilt der Vorsitzende mit, daß am Sonntag, den 27. d. M., eine Agitation für den „Vorwärts" stattfindet. Er ersucht namentlich die jüngern Genossen, sich bei den Bezirksführern bezw. Vorstand recht zahlreich zu melden, um bei der Flugblattverteilung recht rege mitwirken zu können. Nach einigen internen Angelegenheiten wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Die Gastwirtsgehilfen hielten in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch eine stark besuchte öffentliche Versammlung im Grand-Hotel Alexanderplatz ab, um über die Aufstellung und Durchführung eines Minimal-Lohntarifs für Kellner und Köche zu beraten. Der Referent Rob. Zeiske sowie mehrere andre Redner beleuchteten die miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Gastwirtsgewerbe und wiesen darauf hin, daß es endlich an der Zeit sei, bestimmte Lohnsätze wenigstens für die Aushilfsarbeiten festzulegen, unter welchen von nun an keine Arbeiten anzunehmen sind. Wenn es auch infolge der ungünstigen Organisationsverhältnisse vorläufig noch nicht möglich sei, an Stelle des Trinkgeldsystems einen einigermaßen auskömmlichen Lohn von den Gastwirten zu erzwingen, so solle wenigstens die Beseitigung der skandalösesten Zustände angestrebt werden. Löhne von 1 M. und 1,50 M. für eine Aushilfsarbeit eines Kellners, die inkl. der Vor- und Nachputzarbeiten 20 und 24 Stunden dauert, sind durchaus keine Seltenheit. Monatsgehälter von 10, 12 und 15 M. bei dauernden, sogenannten festen Stellen bilden die Regel. Verschiedene Gastwirte betreiben die Ausbeutung derartig intensiv, daß sie nicht nur keinen Pfennig dem Kellner bezahlen, sondern sogar noch alle möglichen Abgaben und Beiträge zu den Geschäftsunkosten fordern und auch erhalten und auf diese Weise an den von den Kellnern vereinnahmten Trinkgeldern ganz erheblich partizipieren. Einer dieser findigen Unternehmer verlangt sogar, daß jeder in seinem Geschäft thätige Kellner pro Tag 2 M. zu den Kosten der Unterhaltungsmusik für die Gäste von seinem Verdienst beisteuert. Zahlreiche weitere Thatsachen wurden angeführt, die beweisen, daß ein recht großer Teil der gastwirtschaftlichen Unternehmer die Gastwirtsgehilfen in der schamlosesten Weise ausbeuten. Nach einer längeren Diskussion gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die Versammlung hält es für dringend notwendig, einen Minimal-Lohntarif zur allgemeinen Anerkennung zu bringen, um endlich auch für Berlin und Umgegend, gemäß den Beschlüssen des Fachkongresses, einigermaßen geregelte Lohnverhältnisse anzubahnen, und beschließt zunächst, für Aushilfsarbeiten folgende Minimal-Gehaltssätze aufzustellen: Für Aushilfsarbeiten der Kellner: An gewöhnlichen Wochentagen 2 M. pro Tag. Bei Nachtgeschäften des Sonnabends 3 M. An Sonn- und Feiertagen 3 M. Bei Nichtinkasso-Geschäften 6 bezw. 7,50 M. Für den 1. und 2. Pfingstfeiertag je 5 M. Für den 3. Pfingstfeiertag 3 M. Für alle Privatfestlichkeiten 7,50 bezw. 10 M. Für Aushilfsarbeiten der Köche: Vertretung pro Tag 7,50 M. Bei Festlichkeiten 10 M. An Sonn- und Feiertagen 12 bezw. 15 M. Für die Vertretung eines Kollegen dessen Gehalt für die in Betracht kommende Zeit und 1 M. pro Tag Zulage.

Um dem minimalen Lohntarif allgemeine Geltung zu verschaffen, empfiehlt die Versammlung jedem Gastwirtsgehilfen, in Rücksicht darauf, daß nur eine starke Organisation im stande ist, mit Erfolg für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten, sich zu organisieren und für die Organisation eine recht rege Agitation zu entfalten. Ferner verpflichtet die Versammlung jeden Gastwirtsgehilfen, die sämtlichen Bureaus der privaten Stellenvermittler zu meiden und auch diejenigen Arbeitsnachweise der Vereine nicht zu besuchen, welche entgegen den Beschlüssen handeln und unter dem aufgestellten Lohntarif vermitteln. Diese Bureaus sind in den Fachzeitungen bekannt zu geben.

Die Fachkommission der Gastwirtsgehilfen Deutschlands wird ersucht, noch weitere ihr geeignet erscheinende Maßnahmen zur Anbahnung geregelter Lohnverhältnisse zu treffen. Außerdem wird die Kommission beauftragt, von dem festgesetzten Lohntarif dem Berliner Gewerbegericht mit dem Ersuchen Kenntnis zu geben, diesen Tarif bei Lohnstreitigkeiten als Grundlage zu benützen."

Von mehreren Gehilfen-Vereinigungen, die in der Versammlung vertreten waren, wurde die Erklärung abgegeben, daß sie für den Tarif, der übrigens für die organisierten Gastwirtsgehilfen bereits schon seit längerer Zeit bestand, mit aller Entschiedenheit eintreten werden. In nächster Zeit soll auch für die übrigen in Hotel- und Restaurationsbetrieben beschäftigten Personen ein Mindest-Tarif aufgestellt werden.

Die Fachkommission erstattete hierauf einen Bericht über ihre Thätigkeit, aus dem zu entnehmen war, daß sie sich an die verschiedenen Reichstags-Abgeordneten wenden wird, um diese für die Forderungen der Gastwirtsgehilfen bezüglich der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit usw. zu gewinnen, und daß eine Petition zu dem gleichen Zweck den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet werden soll.

Der Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter hielt am 20. Mai im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand die Einführung eines Streikfonds. Es wurde beschlossen, daß jedes Mitglied bis auf weiteres pro Monat 25 Pf. zum Streikfonds zu zahlen hat. Als Einkassierer wurde Breska von der Versammlung mit großer Majorität gewählt. Sodann berichtete Schumann über die Einigungsverhandlung mit dem Lokalverband. Redner bemerkte, daß man mit dem Verlauf der Verhandlungen sehr zufrieden sein könne, und er hoffe, daß es im Interesse beider Verbände fernerhin so weiter gedeihen möge. Weiter teilte Redner mit, daß die Kollegen in Königsberg beschlossen haben, dem Centralverband beizutreten. Nachdem noch einige Verbandsangelegenheiten erledigt waren, schloß der Bevollmächtigte die gut besuchte Versammlung.

Der Fachverein der Holz- und Bretterträger bewilligte in der Sitzung am 20. Mai eine Unterstützung von 100 M. für die Lohnbewegung der Kollegen im Westen. Sodann beschloß man, die Vereinsversammlungen künftig bei Möhring, Admiralstr. 18c, abzuhalten.

Der Verband der Textilarbeiter (Filiale I) nahm in der Versammlung am 19. Mai den Kassenbericht entgegen. Dieser weist in Einnahme 1423,64 M. und in Ausgabe 1036,53 M. auf. Die weiteren Verhandlungen betrafen interne Vereinsangelegenheiten.

Im Verband der Tapezierer sprach am 15. Mai Frau Dr. Weyl über „Frauen- und Kinderarbeit". Die Versammlung hatte dann die Wahl der Delegierten für die Generalversammlung zu erledigen und betraute mit der Vertretung die Mitglieder Mooskopf und Pönicke. Zum Schluß wurden die Mitglieder darauf hingewiesen, daß in allen Werkstätten die Plakate, welche die Abmachungen vor dem Gewerbegericht enthalten, aufgehängt sein müssen. Wo das nicht geschehen ist, ist der Achtzehner-Kommission Mitteilung zu machen.

Der Unterstützungsverein der Kupferschmiede hielt am 19. Mai im Gewerkschaftshaus eine Versammlung ab, in der die Diskussion über die Tarifgemeinschaft zu Ende geführt und ein Antrag angenommen wurde, der im Frühjahr 1901 in Magdeburg stattfindenden Generalversammlung die Einführung der Tarifgemeinschaft im Beruf zu empfehlen.

In einer Versammlung der Graveure und Ciseleure sprach am 15. Mai Reichstags-Abgeordneter Rosenow über das Thema: „Aus der Geschichte der Arbeit". Redner gab in fesselnder Weise ein Bild der Arbeitsnot und der Lage der Arbeiter der verschiedenen Völker und Zeiten.

Die Kistenmacher hielten am 20. d. Mts. ihre Generalversammlung ab, in der zunächst der Kassierer Hauke die Abrechnung vom 1. Quartal 1900 gab. Danach betrug die Einnahme 438,40 M., die Ausgabe 314,45 M., der Ueberschuß vom Maskenball ergab 180,05 M. Bei der Neuwahl des Vorstands wurden gewählt: 1. Vorsitzender Juckel, 2. Vorsitzender Wolter, 1. Schriftführer Voigt, 2. Schriftführer Emil Hunger, 1. Kassierer Hauke, 2. Kassierer Sprung. Revisoren: Bartholomäus, Noack und Russiel. Es folgte dann ein Bericht der Gewerbegerichts-Beisitzer Tschernig und Martens über ihre Thätigkeit. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß am 17. Juni ein gemeinschaftlicher Ausflug nach der Treptower Sternwarte stattfindet.

Berichtigung. Von der Firma Blumenau u. Sohn erhalten wir in Bezug auf den Versammlungsbericht der Arbeiterinnen der Wäsche- und Krawattenbranche folgende Berichtigung: Die Angaben der im Bericht erwähnten Rednerin entsprechen nicht der Wahrheit. Die erwähnte Frau Bretag (nicht Betry), welche bei uns beschäftigt ist, verdient bei uns in der Fabrik bei 9stündiger Arbeitszeit wöchentlich 15 Mark; dieselbe besitzt im Hause keine Maschine, aus welchem Grunde auch von Ueberstunden bei ihr überhaupt keine Rede sein kann. Den ferner erwähnten schönen Brauch, daß wir kleine Summen nach unten abrunden, müssen wir als grobe Unwahrheit und Verleumdung, wogegen wir die Klage einzuleiten uns vorbehalten, zurückweisen, da bei uns nachweisbar jeder ½ Pfennig nach oben abgerundet wird. Uebrigens will die Frau Bretag die Aeußerung bezüglich des Abrundens nach unten nicht gethan haben, sondern von andrer Seite eine solche Aeußerung gehört haben.

Pankow-Schönhausen. Am 22. d. M. fand hier eine öffentliche Mitgliederversammlung statt. Genosse Nachtigall hielt einen Vortrag über die Arbeiterbewegung im östlichen Europa. Redner schildert in sehr interessanter Weise die krassen Zustände in Rußland, insbesondere die Schwierigkeit einer Arbeiterbewegung und schließt unter großem Beifall. Unter Punkt 3 wird beschlossen, eine Resolution an die Gemeindevertretung einzusenden, worin gefordert wird, die Steuerbeträge durch Beamte einziehen zu lassen, ferner auf Kosten der Gemeinde eine Volksbibliothek zu errichten.

Rixdorf. Im Holzarbeiter-Verband berichtete hier am 16. Mai das Mitglied Boeske über die Verhandlungen auf dem Verbandstag. Von mehreren Rednern wurde in der Diskussion an den Beschlüssen des Verbandstags Kritik geübt, jedoch wurde die weitere Besprechung vertagt, bis der Delegierte Bericht erstattet.

Friedrichsfelde. Der socialdemokratische Wahlverein hielt am 17. Mai eine Versammlung ab. Ingenieur Grempe sprach in einem interessanten Vortrag über „Technische Fortschritte". In der Diskussion wurden mehrere Fragen gestellt, die zur Zufriedenheit von dem Vortragenden beantwortet wurden. Unter Verschiedenem wurde bekannt gegeben, daß bei Losse jeden Sonnabend von 8 bis 10 Uhr abends ein Zahlabend stattfindet.

Köpenick. Hier tagte am 18. Mai eine Versammlung der Gewerkschaften, in der Genosse Schubert über politische und gewerkschaftliche Organisation sprach. Eine längere Debatte entspann sich beim dritten Punkt der Tagesordnung über die Geschäftsführung des Obmanns des Kartells und wurde schließlich ein Antrag angenommen, der ihn auffordert, sein Amt niederzulegen. Eine Kommission von fünf Mitgliedern soll die Abrechnung entgegennehmen.

Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin 3. Sonnabend, den 26. cr., abends 8½ Uhr, bei Gohlke, Beuthstr. 22, Vortrag des Herrn Schepp, Fortsetzung und Schluß über Sociale Bewegungen und Theorien der Neuzeit.

Oeffentliche Versammlung der Lithographen, Chemigraphen, Steindrucker und Berufsgenossen am Freitag, den 25. Mai, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15. Referent Reichstagsabgeordneter A. Bebel über: „Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien."

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

E. N. Von Berlin nach Doberan radeln Sie am besten über Nauen-Kyritz, Perleberg, Parchim, Güstrow, Rostock. Die Strecke ist 274 Kilometer lang; die Chausseen sind durchweg gut; die Strecke von Putlitz bis Parchim ist etwas hügelig.

E. H. 52. Himmelfahrt war 1872 am 9. Mai.

H. B. Sie sind im Unrecht. Die Einkommensteuersätze beziehen sich nur auf die Staatssteuer, also sind 16 M. Staats-Einkommensteuer bei einem Einkommen von 1350—1500 M. zu zahlen. Außer der Staatssteuer wird als Gemeinde-Einkommensteuer ein Prozentsatz der Staatssteuer (in Berlin 100 Proz.) erhoben. — **Alter Abonnent.** 1. Die Geburtsurkunde. Die Heirat ist auf dem Standesamt anzumelden. Der Eheschließung geht ein Aufgebot voraus. 2. Mit vollendetem 21. Lebensjahre. — **G. Telius.** Sprechen Sie gelegentlich in der Sprechstunde vor. — **J. Müller.** Diebstahl zwischen Ehegatten ist nicht verfolgbar. — **K. P. 97,** 1. Nein. 2. Wenn Sie nicht in Gütergemeinschaft leben, haftet das Vermögen Ihrer Frau nicht. Ob Sie in Gütergemeinschaft leben, hängt davon ab, wo Sie geheiratet und Ihren ersten Wohnsitz genommen haben. — **L. H. 10.** Das ist nicht möglich, wenn nicht irgend eine Anschuldigung wegen einer Strafthat gegen die Betreffenden vorliegt. — **R. J. 30.** 1. Sie können eine weitere Beschwerde beim Regierungspräsidenten einlegen. 2. Den Beklagten können Sie wegen Betruges anklagen, den Vergleich aus demselben Grunde anfechten und von neuem Klage erheben. — **P. P.** Die Kasse ist im Recht. — **A. G. Grünen.** Der Konkursverwalter ist im Recht. — **A. S. 1900.** Der Betreffende hat Sie nach Ihrer Darstellung betrogen und ist strafbar. Die Strafanzeige kann noch bis Ende 1903 erstattet werden. — **P. S. 5.** Stadtvoigtei, Molkenmarkt. — **W. K. 52.** Der Verlauf des Strafverfahrens hängt wesentlich von der Bekundung der Schutzleute ab. **C. S. 1.** Ist nichts Gegenteiliges vereinbart, so kann die Kündigung an jedem Tage, also auch in der Mitte der Woche, ausgesprochen werden. — **M. B.** Nein. — **R. P.'s.** Eine Reklamation wäre erfolglos. — **M. W.** 1. u. 2. Nein. — **Gartenstr. 73.** Offenbacher Krankenkasse. — **Hans Bülow.** 1. Deutsche werden mit Vollendung des 21. Lebensjahres volljährig. 2. Ja. 3. Nein. — **Junge Frau.** Sie können die Rückgabe des Kindes verlangen. **Sch. 29.** Die Betreffende kann als Wirtschafterin angemeldet werden. — **Buchbinder.** 1. Ja. 2. Nein, Sie könnten lediglich die Beseitigung der unangenehmen Mitbewohner verlangen, falls sie durch den von Ihnen geschilderten Bau hineingeschmuggelt sind, eventuell dieselben auf Kosten des Wirts entfernen. — **Thalia 1900.** 1. Nein. 2. Eine Altersgrenze ist nicht gegeben. — **Dümmchen.** Schriftliche Antwort zu erteilen lehnen wir ab. Wenn Sie mündlich oder schriftlich zugesagt haben, haben Sie zu zahlen. Haben Sie die Hypothekeneinräumung lediglich in Aussicht gestellt, so haben Sie nicht zu zahlen. — **W. Sch. 999.** 1. Ja. 2. und 3. Nein. — **Wette.** Der Vertrag ist auf ein Jahr gültig, falls nichteine kürzere Zeit vereinbart ist. — **Konzert.** Dem Geiger ist der volle Lohn (unter Abzug des etwa an dem Tage anderwärts Verdienten) zu zahlen. — **T. R. 10 1.** 1. Nein. 2. und 3. Die Uebergabe ist zulässig, aber anfechtbar. — **P. Mann.** Der Vorsteher ist im Recht. — **L. H. 66.** Ein solcher ist uns nicht bekannt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 24. Mai.

Opernhaus. Bajazzi. Die roten Schuhe. Anfang 7½ Uhr.
Freitag: Der fliegende Holländer.
Schauspielhaus. Die Tochter des Erasmus. Anfang 7½ Uhr.
Freitag: Jugend von heute.
Neues Opern-Theater (Kroll). Die Fledermaus. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. König Harlekin. Anfang 7½ Uhr.
Freitag: Der Star.
Lessing. Daisy (A runaway girl). Anfang 7½ Uhr.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Berliner. Berlin bei Nacht. Anfang 7½ Uhr.
Freitag: Krieg im Frieden.
Neues. Das Stiftungsfest. Anfang 7½ Uhr.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Residenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7½ Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Jugend.
Freitag: Die Dame von Maxim.
Westen. Die Geisha. Anfang 7½ Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Die Fledermaus.
Freitag: Die Geisha.
Schiller. Freudlose Liebe. Hierauf: Die Schule der Frauen. Anfang 8 Uhr.
Freitag: Niobe. Hierauf: Der Diener zweier Herren.
Thalia. Wie man Männer fesselt. Anfang 7½ Uhr.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Luisen. Der Erbförster. Anfang 8 Uhr.
Freitag: Kabale und Liebe.
Central. Berlin nach Elf. Anfang 8 Uhr.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Carl Weiß. Kämpfende Armut. Anfang 8 Uhr.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Victoria. Die Kanonen-Königin. Anfang 8 Uhr.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Räuber. Anfang 8 Uhr.
Freitag: Geschlossen.
Belle-Alliance. (Internationale Urania.) Bis ans Ende der Welt. Anfang 7½ Uhr.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7½ Uhr.
Freitag: Ein Abenteuer im Harem.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5–10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr (im Theatersaal): „Von den Alpen zum Vesuv".
Freitag: Dieselbe Vorstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Freudlose Liebe.
Schauspiel in 3 Akten v. G. Giacosa, deutsch von O. Eisenschitz.
Hierauf:
Die Schule der Frauen.
Komödie in 5 Akten von Molière, deutsch von Martin Hahn.
Freitag, abends 8 Uhr:
Niobe.
Hierauf:
Der Diener zweier Herren.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Freudlose Liebe.
Hierauf:
Die Schule der Frauen.

Central-Theater

Sensationeller Lacherfolg!
Anfang 8 Uhr.
Berlin nach Elf.
Gr. Posse in glänzender Ausstattung. Die sensationellen Schlager: **Eisenbahn-Quartett! Cordula! Lebenslauf einer Künstlerin! Aufzug der Parfums.** (Blendendes Ballett.)
Sonntag bis inkl. Sonnabend: **Berlin nach Elf.**

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstraße 132.
Kämpfende Armut.
Anfang 8 Uhr.
Großes Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Anfang 4½ Uhr.
Der Vorstellung 5½ Uhr.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. Direktion R. Schultz. Telephon I 2126.
Um 9 Uhr 10 Min.:
Der grösste Operetten-Erfolg der letzten 2 Jahre.
Der Zauberer am Nil.
Burleske Ausstattungs-Operette
sowie
das neue erstklassige Mai-Specialitäten-Programm
Anfang täglich 8 Uhr (auch Sonntags). Rauchen überall gestattet.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv".
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. **Sternwarte.**
Nachmittags 5–10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Riesen
und
Zwerge.
10 Uhr vorm. bis 10 Uhr abds.
Passage-Theater:
Vorstellung von 7–10½ Uhr.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Der berühmte Magier
Mr. Roberts.
Die weltberühmte
Hohenzollern-Galerie.
Die Helden des Transvaal-Kriegs.
Der französische Saal.
Im **Restaurant** täglich mittags und abends
Großes Konzert.

Belle-Alliance-Theater.

(Internationale Urania.)
Heute und folgende Tage:
Bis ans Ende der Welt.
Ein Schauspiel der Natur in 12 Bildern und einem Prolog von Dr. M. Wilhelm Meyer.
Anfang 8 Uhr.

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440. Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel
Annie Dirkens.
Wie man Männer fesselt.
Vaudeville-Posse in 4 Akten. Musik v. Victor Roger.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen und folgende Tage: **Wie man Männer fesselt.**

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Jeden **Sonntag, Dienstag** und **Donnerstag:**
Theater-Vorstellung.
Ein Bengalischer Tiger.
Lustspiel in 1 Akt von Otto Randolf.
List und Phlegma.
Posse mit Gesang in 1 Akt von Angely.
Im wunderschönen Monat Mai.
Liederspiel in 1 Akt von Sinckenbruck.
Im Saal: **Großer Ball.**

Belle-Alliance-Theater.

Im herrlichen Sommergarten:
(vornehmstes u. grosartigstes Sommer-Etablissement der Residenz)
1. Konzert
des Berliner Sinfonie-Orchesters.
(Dirigent Karl Zimmer.)
35 Künstler.
Anfang 4 Uhr. Ende 11 Uhr.

Barnum & Baileys

grösste
Schaustellung der Erde.
Kurfürsten-Damm.
Heute um 3 und 8 Uhr
und zweimal täglich um dieselbe Zeit.
Nur bis zum 10. Juni.
Die Sehenswürdigkeiten sind um **1** und **6½** Uhr zu besichtigen. Billetverkauf um dieselbe Zeit an der Kasse.
Die Nachmittags-Vorstellungen sind garantiert dieselben wie am Abend.
Die Abnormitäten sind in dem Menagerie-Pavillon von **1** bis **4½** Uhr und von **6½** bis **9½** Uhr ausgestellt.
Das die Nachmittags-Vorstellungen besuchende Publikum wird höflichst gebeten, die Zelte um 6 Uhr zu verlassen, damit die Abend-Vorstellungen vorbereitet werden können.
1 Mk. Entree für sämtliche Sehenswürdigkeiten u. Sitzplatz für d. Cirkus-Vorstellung. Bessere Plätze 2 Mk. Reserv. u. numerierte Plätze 3, 4 u. 6 Mk.
Kinder unter 10 Jahren zahlen die Hälfte für alle Plätze mit Ausnahme der 1 Mark-Plätze. Sämtliche Plätze sind numeriert mit Ausnahme der 1 und 2 Mark-Plätze. 4 und 6 Mark-Plätze im Vorverkauf bei Paul Grimm, Cigarren-Importhaus, Unter den Linden No. 47.

Apollo-Theater.

Zum **150.** und **letztenmal:**
Im Reiche des Indra.
Ferner: **10 allererste Specialitäten.**
Kassenöffnung 6 Uhr.
Konzert 6½ Uhr.
Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.
Morgen, Freitag, den 25. Mai:
Ein Abenteuer im Harem.

Jul. Wernaus Sommer-Theater

Schwedter-Strasse 23/24.
Sonnabends sind noch zu vergeben. Volksbelustigungen aller Art. Für 1500 Personen Unterkunft im Saal u. Garten.
2 Kegelbahnen.
Es ladet ergebenst ein **Wernau.**

Victoria-Theater.

Alexanderplatz.
Die Kanonenkönigin.
Schwank in 3 Akt. nach dem Französischen von Grirardin.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Heute, Himmelfahrtstag, im großen Saal:
Tanz.
Anfang 6 Uhr.
Garten-Restaurant
den ganzen Tag geöffnet. Säle, sowie Garten mit neuer **Sommerbühne** zu Festlichkeiten.

Alhambra

Wallnertheater-Strasse 15
Jeden Sonntag und Donnerstag: Gr. Extra-Ball bei doppelt besetztem großen Orchester. Anfang 5 Uhr
485 **A. Zameitat.**

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger.**
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Deutsche Konzert-Hallen

Stadtbahnhof Börse.
Täglich:
Grosse Theater- und Variété-
Vorstellung.
Die Humoristen **Hildach, Grosch, Zimmermann, Gursch, Benari.**
„Die Lucca von Rixdorf"
sowie
Sergeant Schneidig und militärische Eindrücke.
Beginn der ausländischen Orchester Wochent. 6 Uhr, der Theaterabt. 8 Uhr

Fertige Kleider

zu sehr billigen Preisen.
Fertiges Kleid a. reinwollenem englischen Stoff, **15** Mk., **18** Mk.
Fertiges Kleid, elegante Promenaden-Façon, engl. Stoff, **20** Mk., **25** Mk., **30** Mk.
Schwarze Kleider 20 Mk., **25** Mk. 45552*
Gesellschafts-Kleider in den neuest. Façons **20** Mk., **30** Mk.
Einzelne Röcke
in den neuesten Façons, schwarz und farbig, auf Futter **6** Mk., auf guten dekatierten Stoffen **7** Mk., **10** Mk., **12** Mk.
Jackenkleid
in Loden und Cheviot
10 Mk., **15** Mk., **18** Mk.
Jackenkleid
in Cheviot und Coverticoat
25 Mk., **30** Mk.
Figarokleid
(Rock mit kurzem Jäckchen)
12 Mk., **15** Mk., **18** Mk.
Seiden-Kleider 50 Mk.
Jacketts
nur die neuesten Façons,
8 Mk., **10** Mk., **12** Mk.
elegant verschnürt **15** Mk.
Capes und Kragen,
besetzt **5** Mk., **7** Mk., **9** Mk., **12** Mk., **15** Mk.
Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.

Zähne v. **2 M.** an, Teilzahlung gestattet. Reparatur. in 2 Stund. Plombieren von 1 M. an. Zahnziehen schmerzlos! Sprechz. 8–8.
R. Lange, Blumenstr. 25, Ecke Markusstraße.

„See-Terrasse", Lichtenberg,

Röderstrasse 6.
(Die breite Röderstrasse verbindet das Steuerhaus Landsberger Allee mit dem Dorfe Lichtenberg)
Zu Fuss in 8 Min. v. den betr. Ringbahnstationen u. Haltestell. der elektr. Bahn erreichbar.
Vergnügungs-Etablissement I. Ranges 20 000 Personen fassend.
Donnerstag, den 24. Mai, am Himmelfahrtstage:
Grosses Brillant-Land- und Wasser-Feuerwerk.
Grosse Schlachtmusik, ausgeführt von **3 Kapellen.**
Im Bal champêtre: **Grosser Tanz.**
Im Théâtre Variété: Grosse Extra-Vorstellung.
4 Kegelbahnen, 20 Ruderboote, Stallungen, Schutzhäuser für 100 Fahrräder. Familien können Kaffee kochen.
Eintrittspreis: 20 Pf., Kinder frei.
DEUTSCHE TERRAIN-GESELLSCHAFT M.B.H. BERLIN — See-Terrasse Lichtenberg b/Berlin

Freie Volksbühne

IV. Abteil.: Sonntagnachm. 2¾ Uhr im **Carl Weiss-Theater:**
1. **Abschied vom Regiment.** Aus dem Einakter-Cyklus „Die Befreiten" von O. E. Hartleben.
2. **Fritzchen.** Drama in 1 Akt von Hermann Sudermann.
3. **Abschiedssouper.** Aus dem Anatol-Cyklus von A. Schnitzler.

VI. Abteilung: Sonntagnachm. 2¾ Uhr im **Lessing-Theater:**
Die drei Töchter des Herrn Dupont.
Achtung! Ordner. 2. Pfingstfeiertag früh 7,25 Min. Schlesischer Bahnhof: Ausflug nach Erkner-Woltersdorfer Schleuse (Brodts Gesellschaftshaus) mit Familie.
230/1] **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

Schweizer Garten

Am Königsthor. — Haltestelle der Ringbahn. — Am Friedrichshain.
Donnerstag, 24. Mai
Garten-Konzert und Extra-Vorstellung.
Volksbelustigungen aller Art. | Im Saal bis 2 Uhr **Ball.**
Am 1. u. 2. Pfingstfeiertag: **Früh-Konzert und Vorstellung.**
Eintritt 30 Pf. **Eintritt 30 Pf.**
Beginn der Hauptsaison und der tägl. Vorstellungen.
Extra-Vorstellung.

Wo amüsiert man sich grossartig?

Hasenheide 21 und Jahnstr. 8 in **Schnegelsbergs Festsälen,** Inh.: **Max Schindler.** — Telephon: Amt IV Nr. 1132. — **Heute: Grosser Ball,** als **Specialität: Pfannkuchen-Regen,** verbunden mit **Schlangen- u. Apfelsinen-Regen u. diversen Ueberraschungen.**
Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.
Empfehle den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken 2c. meine Säle, 300 und 1200 Personen fassend (**mit Bühne**) zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. [44648*

Max Kliems Sommer-Theater

46609*
Hasenheide 13–15.
Heute sowie jeden Sonntag:
Grosse Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
In allen drei Sälen: **Großer Ball.**
Eröffnung der Sommersaison am 1. Juni cr. Meine Lokalitäten halte Vereinen unter kulantester Bedingung bestens empfohlen. **Max Kliem.**

Wedding-Park

Müllerstrasse 178. Am Wedding-Platz.
Jeden Sonntag und Feiertags:
Grosses Frei-Konzert
ausgeführt von der 46622*
Hauskapelle unter Leitung des Musikdirigenten Herrn **Koch.**
Im Saale: Grosser Ball!
7 verdeckte Sommer-Kegelbahnen, von denen noch einige zu vergeben sind. — Volksbelustigungen aller Art. — Kaffeeküche täglich nachmittags von 3–6 Uhr geöffnet. — Vom 9. Juni ab jeden Dienstag u. Sonnabend Auftreten der Original-Norddeutschen Sänger. **W. Trapp.**

Für Dampferpartien!

„Zum Sportshaus" in **Ziegenhals** bei **Zeuthen.** (Vorortstation der Görlitzer- u. Stadtbahn.
Neu eröffnet! Gänzlich renoviert!
Herrlich am Wald und Wasser gelegen. Dampfersteg.
Juni, Juli und August noch Sonnabende und Sonntage frei.
46392* Jede Auskunft, auch per Telephon.
Hugo Engel, Berlin O., Tilsiterstr. 87. Tel.-Amt VIIa Nr. 7703.

Schmöckwitz, Gasthaus zur Palme,

46239*
Inh.: **Hermann Peter,** (vorm. **Kurras**). Tel.: Amt Grünau No. 39
Empfehle mein allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser belegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampfersiege, Kegelbahnen, große Kaffeeküche. Gute Küche u. bestgepflegte Biere u. andere Getränke zu solid. Preisen.

Neue Welt

Hasenheide 108–114. 45822*
Heute, Himmelfahrtstag:
Grosses Militär-Konzert und Specialitäten-Theater.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Im Bal champêtre: **Grosser Ball.**
A. Froelich.
NB. Habe noch Sonnabende und Montage im Juni, Juli und August zu Sommerfesten zu vergeben.

Hoffmanns Volksgarten, Westend.

Spandauerberg, Kastanien Allee 1. Tel. 37.
Empfiehlt seinen 4000 Perf. faß. Garten, 2 große, 4 kleine **Säle zu Versammlungen** und **Sommerfesten.** — Kaffeekochen, Kegelbahn und Volksbelustigungen aller Art, wie Eiskahren, Schaukel, Riesen-Karussell.
Heute: Gr. Frei-Konzert. Im Saal: Gr. Ball.
40142* **Carl Hoffmann,** Gastwirt,
Besitzer des „Englischen Gartens", Berlin. Tel. VII. 1576.

Moabiter Gesellschaftshaus

Alt-Moabit.
Heute
Große Gala-Vorstellung.
Hippels Stettiner Quartett.
Humoristisches Ensemble.
Tanz im großen Saal. 15 Pf. Entree, wofür ein Glas Bier verabfolgt wird.

Tanzsaal,

Restaurant mit Garten, Kegelbahn und gr. Tanzsaal, jeden Sonntag Tanz, im Vorort, ist mit oder ohne Grundstück zu verkaufen. Adr. unter **B. 5** in der Expedition d. Z. niederzulegen.

Filzhüte für Herren

fehlerfrei,
neueste Form, **1.50 und 2.00.**
hochfeine Qualitäten 2.50 u. 3.00,
extrafeine 3.50 u. 4.00
im **Hut-Engroslager** Prenzlauerstr. 20, 2 Tr.
Cylinderhüte, Chap. claq. und Knabenhüte } in großer Auswahl.

Wer-Stoff-hat

fertige Anzug 20 M., feinste Zutaten, saubere Arbeit, zwei Anproben. [47032*
!!! Ohne Konkurrenz !!!
!!! Tadelloser Sitz !!!
Anzug-Reste, Paletot-Reste spottbillig.
Montag – Dienstag
Resterverkauf zu Knabenanzügen, umsonst zugeschnitten.
Verkaufe billig, als Fabrikmuster-Kollektion der Tuchfabrikanten.
Ludwig Engel,
Herrenbekleidung Münzstr. 26, part.

Gelegenheitskäufe!

Paletots, Herren- u. Knaben-Anzüge, Leder- und Arbeits-Hosen, Gardinen, Portieren, Teppiche, Koffer, Operngläser, Kessel, Revolver, Reißzeuge, Teschings, Harmonikas, Geigen, Zithern, Regulateure, Uhren, Ketten, Ringe, Goldsachen usw.
zu spottbilligen Preisen.
Gustav Lucke,
Berlin, 46712*
131 Oranien-Straße 131.

Haut- und Harn-Leiden

heilt 39682*
ohne schädliche Mittel
E. Herrmann, Apotheker,
Georgenkirch-Platz Nr. 21.
Sprechst. 10–1½ u. 5–8.

Freitag, den 25. Mai, abends 8 Uhr,
im gr. Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Große öffentliche Versammlung

für Lithographen, Chemigraphen, Steindrucker u. Berufsgenossen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **A. Bebel** über:

Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien.

2. Diskussion.

Es wird gebeten, nicht zu rauchen. — Gäste haben Zutritt. 96/3

Zahlreiches Erscheinen erwarten

Die Einberufer: Dübelt. Sahm. Borisch.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Morgen, Freitag, abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Engel-Ufer 15

Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! Parkettbodenleger. **Achtung!**

Freitag, 25. d. M., vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Engel-Ufer 15, Saal L 1 Treppe

Versammlung.

Bekanntgabe der Situation des Streiks. Verschiedenes. 59/13

Central-Verband der Zimmerer

(Zahlstelle Berlin und der Vororte).

Sonntag, den 27. Mai, vormittags 10 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: 254/11

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Dr. Leo Arons** über: „Die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung". 2. Die Kontrolle der Sammelkarten zum örtlichen Fonds (erstes Halbjahr). 3. Verbandsangelegenheiten.

Kameraden! Erscheint vollzählig und sorgt dafür, daß die Versammlung gut besucht wird.

Der Vorstand.

Achtung! **Former.** **Achtung!**

Sonntag, den 27. Mai, mittags 12 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:

Große öffentliche Versammlung

der Former und Berufsgenossen.

Tages-Ordnung:

1. **Die Einigungsverhandlung in Leipzig.** Referent **Körsten.** 2. Diskussion. 3. Verschiedene Mißstände in den Berliner Gießereien und das Verhalten der Meister. 4. Die auswärtigen Formerstreiks. 5. Verschiedenes. 61/5

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend erforderlich.

Der Einberufer. J. A.: A. P.

Central-Krankenkasse d. Maurer etc.

Sonntag, den 27. Mai, vormittags 10 Uhr in Cohns großem Saal, Beuthstr. 20

Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 140/3

1. Kassen- und Revisionsbericht vom 1. Quartal und Wahl eines Revisors. 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 3. Verschiedenes.

Für die Verwaltung: P. Hoffmann.

Köpenick „Stadt-Theater"

(Kleins Hotel).

Empfehle mein **Sommerlokal** mit großem **schattigen Garten, Sommerbühne,** verdeckten **Kegelbahnen,** zwei großen **Sälen** den geehrten Vereinen zur gefl. Benutzung. **Jeden Sonntag: Auftreten von Specialitäten ersten Ranges.** Anerkannt gute Küche und gut gepflegte Biere. [4739Q*] **A. Klein.**

Kommandantenstraße 72 **Neues Klub-Haus** Kommandantenstraße 72.

Jeden Sonntag, Mittwoch, Donnerstag: **Grosser Ball.** [4578Q*

Große und kleine Säle mit Bühne zu Versammlungen, Festlichkeiten rc. zu vergeben. Einige Sonnabende u. Sonntage noch frei. **H. Ebert.**

Für ganz Deutschland genehmigt.

Wohlfahrts-Loose à Mk. 3.30

Porto u. Liste 30 Pf. extra

zu Zwecken der Deutschen Schutzgebiete.

Ziehung schon 31. Mai und folgende Tage zu Berlin

Loosanzahl und Gewinne wie früher. **Hauptgewinn**

100,000 M. u. s. w.

Loose versend. geg. Postanweisung od. Nachnahme d. General-Debit

Lud. Müller & Co., in Berlin, Breitestr. 5

Hier zu haben bei den bekannten Verkaufsstellen.

Marienburger Pferde-Loose

1 Mark. 11 Stück 10 Mark.

Telegr.-Adr.: Glücks-Müller.

MAGGI

für 5 Pfg.	für 10 Pfg.	für 12 Pfg.	für 16 Pfg.	für 25 Pfg.
eine ausgezeichnete Frühstücks-Suppe.	2 Portionen vorzüglicher Suppe.	2 Portionen kräftiger Fleischbrühe.	2 Portionen feinster Kraftbrühe.	für Probetellerchen zum Würzen.

DIE GUTE SPARSAME KÜCHE

Zu haben in allen Delikatess- und Kolonialwaren-Geschäften, Drogerien und Mehlhandlungen.

Villen-Baustellen,

dicht am Bahnhof, im schönsten und zukunftreichsten Vororte des Nordens, gepflasterte Straßen, Bauerlaubnis, herrlicher Hochwald, gesunde Luft. Preis der Baustellen mit und ohne Waldbestand schon von 50 Mark pro Quadratrute an. Geringe Anzahlung. Sicheren Leuten event. Baugeld. Ernsthafte Käufer erfahren näheres unter Offerte K. 4 Expedition d. Zeitung. 4617Q*

Wem seine Pflanzen lieb sind, düngt nur mit Hallmayer's

Pflanzendünger.

Es ist reiner, geruchfreier, konzentrierter, tierischer Dünger.

Mit obiger Schutzmarke versehene, echte Packete für 15 ₰, 25 ₰, 40 ₰ u. 60 ₰ in Drogen-, Materialwaren-, Blumen- u. Samen-Handlungen.

! Charlottenburg !

Bestellt nur

hochelegante Anzüge,

Paletots, sowie ff. Beinkleider beim 4747Q*

Internationalen Maßgeschäft

Kantstr. 56, H. Rosenthal,

2. Haus von der Wilmersdorferstraße, **nicht mehr im Eckladen.**

Jede Bestellung wird **noch zu den Festtagen** unter Garantie des Gutsitzens von den feinsten Stoffen zu den **allerbilligsten Preisen** nach Maß angefertigt.

Da noch bedeutende Arbeitskräfte eingestellt wurden, darum kauft **keine fertige Garderobe,** sondern bestellt bei mir nach Maß, **ebenso billig als fertige,** jedoch viel haltbarer.

Jetzt nur

Kantstr. 56, H. Rosenthal,

2. Haus von der Wilmersdorferstraße, **nicht mehr im Eckladen.**

Allerweltsfreund

magenstärk. kräftiger Special-Liqueur gr. Champagnerfl. inkl. **1,25** M. nur **110 Brunnenstrasse 110** (neben dem Straßenbahn-Depot) bei **Ignatz Sello.** Ferner frischen **Maitrank,** ½ Fl. inkl. **50** Pf.; **alten Nordhäuser** per Liter **50** Pf., **Stonsdorfer** inkl. Orig.-Fl. (½ Ltr.) a **80** Pf., **Halb und Halb,** feinste Liqueurmischung, p. ½ Champagner-Fl. inkl. **90** Pf., **Himbeer-, Kirsch- rc. Säfte,** rein und dick eingekocht, per Liter **1,10** M., **süßen Ungarwein,** Orig.-Fl. (½ Liter) von **90** Pf. an, sowie sämtl. **Weine, Cognac, Rum Liqueure** im Einzelverkauf, auch eingemessen nur zu **Engrospreisen.** Billigste Bezugsquelle. 4514Q*

110 Brunnenstraße 110.

Filiale: **Kastanien-Allee 27.**

Specialgeschäft

für fertige Wäsche

Emil Vogt,

Berlin SO., **Oranienstr. 169,** zwischen d. Adalbertstr. u. d. Oranienpl.

Oberhemden, Serviteure, Kragen, Manschetten, Kravatten, Tricotagen, Sporthemden etc. Damen- u. Kinder-Wäsche. Schürzen. [4501Q*

Wer-Stoff-hat

fertige Anzug 20 M., feinste Zutaten, saubere Arbeit, zwei Anproben. 4547Q*

!!! Ohne Konkurrenz !!!

!!! Tadelloser Sitz !!!

Anzug-Reste, Paletot-Reste spottbillig.

Verkaufe fast jeden Stoff billiger als Fabrikmuster-Kollektion.

Herren-Bekleidung

Brunnenstraße Nr. 66, part.

Leihhaus-Fahrräder

verfallene, sowie außerordentlich günstig erworbene neue Räder für Herren und Damen stehen in großer Anzahl zum Verkauf. Räder von 60 Mark an, aufsteigend zu den besten deutschen Rädern neuesten Modells nur bis zu 140,00. [83/6

Leihhaus Neue Schönhauserstr. 11.

Laabs

Elsasserstr. 39.

Behandl. aller **Haut-, Harn- und Blasenleiden** ohne schädliche Mittel u. Gifte.

Sprechst.: 9—2. 6—9.

Freitag und Sonntag nur 9—2.

Verbandskarten Ermäßigung.

Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein **Weiss-, Bayrischbier-** und **gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendtisch à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20—50 Personen. *

H. Stramm, Restaurateur, **Ritterstr. 103.**

! Hosen, Anzüge, Paletots !

vorjährige Maßbestellungen.

Hälfte Kostenpreis.

Ludwig Engel,

Herrenbekleidung, 4701Q*

Münzstrasse 26, part.

!! Radler-Anzüge !!

von einer Lieferung zurückgeblieben: Hälfte Kostenpreis. **Ludwig Engel,** Herrenbekleid., Brunnenstraße 66. [4703Q*

In

Dr. Laskers

spec.-ärztl. Institute für Haut- und Beinleiden

Alexanderstr. 42

sind am Himmelfahrtstag Sprechst. nur von 9—12 Uhr.

Charlottenburg.

M. Schmerberg [4096Q*

Wilmersdorfer-Strasse 127,

Uhrmacher und Goldarbeiter.

Großes Lager von **Uhren und Goldwaren** zu äußerst billigen Preisen.

Optische Artikel. Ohrlöcher werden schmerzlos gestochen.

Donnerstag, den 24. d. M.: Sprechstunde nur 10—12 Uhr.

Dr. med. Schaper,

Specialarzt **für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.** 4732Q*

Königgrätzerstrasse No. 27.

Sprechst. 9—1, 4—7 Uhr.

✚ Heilung ✚

aller **Haut-, Harn-, Blasenleiden** ohne Berufsstörung.

31jährige Erfahrung.

Harder senior, Elsasser-Strasse 20.

Sprechst. 9—1 u. 5—8½, Sonnt. 9—2. 28/10*

Falbe

44 Elsasserstr. 44

(am Oranienburger Thor).

Behandl. aller **Haut-, Harn- u. Blasenleiden** ohne Berufsstörung, ohne schädl. Mittel u. Gifte. Sprechst. 9 morg. bis 9 abends, Sonntag u. Donnerstag 9—3. 4511Q*

Bei Vorzeigung der Verbandskarten 10 Proz.

Natur-Heilverfahren.

Haut-, Harn- u. Blasenleiden. Frauen-Krankheit., heilt sicher ohne Berufsstörung. [3976Q*

R. Wagner, Invalidenstr. 151/I (fr. Wasserstraße 23.)

9-2, 5-9, Sonntags 9-2.

4571Q* **Prima harte Schlackwurst** a Pfd. **110** Pfg. halbhart a Pfd. 85 „

Schinkenw., prima hart „ 95 „

Zwiebellebenw., Holl. „ 50 „

Rotwurst, Thüringer „ 50 „

Speck, mager „ 65 „ bei 5 Pfd. „ 62 „ fett, reinschm. „ 55 „ bei 5 Pfd. „ 50 „

Landschinken, echt ostpr. „ 90 „

J. Striepling, Köpnickerstraße 163.

Schultze,

Wasserthorstr. 1/2, I.

Behandlung aller **Haut-, Harn-** und **Blasenleiden** ohne jegliche Berufsstörung. 3973L*

Sprechstunden 9—2 u. 5—9.

Donnerstagvormittag keine Sprechstunde.

Bei Vorzeigung der Verbandskarte 10 Proz.

Fahrräder.

Stets großes Lager **erstklassiger Fabrikate auf Teilzahl.** ohne Preiserhöhung zu den coulant. Zahl.-Beding. Katal. gratis

Wenig gebrauchte Räder für Herren und Damen zu billigen Preisen unter Garantie.

Adomeit & Landau

Lothringerstraße 48 I.

Dicht am Rosenthaler Thor.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlosen Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M. **Zahnarzt Wolf,** Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7

Ausstellung im Zoologischen Garten.

Eröffnung am 1. Juni!!

Unsre neuen Landsleute

aus **Samoa.**

Urwald — Samoanisches Dorf. Tropenlandschaft.

Männer, Frauen, Kinder von Samoa. Die Dorfjungfrau von Faleaupo. Krieger Mataafas und Malietoas.

Die Ausstellung **„Samoa"** wird an tropischer Schönheit und Naturwahrheit alles bisher auf diesem Gebiet Gezeigte übertreffen.

Schön, interessant, lehrreich.

Wohlfahrts-Geld-Lotterie

zu Zwecken der deutschen Schutzgebiete.

Sämtliche Gewinne sind bar ohne Abzug zahlbar.

16,870 Gewinne im Betrage von

575,000 Mark.

Die Hauptgewinne sind 1172b

10,000 — 50,000 — 25,000 — 15,000 Mk. etc.

Original-Lose à 3,30 Mk. (Porto und Liste **30 Pf.** extra) empfehlen und versenden auch gegen **Nachnahme, Coupons und Briefmarken**

Neubauer & Co., Bank-Geschäft. **Berlin W. 8** Friedrichstr. 198/199, Ecke Krausenstr.

Ziehung 31. Mai 1900 u. folg. Tage im Ziehungssaal der kgl. Preuss. Lotterie.

Telegr.-Adr.: Millionenecke.

In der heutigen Zeit, wo fast Alle mit Recht das Ziel erstreben, sich **gesund durchzuleben,** kann deren Devise **nur** nachst. Bild sein.

In dem nasskalten Klima Deutschlands billiger u. bekömmlicher als Bier!

Von 10 Pf. pro ½ L. an, sowie in m. **plomb. Orig.**-Flaschen von ¼, ½ u. 1/1 Liter. Kein künstl. Gemisch, kein Mais, keine sog. schweren Weine etc., **sondern** (laut Fürst **von Bismarck's** Worten: „Nationalgetränk") angenehm, leicht trinkb. u. dabei **so sehr stärkende**

Wir trinken **Oswald Nier's** reine ungegypste Traubenweine aus Weintrauben

f. Festlichkeiten, Vereine, Krankenhäus. bew. hoh. Rabatt!

Seit 1876: 70 eig. Centralgeschäfte (44 in Berlin, 26 in Provinzen) nebst Weinstuben u. über **1200 Filialen in Deutschland.**

Ausführl. illustr. Preiscourant grat. u. fro.

Noch nie dagewesen! Um das gesunde Trinken meiner sämmtlichen Weine in allen Kreisen des geehrten Publikums nunmehr schnell einzuführen, gebe ich **Eine Reklamekiste** enth. **12 Orig.-Flasch. Nectarwein** gen. **„Götertrank"** sowie **30 Proben** meiner **30 and. Weinsorten** nebst versch. Ueberraschung für nur **Mark 15** **alles inbegr. franco** jeder deutsch. Bahnstat. geg. Nachn. od. Vorherseind. d. Betrag. Jede Flasche Nectarwein kostet sonst in meinen eig. Weinstuben u. bei Wiederverkäufern **Mk. 2** excl. Glas, Verpack., Fracht etc. Die Reklamekiste kann in allen meinen Geschäften bestellt werden, wird aber nur **franco** direct von meinem Hauptgeschäft in Berlin aus versandt.

Bitte versuchen Sie, Sie werden für wenig Geld gesunde und schöne No. 43 Stunden dabei verleben u. mein Kunde bleiben.

OSWALD NIER, Hauptgeschäft: Berlin N., Linienstr. 130

Nächste Woche!

Wohlfahrts-Geld-Lotterie.

Ziehungs-Anfang schon 31. Mai.

Gewinne bar Mk. **100,000, 50,000** etc.

Originallose a 3,30 M.

(Porto u. Liste 30 Pf. extra) empfiehlt die bekannte Glückskollekte

J. Rosenberg, Kommandantenstr. 51.

Ecke Alexandrinenstrasse.

Fruchtsäfte 1,00 M. u. 1,30 M.

Fruchtweine 65 Pf.

Schäumende Liebe

ist ein erfrischendes und der Gesundheit förderliches Getränk.

Champagner ähnlich,

doch fast alkoholfrei.

Zu haben in unsren 4665Q*

160 Niederlagen

Preis 30 Pf. exkl. Flasche.

Feinste Tafelliqueure.

Med. Ungarwein.

Hermann Meyer & Co.

Berlin O., Fruchtstr. 74.

Versand nach auswärts nicht unter 30 Flaschen gegen Nachnahme.

Selterwasser gr. Fl. **5** Pf. Limonade **10** Pf.

Rotweine von 55 Pf. an

Weissweine von 45 Pf. an

Premier-Räder, seit 25 Jahren erste Marke.

Mephisto-Räder laufen wie der Teufel.

Reparatur-Werkstatt für alle Fabrikate

Styria-Räder, unerreicht im leichten Lauf.

Wolff-American Amerikas Favorit.

Radfahr-Lehrbahn.

Avis!

Die Eröffnung
von
Werners
Schuh-Magazin
findet
Ende dieses Monats
statt.

Blumenstrasse 2,
Ecke Wallner-Theater-Strasse.

Verkauf einfacher und eleganter Schuhwaren
zu besonders billigen Preisen.

4728 L*

Arbeiter Berlins!

Von den Finsterwalder Cigarrenfabrikanten haben die nachfolgenden die Lohnforderungen der Arbeiter bewilligt: H. Sporn. Dietrich (Hanisch Nachf.). K. Weigel. R. Klähre. W. Enigk. O. Wessly. R. Reinike. C. Franz. F. König. H. Müller. A. Kurras. R. Bär. Reinhold Kaiser.

Die Kommission der Berliner Tabakarbeiter.

Von jetzt ab steht dieses Inserat nur Donnerstags und Sonntags im „Vorwärts".

NEU! **Trinkt vom Fass!** NEU!
Goldklares Weissbier
aus der Weißbier-Brauerei „Friedrichstadt"
Julius Borsdorf, Neue Königstrasse No. 31/32.
Es ist das beste Weißbier. — Verfälschung unmöglich!

Ausschank-Lokale: **Schultze,** Frankfurterstr. 5. **Maass,** Frankfurter Allee 109. **Pfautsch,** Thaerstraße 34. **Schöpp,** Neue Königstraße 36. **Schmidt,** Am Friedrichshain 31. **Köpnick,** Schillingstr. 30a. **Krüger,** Andreasstr. 44. **Welkisch,** Alexanderstr. 24. **Ewald,** Schönleinstr. 6. **Kunz,** Gröben-Ufer 1. **Schulz,** Lübbenerstr. 16. **Breitkreutz,** Prinzenstr. 44. **Dietrich,** Jerusalemerstr. 11/12. **Giebeke,** Alte Jakobstr. 55. **Link,** Wrangelstr. 96. **Ulrich,** Zimmerstr. 99. **Zernikow,** Georgenstr. 24. **Kopprasch,** Neue Roßstr. 6. **Christ,** Bergmannstr. 9. **Meissner,** Weißenburgerstr. 34. **Jungblut,** Gerichtstraße 31. **Machwitz,** Schulstr. 19. **Fink,** Uferstr. 1. **Wien,** Jonasstr. 8. **Balzer,** Linkstraße 25. **Scheithauer,** Grunewaldstr. 106. **Zepp,** Nürnbergerstr. 32. **Schwartan,** Unter den Linden 78. 4635L*

Vororte! **Schöneberg: Assmann,** Hauptstraße 101. **Lindemann,** Ebertstraße 86. **Rixdorf: Alex,** Bergstr. 131. **Heichaus,** Hermannstr. 52. **Steglitz: Wiesinger,** Herderstraße 4. **Weisenfeld,** Schloßstr. 92. **Weißensee: Frenz,** Königs-Chaussee 41. **Wilmersdorf: Hoffmann,** Nachodstr. 41. **Straußberg: Thiel,** Bahnhof. **Köpenick: Meyer,** Rosenstr. 101.

Grösstes Geschäft
der
Schönhauser- u. Prenzlauer-Vorstadt
für
Herren- u. Knaben-Garderoben.

Vollständig neu umgebaut und ganz bedeutend vergrößert. Sämtliche Sachen nach Maß sowie fürs Lager werden in eignen Werkstätten angefertigt.

Die Preise sind sehr billig aber fest, ohne jeden Abzug. — Stoffe zur Maßanfertigung liegen in ganzen Stücken zur Ansicht. 4621L*

Hugo Opitz, Schneidermeister,
Berlin N., Franseckistrasse 13,
nahe der Schultheiß Brauerei.

Engros 100 Stück	**Billigster Bezug** für jeden Raucher und Händler!	Versand Mk. 4,25.

Moralis pr. 100 St. M. 2,40	Havanna House, 100 St. M. 3,60	Imperio pr. 100 St. M. 5,00
Habanna " " " " 2,75	Nora " " " 4,00	Eminente " " " " 5,50
Nanki Po " " " " 3,15	Onkel Bräsig " " " 4,50	Flor de St. Felix Brasil " 6,00

— Preisliste franco. — [4741L*

M. Reinhardt, Cigarren-Versandhaus, Berlin N., Chausseestr. 85.

Charlottenburg. Empfehle allen Freunden und Genossen mein **Weiß- u. Bayrischbier-Lokal zur Alten Linde,** Leibnizstraße 3. **A. Röttger.** [4677L*

Künstliche Zähne. 3 M. an, vorzüglich, setzt schmerzl. ein. Plombieren, schmerzl. Zahnziehen, Zahnschm. bei Rep. sof. **Goldstein,** Oranienstr. 123.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restaurant, gangbares, billig zu verkaufen. Schulz, Schwartzkopffstraße 15. †131*

Restaurant (Zahlstelle) ist sofort billig zu verkaufen. Näheres Warschauerstraße 63 im Schanklokal.

Grünkramgeschäft mit Feuerung sofort verkäuflich. Miete 45 Mark. Graudenzerstraße 6. †150*

Hutgeschäft, altes, Damen- und Herren-, krankheitshalber zu verkaufen Frankfurter Allee 163. †91*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †150

Vorjährige elegante Herrenpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Steglitz, Schloßstraße 70, Ecke Flensburgerstraße: Lager fertiger Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderobe. Anfertigung nach Maß zu soliden Preisen. Fritz Hamburg.

Betten, prachtvoller Stand, 12,00, zweischläfrig 16,50. Gubenerstraße 3, Pfandleihe. †150*

Betten, Steppdecken, Gardinen spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6.

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Bettstellen, reelle Matratzen, billigst! Muschelspiegel 14, Muschel-Kleiderspind 30, Sofa spottbillig! Dwinatzki, Grünerweg 81, nur im Keller! 987b

Nußbaummöbel, Stube, Küche, spottbillig, auch einzeln, Gartenstr. 32A, vorn I links. †77*

Möbelverkauf. Gelegenheit. Kleiderspinde, Vertikow, Tische, Spiegel, Schreibtisch, Sofas, Bettstellen, Küchenmöbel, gebrauchte Möbel billig. Sebastianstraße 70, I. Kein Laden.

Milchgeschäft mit Rolle verkauft Krüger, Müllerstr. 163a. 1178b

Damenbüsten billig Hüls, Weinbergsweg 13b. 918b

Möbelfabrik, Oranienstraße 2a. Muschelspinde 27, Spiegelspinde 24, Küchenspinde, Ruhebetten, Rohrlehnstühle 5, Kleiderspinde, Wäschespinde, Auszugtische 15, Säulentrumeau, Muschelbetten, Marmortoiletten 27, Plüschgarnituren 95 Paneelsofa 75. Vollständige Einrichtungen allerbilligst. Eventuell Teilzahlung unter solidesten Bedingungen. 1162*

Uhren-, Goldwaren, Teilzahlung. Bestellungen brieflich. Louis Vogdt, Augustsstraße 92. [1122b

Phonograph „Victoria" spricht, singt, ja bietet das schönste Konzert vollständiger Musikkapellen naturgetreu!!! Man hört und staunt!!! Preis 20 Mark. Teilzahlung gestattet. Größere und kleinere Apparate. Walzen, das beste was darin geboten!! à 1,50—2,00 M. in großer Auswahl. Vor wertlosen Nachahmungen wird gewarnt. Auf Wunsch Muster zur Ansicht kostenlos. „Union", Berlin, Reichenbergerstraße 9. [1063b

Fahrrad verkauft Barbiergeschäft, Brunnenstraße 113. †146*

Kinderwagen 9,—, 15,— bis 100,— „Baby", Invalidenstraße 160 (Brunnenstraße). 145L*

Kinderwagen Riesen-Auswahl „Baby", Frankfurterstraße 115 (Andreasstraße).

Kinderwagen überall Riesenauswahl „Baby", Spandau, Potsdamerstraße 20.

Sportwagen 5,— bis 30,— „Baby", Friedrichstraße 18 (Besselstraße).

Sportwagen „Baby", Brunnenstraße 92.

Bettstellen 8,— bis 60,— „Baby", Chausseestraße 8.

Bettstellen „Baby", Reinickendorferstraße 2d.

Kinderstühle „Baby", Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 55.

Kinderwagen auf Teilzahlung ohne Preiserhöhung „Baby", Oranienstraße 31 (Adalbertstraße).

Fahrräder. Teilzahlung, mäßige Anzahlung. Lager vierhundert Maschinen, Bahnrenner, 18 Pfund, Straßenrenner, Luxus-Damenräder, Zweisitzer, Kinderräder, Anhängewagen direkt aus Fabrik „Imperial" Dieffenbachstraße 33. [180L*

Fahrräder, erstklassig, zu Engrospreisen im Musterlager, Kommandantenstraße 46 I. Teilzahlung gestattet. Abonnenten dieses Blattes Rabatt. 1163b

Nähmaschinen, beste Ringschiff-Adler-Schnellnäher ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, fünfjährige Garantie. Postkarte. Landsberger, Landsbergerstr. 35. Kein Laden. 1160b

Gaskocher, Sparsystem, Zweiloch 6,00, Dreiloch 10,00, Gasbratöfen 12,00, Gasplätteisen, Schneider-Bügelapparate billigst. Teilzahlung. Wohlauer, Wallner-Theaterstraße 32. (Kein Laden.) 903b

Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Steindruckerei-Einrichtung mit Handpresse 70/90 billig zu verkaufen. Offerten C. 5. 200 Expedition dieses Blattes. 1181b

Gute Betten billig zu verkaufen Reske, Görlitzerstraße 70. 1191b

Herrenfahrrad und Knabenrad verkauft spottbillig Schuhmann, Waldemarstraße 27, vorn I. [21/14

Kinderwagen, modern, gut erhalten, spottbillig, verkauft Just, Markusstraße 15. †84

Lebendes Fischfutter bei A. Zobel, Rixdorf, Ringbahnstraße 22, 1 Treppe.

Gangbare Restauration zu verkaufen, passend für Parteigenossen, Höchstestraße 14. †54*

Cigarrenfabrik von A. Tietz, Invalidenstraße 124 und Breitestraße 23. Hervorragende Cigarren-Nummern: Nr. 21 und 29 5 Pf., Nr. 23 und 27 6 Pf., Nr. 22 7 Pf., Nr. 31 7½ Pf. usw. †77*

Fahrrad muß für 40 Mark verkaufen. Schönhauser Allee 177a, Hof parterre. [1197b

Remontoiruhren. Regulatoren spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6.

Teppiche, spottbillig Pfandleihe Neanderstraße 6. 21/9*

Straßenrenner, erstklassig, tadellos erhalten, mit sämtlichem Zubehör verkauft Engelmann, Kurfürstenstr. 6.

Restaurant, gangbares, wegen andrer Unternehmungen sofort billig zu verkaufen. Näheres Warschauerstraße 78. [1199b

Vermischte Anzeigen.

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Putzger, Steglitzerstraße 65. 801b

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b

Uhren repariert Wilhelm Flade, Uhrmacher, Putbuserstraße 45. [146*

Fuhren jeder Art fährt billigst Otto Damel, Hedemannstr. 2, Kohlenhandlung. 982b

Vereinszimmer empfiehlt Ler, Alte Jakobstraße 119. [288K*

Vereinszimmer m. Pianino Glaue, Krausenstraße 18. [210b

Vereinszimmer mit Pianino ist noch einige Tage zu vergeben. Weinachts Restaurant, Grünstraße 21 (früher Sommer). 168L*

Vermietungen.

Zimmer.

Flurzimmer, möbliert, bessere Schlafstelle für Herrn Skalitzerstraße 1, Schön. †114

Schlafstellen.

Freundliche Schlafstelle Schulz Alte Leipzigerstr. 21, III. [1200b

Freundliche Schlafstelle zu vermieten Reichenbergerstraße 47, Quergebäude III bei Laube. [1188b

Anständiger junger Mann kann mit einwohnen, Kommandantenstr. 72, 4 Treppen bei Möhring. 1194b

Freundliche Schlafstelle für zwei Herren vermietet Tacke, Posenerstraße 18, vorn IV. links. 1184b

Saubere möblierte Schlafstelle für Herren. Admiralstraße 6, vorn III, Wwe. Hohreikel. 21/3

Kleine Stube, alleinige Schlafstelle, 7 Mark. Lausitzer Platz 3, Hof links IV, Krause. 1201b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurückgeliefert. Gläser, Mulackstraße 27. *

Stellenangebote.

Dreher und Mechaniker auf präcise Dreharbeiten werden eingestellt. Dewitt & Herz, Georgenkirchstraße 24.

Klempner verlangt O. F. Schäfer Nachf. A.-G., Lützowstraße 107/8.

Geübte Gummiarbeiter verlangt Gummiwaren-Fabrik, Gartenstraße 167/8. 1186b

Schriftmaler, dauernd, verlangt Riesch, Alte Jakobstraße 25. 1187b

Farbigmacher, auch Mädchen, verlangt Emil Sonnet, Neue Königstraße 4. 1185b

Korbmacher gesucht, Munitionskörbe ohne Fächer, Lohn Mark 1,35, Krüger, Spandau, Wilhelmstraße.

Korbmachergesellen verlangt Malz, Weinbergsweg 7. 1202b

Geübte Falzerinnen verlangt Walter, Wallstraße 21/22. 1196b

Karton-Arbeiterinnen verlangt Leopold Stein, Neue Königstraße 30

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

Redacteur gesucht.

Meldungen sind sofort an den Verlag der „Arbeiter-Zeitung" Halberstadt zu richten. 4745L*

Gehaltsansprüche sind beizufügen.

Verdienst
leicht 30 Mark und mehr wöchentlich für Herren und Damen. Sofort Geld. Festes Gehalt. Bureau: Lothringerstraße 64, I. 9—4. 101/18*

Achtung, Tischler!

Anläßlich der Maifeier sind die Tischler in der Bautischlerei von **Stieblitz & Köpchen, Charlottenburg,** entlassen worden. Die Werkstatt ist folgedessen bis auf weiteres gesperrt. 88/1*
Die Ortsverwaltung Charlottenburg.

Achtung, Drechsler!

Bei der Firma **Voeltzkow, Ritterstraße 15,** haben 15 Kollegen wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. 89/8
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Korbmacher!

Wegen Differenzen in der Werkstatt v. Ancion & Starke ist dieselbe als gesperrt zu betrachten. 89/11
Die Kommission. J. A.: Belz.

Verantwortlicher Redacteur: Paul John in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Die städtische Kochanstalt vor Gericht.

Die vielfach erörterten Mißstände in der städtischen Kochanstalt auf dem Central-Schlachthofe sind Gegenstand eines umfangreichen Prozesses, der heute vor der achten Strafkammer des Landgerichts I begann. Auf der Anklagebank befinden sich drei Personen, der Schlächter Louis Schmolinsky, der Darmhändler Karl Lange und dessen Vater, der Schlächtermeister Hermann Lange. Die beiden ersten Angeklagten werden beschuldigt, finniges, gesundheitsschädliches Fleisch in Verkehr gebracht zu haben, die Angeklagten Lange, Vater und Sohn, haben sich außerdem wegen gemeinschaftlichen Betruges zu verantworten. Früher richtete sich die Anklage auch gegen den Pächter der Kochanstalt, Schlächtermeister Bitterhof, das Verfahren ist aber gegen ihn eingestellt worden, weil der Beweis nicht genügend zu erbringen war, daß die in der Anstalt vorgekommenen Mißstände mit seinem Wissen und seiner Bewilligung geschahen. Bitterhof hat die Kochanstalt auf dem städtischen Viehhof gepachtet. Das Fleisch der beanstandeten geschlachteten Tiere wird hier, soweit es unter bestimmten Bedingungen nach zur menschlichen Nahrung geeignet befunden wird, verarbeitet. In dem Siedehause werden die stark finnigen Schweine, deren Fett zu technischen Zwecken Verwendung findet, ausgeschmolzen, in der Tuberkellammer befindet sich der Sterilisierungsapparat für tuberkulöse Rinder und Schweine, und in einem besonderen Gebäude der Pökelkeller. In diesem wird das finnige Rindfleisch, soweit angenommen wird, daß es nach 21 Tage langer Pökelung unbeschadet für die menschliche Gesundheit genossen werden darf, eingepökelt. Beanstandet ein Beamter ein finniges Rind oder Kalb, so wird es sofort unter Begleitung eines Beamten nach der

Pökelkammer

geschafft. Hier wird das Fleisch von den Knochen gelöst, in Stücke von etwa 5 Pfd. zerlegt und diese dann in ein Faß gethan, welches 25prozentige Pökellake enthält. Alle diese Arbeiten werden amtlich überwacht. Seit dem Herbst vorigen Jahres hatte Bitterhof dem Angeklagten Schmolinsky die Arbeit des Einpökelns übertragen. Nun kam es vor, daß der Schutzmann, der das Einpökeln zu überwachen hatte, gleichzeitig in der Sterilisierungskammer oder an einem andern Orte der Anstalt zu thun hatte. In einem solchen Falle hatte der Beamte die Erlaubnis, den Schmolinsky, falls dieser damit einverstanden war, durch Einschließen mit der Außenwelt außer Verbindung zu setzen. Von dieser Erlaubnis soll in der ausgedehntesten Weise Gebrauch gemacht worden sein. War ein Faß mit Fleisch gefüllt, so wurde ein verschließbarer Deckel darübergelegt, den der Schutzmann mit einem Zettel versah, der das Datum der Einlegung trug. 21 Tage später wurde das Faß dann in Gegenwart des Beamten wieder geöffnet und der Inhalt von Schmolinsky in andre Fässer gepackt und versandfähig gemacht. Dies freigegebene Fleisch durfte der Pächter Bitterhof verkaufen, jedoch laut Ministerialverfügung nur an Selbstkonsumenten, nicht aber an Zwischenhändler, Schlächter, Gastwirte oder Wurstmacher. Gegen diesen Erlaß soll vielfach gesündigt worden sein. Während das Fleisch sonst für 45 Pf. das Pfund auf dem Viehhofe an

arme Leute

verkauft werden sollte, gelangte Ende vor. Js. nur wenig Fleisch auf diese Weise zum Verkauf. Der Kontrollrevisor Kottke wurde beauftragt, über den Verbleib des Fleisches Ermittelungen anzustellen und der Thätigkeit dieses Beamten ist es zu verdanken, daß arge Mißstände aufgedeckt wurden. Kottke beobachtete wiederholt, daß bei Einbruch der Dunkelheit Fässer vom Siedehause nach dem Grundstück Hübnerstraße 11 geschafft wurden, auf dem die Angeklagten Lange wohnten. Am 10. Januar folgte Kottke in unauffälliger Weise einem solchen Transport.

Kurz vor dem Langeschen Grundstück ereignete sich ein kleiner Unfall. Eines der schweren Fässer rollte vom Wagen und zerplatzte auf dem Pflaster. Ein Teil des Inhalts lag auf der Straße. Kottke eilte hinzu und machte die überraschende Entdeckung, daß die Fleischstücke, die auf der Straße lagen, nicht gepökeltes, sondern frisches, knochenfreies Fleisch waren. Auf einigen Stücken war noch der Stempel „Zurückgewiesen" deutlich zu sehen. Am folgenden Tag stattete Kottke in Begleitung eines Schutzmanns auf dem Langeschen Grundstück einen Besuch ab. Der Angeklagte Karl Lange wollte gerade mit einem Wagen, der mit mehreren Fässern beladen war, vom Hof fahren. Einige der Fässer enthielten Därme, andre dagegen Fleisch. Lange mußte zugeben, daß er das letztere an Kunden abliefern wollte, er erklärte aber, daß er von Bitterhof nur solche Ware beziehe, die polizeilich freigegeben sei. Die Beamten fanden dann noch in der Remise ein großes Faß versandtbereit vor, es enthielt ebenfalls frisches Rindfleisch, das noch den

Zurückweisungsstempel

des Fleischschau-Amts trug. Endlich standen noch drei kleine Fässer mit scharf gepökeltem dänischen Ausschnittfleisch in der Remise. Der ganze Vorrat wurde von der Polizei beschlagnahmt. Die drei kleinen Fässer mit dänischem Ausschnittfleisch wurden sofort nach der Untersuchung zurückgegeben. Die übrigen Fässer enthielten insgesamt 1153 Kilo, von denen 19 Kilo der Abdeckerei überwiesen wurden, die übrigen 1134 Kilo wurden dagegen dem Pächter Bitterhof zum Kochen, nicht zum Pökeln zurückgegeben. Die Anklage behauptet nun, daß Schmolinsky teils rohes, teils nur leicht gepökeltes Fleisch in die Fässer gepackt hat, die, wie er wußte, für Lange bestimmt waren. Am 10. Januar hatte der beaufsichtigende Schutzmann sich für einige Zeit aus dem Keller entfernt und diese Gelegenheit mußte Schmolinsky benutzt haben, die Durchstecherei auszuführen. Es wird auch angenommen, daß er im Einverständnis mit Lange gehandelt hat, da der letztere ihm wiederholt geklagt hatte, daß er das Fleisch seines hohen Salzgehalts wegen nicht absetzen könne. Durch eine Revision der Bitterhofschen Bücher wurde festgestellt, daß Lange vom November bis zum 10. Januar über

20 000 Pfund Fleisch

von ihm bezogen hatte. Lange will erlaubterweise über 10000 Pfund dänisches Ausschnittfleisch an seine Kunden verkauft haben, er hat von dieser Ware aber selbst kaum 1500 Pfund bezogen. Zu den Kunden des Angeklagten Lange gehörten allein 24 Schlächtermeister, welche für das Pfund des finnigen Fleisches 45 Pf. zahlten, in dem Glauben, daß sie dänisches Ausschnittfleisch erhielten. In 14 Fällen soll der Angeklagte Hermann Lange die falschen Vorspiegelungen seines Sohns unterstützt und sich dadurch des Betrugs mitschuldig gemacht haben. Bei der heutigen Verhandlung führt den Vorsitz Landgerichtsdirektor von Winterfeldt, die Anklage vertritt Staatsanwalt Reiß, der Angeklagte Schmolinsky wird vom Rechtsanwalt Hadra, die Angeklagten Karl und Hermann Lange werden vom Rechtsanwalt Dr. Werthauer verteidigt. Es sind gegen 60 Zeugen und Sachverständige geladen.

Die Vernehmung begann mit dem Angeklagten Schmolinsky. Er hat früher gesagt, daß Karl Lange ihn aufgefordert habe, schwächer gepökeltes Fleisch zu liefern. Heute erklärt der Angeklagte, daß dies Anerkenntnis falsch ausgelegt worden sei. Es sei vorgekommen, daß etwas Fleisch weit länger als 21 Tage, bisweilen sogar sechs bis acht Wochen in Pökel gelegen habe. Dieses Fleisch habe Lange wegen des großen Salzgehalts nicht gewünscht. Schmolinsky bestreitet ferner, daß er Fleisch aus den Fässern genommen habe, bevor es 21 Tage im Pökel gelegen habe. Es sei damals ein recht starker Frost gewesen, so daß die Wasser- und Gasleitung eingefroren seien. Er habe eine kleine Lampe anzünden müssen. Nun sei es bekannt, daß eine Temperatur von minus zwei Grad genüge, um die Wirkung des Pökelns aufzuheben. Der Vorsitzende erwiderte, daß dann die Einrichtungen in der

Kochanstalt so mangelhaft

sein müssen, daß sie völlig ihren Zweck verfehlten. Schmolinsky behauptete ferner, daß er nicht die besten Augen habe, und da sei es ja doch nicht ausgeschlossen, daß er sich einmal beim Ablesen des Datums auf den Pökelfässern geirrt habe. Eine andre Erklärung könne er nicht geben.

Die Angeklagten Karl und Hermann Lange bestritten ebenfalls, daß sie sich des Betrugs schuldig gemacht haben. Hermann Lange will des Glaubens gewesen sein, daß sein Sohn fast ausschließlich dänisches Fleisch bezogen habe und, dieser behauptete wiederum, daß er allen seinen Kunden gesagt habe, daß sie Bitterhoffsches Fleisch erhielten. Die betreffenden Schlächtermeister stellten nach seiner Meinung dies jetzt bloß in Abrede, weil im Publikum die irrige Ansicht verbreitet sei, daß das Fleisch von der städtischen Kochanstalt minderwertig sei. Es sei auch nicht richtig, daß er nur 15 Centner Fleisch aus Dänemark bezogen habe, es seien vielmehr über 97 Centner gewesen.

Der als Zeuge und Sachverständiger vernommene Departements-Tierarzt Wolff erklärte, es sei ihm bekannt, daß es stillschweigend geduldet wurde, daß Fleisch auch an Wiederverkäufer abgegeben wurde. Auf die Frage des Verteidigers, Rechtsanwalt Werthauer, ob das Pökeln des Fleisches nicht für das Absterben der Finnen ganz einflußlos sei, und ob dieselben nicht auch ohne Pökellake innerhalb 21 Tagen von selbst absterben würden, erwidert der Sachverständige, daß er der Pökelung doch eine Wirkung zusprechen, da sogar die Stärke der Lösung vorgeschrieben sei, um sicher zu gehen, daß der Zweck erreicht werde. Departements-Tierarzt Wolff bestritt ferner auf Befragen des Verteidigers, daß er seinen Unwillen darüber geäußert habe, daß die Geschichte in die Zeitungen gekommen sei.

Der folgende Zeuge, Kreis-Tierarzt Waßmann, hat das beschlagnahmte Fleisch untersucht, er erklärte es für ausgeschlossen, daß ein Teil des Fleisches mit Pökellake in Berührung gekommen sei.

Altmeister Hentze bezeichnet die Art der Pökelung, wie sie in der Anstalt vorgenommen werde, für

durchaus inkorrekt.

Wenn die Fleischstücke erst fest in ein Faß gepackt und dann mit der Pökelflüssigkeit übergossen würden, so könne das in der Mitte liegende Fleisch niemals von der Lake durchdrungen werden. Er halte das Bitterhoffsche Fleisch für wertvoller als das dänische, denn das erstere biete immerhin eine größere Garantie für seine Unschädlichkeit als das vom Auslande eingeführte.

Von den Zeugen wurden nur zwei vernommen. Es waren zwei Schlächtermeister, welche nicht vereidet werden konnten. Sie waren Kunden des Angeklagten Karl Lange gewesen. Derselbe habe, wie sie bekundeten, vielleicht nicht ausdrücklich gesagt, daß er Bitterhofsches Fleisch führe, aber er habe hervorgehoben, daß es beanstandetes Fleisch sei, das noch 21 Tagen wieder freigegeben sei.

Der Staatsanwalt verzichtete auf jede weitere Beweisaufnahme und beantragte die

Freisprechung

aller drei Angeklagten. Indetreff des Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz sei nicht erwiesen, daß das finnenverdächtige Fleisch, welches beschlagnahmt worden sei, auch wirklich eine Finne enthalten habe, denn es sei darauf hin nicht untersucht worden. Auch die Betrugsanklage gegen die beiden Angeklagten Lange müsse mangels Nachweises einer falschen Vorspiegelung und des erzielten Vermögensvorteils fallen gelassen werden.

Die Verteidiger schlossen sich diesen Anträgen an und der Gerichtshof erkannte demgemäß unter Annahme der vom Staatsanwalt geltend gemachten Gründe. Die Möglichkeit allein, daß das beschlagnahmte Fleisch finnenhaltig gewesen sei, reiche nicht aus, eine Verurteilung des Angeklagten Schmolinsky herbeizuführen, und in betreff der beiden andern Angeklagten sei nicht anzunehmen, daß die Kunden sich hätten täuschen lassen.

Aus der Frauenbewegung.

Ein Epilog zur lex Heinze.

Nach der endlichen Erledigung der lex Heinze lohnt es sich, daran zu erinnern, was sie wirklich Gutes zum Schutze bedrohter Sittlichkeit hätte leisten können, aber leider nicht leistet. Der frühere § 182a, der den Mißbrauch der wirtschaftlichen Uebermacht des Unternehmers oder Dienstgebers gegenüber den Arbeiterinnen in geschlechtlicher Hinsicht unter Strafe stellte und der wirklich geeignet gewesen wäre, sittliche Gefahren zu bekämpfen. Die Bestimmung lautete:

„Arbeitgeber oder Dienstherren und deren Vertreter, welche durch Mißbrauch einer durch das Arbeits- oder Dienstverhältnis begründeten wirtschaftlichen Abhängigkeit durch Androhung oder Verhängung von Entlassung, von Lohnverkürzung oder von andern mit dem Arbeits- oder Dienstverhältnis zusammenhängenden Nachteilen oder durch Zusage oder Gewährung von Beschäftigung, von Lohnerhöhung oder von andern aus dem Arbeits- oder Dienstverhältnis sich ergebenden Vorteilen ihre Arbeiterin oder sonstige weibliche Dienstverpflichtete zur Duldung oder Verübung unzüchtiger Handlungen bestimmen, werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Geldstrafe bis zu 600 M. erkannt werden.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein."

Hiermit wäre eine offenbare Lücke des Gesetzes ausgefüllt worden. Der Mißbrauch der Macht gegen schwächere Untergebene ist unter allen Umständen verwerflich; einer Frau gegenüber, welche in der Angst um ihr tägliches Brot die schmählichsten Zumutungen nicht zurückzuweisen wagt, bietet er gewiß alle Merkmale eines Verbrechens, welches im Strafgesetz seine richtige Stelle findet.

Das Centrum, von dem dieser Antrag ausging, hat ihn „mit schwerem Herzen" fallen gelassen, weil sich die Regierung dagegen erklärte; in Wirklichkeit wird ihm das Herz nicht allzu schwer dabei geworden sein. Mit dem Herzen war es wohl bei den Bestimmungen zur Knebelung von Kunst und Wissenschaft, und um diese kämpfte es, so lange es konnte; den Schutz der Arbeiterinnen gab es bei dem geringsten Widerspruch auf.

Die Obstruktion, die für die geistige Freiheit des ganzen Volks kämpfte, konnte das Fallenlassen dieser Arbeiterinnenschutz-Bestimmung natürlich nicht hindern, da sie in diesem Kampf nur auf die Abwehr angewiesen war und Positives dabei nicht durchzusetzen ist. Bis das Gesetz sie hinreichend schützt, müssen deshalb die Arbeiterinnen sich selbst nach Kräften zu schützen suchen. Was die vereinzelte Arbeiterin nicht kann, das wird sie erreichen mit Hilfe ihrer Organisation. Sie schließe sich der Organisation ihres Berufs an.

Hier findet sie, was sie braucht: Anlehnung an Mitarbeiter und Gleichgesinnte, Aufklärung über ihr Recht und ihre Pflichten. Gegen sonstige Gefährdungen und Zumutungen ist sie am besten geschützt, wenn sie im Verein mit erfahrenen Genossen deren Rat und Schutz in Anspruch nehmen kann. Der Anschluß an die Gewerkschaft ist die beste Waffe der Arbeiterin gegen Vergewaltigungen jeder Art.

Sociales.

Die Orts-Krankenkasse für die Angestellten der Anwälte, Notare rc. versendet ihren Geschäftsbericht für 1899. Die Zahl der Mitglieder betrug am 31. Dezember 3511 männliche und 383 weibliche, die in 1018 Betrieben thätig waren.

Die Einnahmen aus Beiträgen und Eintrittsgeldern betrugen 105 933 M. Nicht uninteressant ist die Thatsache, daß in 41 Fällen bei Rechtsanwälten, in 2 Fällen bei Gerichtsvollziehern und in 4 Fällen bei Krankenkassen als Unternehmern Beiträge zwangsweise beigetrieben werden mußten.

Von den Ausgaben sind zu nennen 15 710 M. für ärztliche Behandlung, 15 192 M. für Arznei und sonstige Heilmittel, 47 236 M. für Kranken- und Sterbegelder, 6219 M. an Heilanstalten und 13 300 M. Verwaltungskosten. Der Reservefonds beträgt 32 105 M. und das Gesamtvermögen 80 018 M.

Es kamen 1181 Erkrankungsfälle mit 27 850 Krankheitstagen bei den männlichen und 117 Erkrankungsfälle mit 3125 Krankheitstagen bei den weiblichen Mitgliedern vor. Gestorben sind 36 männliche und ein weibliches Mitglied. Die größte Zahl der Krankheitsfälle kommt auf Erkrankungen der Atmungsorgane mit 542 Fällen und 13 135 Tagen.

Eine Lokal-Polizeiverordnung zum Schutze der Kinder hat die Polizei-Verwaltung in Schweidnitz erlassen. Es wird bestimmt, daß Kindern unter 14 Jahren das Feilhalten und der Verkauf von Waren auf den Straßen und Plätzen, sowie das gewerbsmäßige Musikmachen und Darbieten von Schauspielen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, auf Hausfluren und auf Höfen, sowie in öffentlichen Schanklokalen, Gastwirtschaften und Konditoreien untersagt ist. Den Eltern, Vormündern und Pflegern ist es untersagt, Kinder unter 14 Jahren zu vorbezeichnetem Gewerbebetrieb anzuhalten, wie es auch den Gastwirten usw. untersagt ist, den verbotenen Gewerbeverkehr in ihren Lokalen zu dulden. — Verstöße gegen die Verordnung sollen mit Geldstrafe bis zu neun Mark oder entsprechender Haft geahndet werden.

Das Salz wird teurer. Die deutsche Salinenvereinigung hat an ihre Abnehmer ein Rundschreiben erlassen, worin diesen angekündigt wird, daß das mit Petroleum denaturierte Gewerbesalz von 1,50 M. auf 2 M. per Centner erhöht werden soll, während der Centner Kochsalz um 65 Pf. teurer wird.

Gerichts-Zeitung.

Drei Taschendiebe, die die Festtage aus Anlaß der Großjährigkeits-Erklärung zu Eingriffen in fremde Taschen benutzt haben, standen gestern kurz hinter einander vor dem Schöffengericht. In dem ersten Falle hatte sich der schon mit drei Jahren Zuchthaus vorbestrafte Maler Franz Karl August Kielleben die Straße Unter den Linden gegenüber der Habelschen Weinhandlung am 5. Mai zu seinem Standquartier gewählt. Der Staatsanwalt Liebenow sah auch von jener Stelle der Auffahrt zu und bemerkte, daß der Angeklagte auffallend nach Hinter eine dort postierte Dame trat. Sein in ihm aufsteigender Verdacht bestätigte sich auch bald, denn plötzlich drehte sich die Dame zu dem hinter ihr stehenden Angeklagten herum und rief ihm zu: „Was haben Sie denn in meiner Kleidertasche zu suchen?" Der Angeklagte erklärte diese Zumutung für eine Frechheit, da aber Staatsanwalt Liebenow bemerkte, daß die Paletottasche des Angeklagten kein Futter hatte, so daß er nach der Art der Taschendiebe seine Hand durch dieselbe stecken konnte, so trat er auf ihn zu, legitimierte sich durch seine Erkennungsmarke als Staatsanwalt und erklärte ihn für festgenommen. Der Angeklagte stritt Stein und Bein, seine Schuld wurde aber durch die Wahrnehmungen der Dame und die Thatsache, daß deren Portemonnaie am Boden dicht bei dem Angeklagten vorgefunden wurde, voll erwiesen. Das Gericht verurteilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis. — Im zweiten Fall hatten die Schlosser Kamrowski und Grain am 5. Mai in dem Gedränge auf der Schloßbrücke ihre Erstlingsversuche im Taschendiebstahl gemacht, wobei Grain den ersteren deckte. Kamrowski hatte das Pech, zu sehen, daß die vermeintlichen Geldstücke, die er einer Dame aus der Tasche gestohlen, Schokoladenplätzchen waren, die die Gestalt und Silberfarbe von Zweimarkstücken hatten. Er wurde zu drei Monaten, Grain zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Ersatzwahl für die Stadtverordneten-Versammlung in Pinne, die am 30. Mai 1899 erfolgt war, wurde im Streitverfahren angefochten. Der Bezirksausschuß in Posen erklärte auch die Wahl für ungültig, weil die Wähler aller drei Abteilungen in der Wählerliste bunt durcheinander aufgeführt waren. Hinter jedem Namen war allerdings die Wahlabteilung angegeben, der der betreffende Wähler angehört. Der Bezirksausschuß ging davon aus, daß hier eine solche Verletzung des § 19 der Städte-Ordnung vorliege, die die Ungültigkeit der Wahl nach sich ziehen müsse. Der § 19 wolle durch die Aufstellung besonderer Listen für jede Abteilung eine bessere Uebersicht ermöglichen. Es solle sich jeder bei der Durchsicht schnell informieren können, was bei der in Pinne beliebten Art der Listenaufstellung unmöglich sei. Das Oberverwaltungsgericht als Berufungsinstanz bestätigte die Vorentscheidung und führte aus, es handele sich hier um einen so fundamentalen Verstoß gegen die Wahlvorschriften, daß dadurch dem ganzen Wahlverfahren der gesetzliche Boden verloren gehe.

Marktpreise von Berlin am 22. Mai 1900

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*) Weizen, gut	D.-Ctr.	15,40	—,—	Kartoffeln, neue	D.-Ctr.	8,—	6,—
„ mittel	„	—,—	—,—	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,60	1,20
„ gering	„	—,—	—,—	do. Bauch	„	1,20	1,—
**) Roggen, gut	„	15,10	15,08	Schweinefleisch	„	1,20	1,10
„ mittel	„	15,06	15,04	Kalbfleisch	„	1,60	1,—
„ gering	„	15,02	15,—	Hammelfleisch	„	1,60	1,—
†) Gerste, gut	„	14,80	14,20	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	14,10	13,60	Eier	60 Stück	3,40	2,20
„ gering	„	13,50	13,—	Karpfen	1 kg	2,20	1,20
††) Hafer, gut	„	15,30	14,90	Aale	„	2,80	1,40
„ mittel	„	14,80	14,40	Zander	„	2,60	1,—
„ gering	„	14,20	14,—	Hechte	„	2,20	1,20
Richtstroh	„	6,—	5,32	Barsche	„	1,60	0,80
Heu	„	6,20	5,80	Schleie	„	3,—	1,40
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie	„	1,20	0,80
Speisebohnen	„	45,—	25,—	Kreide	per Schock	24,—	3,—
Linsen	„	70,—	30,—				

*) ab Bahn.
**) ab Bahn frei Mühle.
†) frei Wagen und ab Bahn.
††) ab Bahn und frei Wagen.

Produktenmarkt am 23. Mai. Getreide. Tendenz und Preise waren am Frühmarkt zunächst unverändert. Effektive Ware bleibt bei fehlendem Inlandsangebot gut beachtet, wenn auch die Preisgestaltung fortgesetzt unter den Abschlüssen in russischer Ware zu leiden hat. Das Hauptinteresse konzentrierte sich auch heute aus den bekannten Gründen auf Roggen. Lieferungen setzten am Mittagsmarkt fest ein. Roggen wurde 0,75 M. höher gehalten, Weizen lag gut behauptet. Die Preismeldungen lauten aus Oestreich-Ungarn etwas höher, aus Nordamerika unverändert. Als späterhin die Magdeburger Wetterwarte für morgen veränderliches Wetter mit Regenschauern prophezeite, und überdies sehr starkes Angebot in nord- und südrussischer Ware sich geltend machte, erfuhren die Preise eine leichte Abschwächung. Hafer war ebenfalls aus Rußland angeboten. Die Tendenz war für diesen Artikel abwartend, das Geschäft still. Mais war unverändert, Rüböl auf Realisationen gedrückt.

Spiritus loco unverändert. — Schluß weiter abgeschwächt, Getreidepreise gegen gestern unverändert.

Witterungsübersicht vom 23. Mai 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer auf 0 red. mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometer auf 0 red. mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	758	SSO	5	wolkenl	18	Haparanda	753				
Hamburg	756	WSW	3	bedeckt	16	Petersburg	766	SSW	2	Regen	8
Berlin	758	S	4	wolkenl	18	Cork	752	W	4	wolkig	12
Frankf./M.	758	SW	2	wolkig	18	Aberdeen	744	SW	3	hlb. bed.	14
München	761	WNW	2	wolkenl	16	Paris	759	SSW	1	hlb. bed.	14
Wien	769	Still	—	wolkenl	14						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 24. Mai 1900.
Etwas kühler, vielfach heiter, zeitweise wolkig bei mäßigen südwestlichen Winden und fortdauernder Gewitterneigung.

A. Jandorf & Co

C. Spittelmarkt 16/17. * SW. Leipzigerstr. 64. SW. Belle-Alliancestrasse 1-2.

Blusen

Mädchen-Bluse, bedruckter Kattun		90 Pf.
Damen-Bluse, bedruckter Kattun mit Börtchen besetzt		1.35 M.
Damen-Bluse, Kattun mit weisser Piquégarnirung		2.25 M.
Damen-Bluse, Kattun mit weisser Stickerei-Passe		3.25 M.
Damen-Bluse, weiss und farbiger Piqué mit Stickerei-Passe		3.75 M.
Staubmantel, klein carrirter Stoff.	3.75 M.	4.95 M.
Jacken-Costume, Lodenstoff		11.75 M.

Blusenoberhemden

Blusen-Oberhemd, bedruckter Percal	1.15 M.
Blusen-Oberhemd, bedruckter Percal mit Rüsche	1.65 M.
Blusen-Oberhemd, bedruckter Percal und abnehmbarem Kragen	2.40 M.
Blusen-Oberhemd, bedruckter Percal mit 2 Stickerei-Einsätzen	2.95 M.
Blusen-Oberhemd, bedruckter Percal mit schrägen Säumchen	4.25 M.
Blusen-Oberhemd, einfarbiger Batist mit 1 Stickerei-Einsatz	2.95 M.
Blusen-Oberhemd, einfarbiger Batist mit 3 Stickerei-Einsätzen	3.85 M.
Jacken-Costume, Cover-coat	15.75 M.

Gürtel

Band-Gürtel mit eleganter Schnalle	35 Pf.	45 Pf.	75 Pf.
Farbige Ledergürtel	45 Pf.	65 Pf.	95 Pf.
Weisse Ledergürtel	75 Pf.	95 Pf.	1.45 M.
Metallbandgürtel, gold- und silberartig	45 Pf.	60 Pf.	75 Pf.	95 Pf.
Perlgürtel auf Gummi, für jede Figur passend	70 Pf.	80 Pf.	95 Pf.	1.45 M.

Neuheit!

Spiralfedergürtel	1.35 M.
Eleganter **Metallgliedergürtel,** gold- und silberartig	2.85 M.

Gürtelbänder, Gürtelschnallen in grosser Auswahl!!

Sonnenschirme

Entoutcas, farbige Halbseide mit Futteral und Bandschleife	2.60 M.	4.25 M.
Entoutcas, weiss mit farbigem Seidenstreifen		3.75 M.
Entoutcas, weiss mit farbig oder schwarz gestreift		2.75 M.
Entoutcas, weiss mit Einsatz	2.40 M.	3.00 M.
Fantasieschirme, weiss mit Spitzengarnirung		3.75 M.
Sonnenschirme für Kinder	50 Pf.	95 Pf.
Sonnenschirme für Mädchen		1.45 M.
Touristenschirme für Herren	1.95 M.	3.75 M.

Spitzen-Schirmbezüge, weiss u. schwarz, in **grosser Auswahl!!**

Tricotagen

	klein	mittel	gross
Herren-Hemden, maccofarbig	1.30 M.	1.40 M.	1.50 M.
Herren-Hemden, maccofarbig, mit Vorderschluss	1.95 M.	2.15 M.	2.40 M.
Herren-Beinkleider, maccofarbig	1.15 M.	1.25 M.	1.40 M.
Herren-Beinkleider, beigefarbig	1.60 M.	1.75 M.	1.95 M.
Herren-Jacken, maccofarbig	65 Pf.	80 Pf.	90 Pf.
Herren-Jacken, beigefarbig	90 Pf.	1.00 M.	1.10 M.
Damen-Jacken, maccofarbig	55 Pf.	75 Pf.	90 Pf.
Damen-Beinkleider, beigefarbig		2.15 M.	2.35 M.
Damen-Untertaillen, weiss		75 Pf.	85 Pf.
Netz-Hemden für **Damen** und **Herren**			25 Pf.
Sporthemden für Herren in den neuesten Mustern	1.90 M.	2.00 M.	2.25 M.	2.50 M.

Knaben-Sweaters für das Alter von	3—5	6—8	9—11	12—14 Jahren
	1.55 M.	1.80 M.	2.05 M.	2.25 M.

Strümpfe

Damen-Strümpfe, englische Länge schwarz oder lederfarbig	28 Pf.	48 Pf.	65 Pf.	85 Pf.
Damen-Strümpfe, englische Länge buntfarbig geringelt			48 Pf.	65 Pf.
Damen-Strümpfe, deutsche Länge, gestrickt schwarz oder lederfarbig		45 Pf.	50 Pf.	75 Pf.
Herren-Socken, maccofarbig	15 Pf.	28 Pf.	38 Pf.	45 Pf.
Herren-Socken, schwarz oder lederfarbig		25 Pf.	48 Pf.	90 Pf.
Herren-Schweisssocken, melirt	30 Pf.	60 Pf.	65 Pf.	75 Pf.

Corsettschoner Baumwolle.

	ungebleicht.	weiss, crême u. farbig.
	10 Pf. 12 Pf. 23 Pf.	25 Pf. 35 Pf. 45 Pf. 50 Pf.
weiss mit Einsatz:	58 Pf.	95 Pf.

Kragen * Cravatten * Strohhüte

Damen-Umlegekragen, glatt weiss	25 Pf.
Damen-Stehkragen, glatt weiss	30 Pf.
Damen-Serviteurs, glatt weiss	50 Pf.
Damen-Cravatten in Seide, glatt und gestreift, zum Selbstbinden	35 Pf.
Damen-Cravatten für Umlegekragen in mehreren Farben	35 Pf.

Täglicher Eingang von Neuheiten in Damen-Cravatten.

Herren-Battist-Cravatten, Schleifen oder Selbstbinder, hübsche Muster, 2 Stück im Carton	25 Pf.
Herren-Strohhüte, „Neuheit", Binsengeflecht, verschiedene Ausführungen	1.65 M.
Knaben-Strohhüte, beigefarbig	30 Pf.
Knaben-Strohhüte, buntfarbig	45 Pf.

Weisse Herren-Sportmützen ganz abgefüttert 50 und 65 Pf.

Photographie

Visitbilder 1 Person	1 Dutz.	1.80 M.
Cabinetbilder 1 Person	1 Dutz.	4.80 M.
Photographien auf Postkarten 1 Person	6 Stück	75 Pf.
1 Person	12 Stück	1.20 M.

Die photographischen Ateliers unserer **beiden Waarenhäuser** sind von **Morgens 9 Uhr ab** ununterbrochen für Aufnahmen geöffnet, und findet die Ausführung der Bilder in **wirklich künstlerischer Weise statt.**

Gruppenaufnahmen * Vergrösserungen * Uebermalte Photographien

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehn in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.